Von Bereicherung keine Spur S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 42 – 16. Oktober 2015

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Schottet sich gegen die Wirklichkeit ab: Bundeskanzlerin Angela Merkel

Bild: Reuters

Deutsche sind schutzlos

Ein Staat gibt sich auf: Kanzlerin Merkels Bankrotterklärung bei »Anne Will«

Die Politik hat den Schutz des Landes aufgegeben. Bei den Deutschen wächst die Wut auf die Regierenden – und blanke Angst.

Für ihren Auftritt in der Sendung „Anne Will" hat Angela Merkel in den Medien Lob geerntet für ihre „Geradlinigkeit". Endlich bekenne die Kanzlerin, die bei anderen Sachfragen so oft im Ungefähren geblieben sei, Farbe. Tatsächlich hat die CDU-Chefin kaum etwas anderes getan, als ihr Mantra „Wir schaffen das" in unzähligen Variationen über eine Stunde lang zu wiederholen.

Was kaum Widerhall fand in den Medienkommentaren ist ein anderer Satz der Kanzlerin, der den wahren Kern ihrer Politik offenbart. Ihre Regierung habe es, so Merkel, gar nicht mehr in der Hand zu entscheiden, wie viele Menschen zu uns kämen. Damit hat sie ihre politische Bankrotterklärung abgeliefert: Diese Bundesregierung hat es aufgegeben, die Grenzen des Landes zu sichern. Das Land liegt schutzlos da und die Politik schaut zu. Dabei ist der Schutz der Grenzen eine der Kernaufgaben eines jeden Staates. Ein Staat, der diese Aufgabe nicht mehr erfüllt, gibt sich selbst auf.

> Die Grenzwacht ist Kernaufgabe eines jeden Staates

Da darf es nicht wundern, dass die Nervosität im Volk beträchtlich anwächst, denn die Deutschen spüren ihre Schutzlosigkeit. Sie merken, dass sie von ihrer Regierung im Stich gelassen werden. Ja, dass die Politik sogar aktiv einen Prozess fördert, der das Land in eine völlig ungewisse Zukunft taumeln lässt. Sie haben Angst, und diese Angst als „irrational" abzutun, ist nicht bloß ignorant, es zeigt auch eine völlige Verkennung der Tatsachen. Denn das Volk hat allen Grund, sich ob seiner Schutzlosigkeit zu fürchten.

Pegida ist nur ein besonders sichtbarer Ausdruck dieser Angst (siehe Seite 4). In allen Bevölkerungsschichten quer durchs Land wachsen Unruhe und die Wut auf die Politik.

Diese Stimmung erfasst mehr und mehr auch die unteren und mittleren Ebenen der Politik. Die Führungschargen reagieren darauf mit einer beispiellosen Realitätsverweigerung, als lebten sie nicht auf dieser Welt, oder mit sturer Verbissenheit des „Weiter so, egal, was es kostet". Doch der Rückhalt der Abgehobenen schwindet so rapide, dass selbst Vizekanzler und SPD-Chef Sigmar Gabriel unsicher zu werden beginnt.

Wenn es um praktische Lösungsansätze geht, bewegen sich die Verantwortlichen meilenweit neben der Wirklichkeit. Selbst der Vorschlag von „Transitzonen" zur schnelleren Abschiebung unberechtigt Einreisender wird nichts bringen, wenn nicht endlich die Grenzen umfassend gesichert werden mit Zäunen und Wachposten. Sonst müssten illegal Einreisende die kontrollierten Übergänge nur umgehen und gelangten so trotzdem nach Deutschland.

Derweil wankt das System der Asyllager scharf am Rande des Zusammenbruchs. Diesen Winter droht ein unbeschreibliches Chaos über Deutschland zu kommen, während sich die Politik in Beschwörungen und Ausweichdebatten verrennt. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Trottel und Nazis

So etwas hat diese Republik schon lange nicht mehr erlebt. Die umstrittenen Freihandelsabkommen setzen ein Protestpotenzial frei, das Hunderttausende auf die Straße treibt. Politiker, Regierungsbürokraten und Wirtschaftsverbände sind irritiert, hatten sie doch erwartet, das von ihnen verachtete Volk würde sich klaglos damit abfinden, in Sachen TTIP von der demokratischen Teilhabe ausgeschlossen und mit Phrasen eingelullt zu werden. Doch das Volk glaubt ihnen nicht und steht dagegen auf. Denn wer unter Ausschluss der Öffentlichkeit agiert, wird die Öffentlichkeit nicht überzeugen. Zudem sind die TTIP-Apologeten längst der Falschdarstellung und Manipulation überführt.

Angesichts der starken Gegenbewegung bekommen sie Panik. Weil sie aber keine schlüssigen Argumente für die Freihandelsabkommen haben, greifen sie zum Mittel der Diffamierung. Ihre Kritiker seien „einfach strukturierte" Menschen, Opfer einer „Empörungsindustrie", die „leicht mit Ängsten und Emotionen zu bedienen" seien. Trottel eben. Weil das allein vielleicht noch nicht hilft, wird auch die Nazi-Keule geschwungen. Denn weil sie sich gegen den freien Handel über die Grenzen hinweg wehre, sei die Protestbewegung „dumpf nationalistisch". Und weil auch die NPD und der französische Front National TTIP ablehnten, mache sie sich mit diesen gemein und sei folglich sogar rechtsextremistisch. Zu dem Protestmarsch hatte ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Kirchen sowie Globalisierungskritikern aufgerufen. Unterstützung bekamen sie unter anderem von den Grünen, der Linkspartei, den Jusos und zwei Berliner SPD-Kreisverbänden. Alles Nazis eben.

Einig gegen TTIP und CETA

Rund 250 000 demonstrierten friedlich in Berlin

Es war eine der größten Demonstrationen, die dieses Land je gesehen hat: Mehr als 250 000 Menschen protestierten am vergangenen Sonnabend in Berlin friedlich gegen die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sowie der EU und Kanada (CETA). Zur Demonstration aufgerufen hatte ein breites Bündnis von mehr als 170 Organisationen aus fast allen gesellschaftlichen Bereichen, darunter der Deutsche Gewerkschaftsbund, der BUND, Attac, der Deutsche Kulturrat, Nabu, Campact, der Paritätische Wohlfahrtsverband, foodwatch, Mehr Demokratie, Brot für die Welt, Greenpeace, der World Wildlife Fund und die Naturfreunde Deutschlands.

Unter dem Motto „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel" bewegte sich der Demonstrationszug vom Hauptbahnhof durch das Regierungsviertel bis zur Siegessäule. Bei der Kundgebung sprachen unter anderem der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, die ehemalige SPD-Kandidatin für das Bundespräsidentenamt, Gesine Schwan, der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger, Christian Höppner, Präsident des Deutschen Kulturrates, Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und Landesbischof Jochen Cornelius-Bundschuh für „Brot für die Welt". Sie forderten von der EU-Kommission, der Bundesregierung und dem Bundestag Transparenz, die Sicherung und den Ausbau von Arbeitnehmerrechten sowie von Sozial-, Umwelt- und Verbraucherstandards. In einer gemeinsamen Verlautbarung erklärten die Organisatoren, von der Demonstration gehe eine klare Botschaft aus: „Wir stehen auf gegen TTIP und CETA. Gemeinsam verteidigen wir unsere Demokratie und gehen für gerechten Handel auf die Straße." Bereits Mitte der vergangenen Woche waren der EU-Kommission im Rahmen der bisher größten Europäischen Bürgerinitiative mehr als 3,2 Millionen Unterschriften übergeben worden, die im letzten Jahr europaweit gegen TTIP und CETA gesammelt worden waren. *J.H.*

(siehe Leitartikel, S. 3 und S. 8)

Existiert das Gold wirklich?

Bundesbank legt Barrenliste vor – Kritiker bezweifeln Aussagekraft

Die Deutsche Bundesbank hat eine Liste über ihren Goldbarrenbestand an den vier Lagerorten Frankfurt, London, Paris und New York veröffentlicht. Die Liste enthalte „die Barrennummern, Melt- oder Inventarnummern, das Brutto- und Feingewicht sowie die Feinheit des Goldes", so die Bundesbank. Demnach befinden sich heute rund 3384 Tonnen Gold im Wert von etwa 107 Milliarden Euro in ihrem Eigentum. Ende 2014 lagerten 35 Prozent der deutschen Goldreserven in Frankfurt, 43 Prozent in New York, 13 Prozent in London und die restlichen neun Prozent in Paris. Die Goldbarrenliste wird künftig einmal jährlich auf der Internetseite der Bundesbank aktualisiert und listet die Goldbarrenbestände zum Ende des vorangegangenen Kalenderjahres auf.

Peter Boehringer, Initiator der 2011 gestarteten Bürgerinitiative „Holt unser Gold heim", kritisiert, die Liste sehe mit 2300 Seiten zwar imposant aus, es fehlte aber „die entscheidende Angabe, um den exklusiven Eigentumsanspruch" der Bundesbank sicherzustellen. Konkret bemängelt er, dass „keine nachprüfbaren Barrennummern", sondern „nur interne sogenannte Inventarnummern" veröffentlicht wurden. Diese erlaubten jedoch „keinen Rückschluss auf Hersteller, Herstelldatum und weitere wichtige Barrenmerkmale". Damit werde es „auch weiterhin nicht möglich sein, denkbare Doppelerfassungen dieser Barren auch auf anderen Zentralbank- oder Gold-Bilanzen abzuprüfen".

Boehringer gegenüber den Deutschen Wirtschaftsnachrichten weiter: „Wir verkneifen uns an dieser Stelle die 'verschwörungstheoretische' Feststellung, dass der deutsche Goldschatz offiziell seit 1968 einfach nur statisch-unangetastet in den Lagern liegen sollte – und dass man in dieser elend langen Zeit seitens Bundesbank und Fed & Co. ganz viele Listen erstellen oder eben präparieren oder eventuell gar die – 2011 vielleicht noch gar nicht physisch, sondern nur auf Papier vorhandenen – Barren erst post-2011 herbeischaffen und nun daraus Listen erstellen konnte." *J.H.*

MELDUNGEN

Europa aus dem Gleichgewicht

Jerusalem – Scheich Mohammed Ayad, einer der wichtigsten Imame von Jerusalem, hat die mohammedanischen Zuwanderer, die derzeit Europa überschwemmen, zur Eroberung des Kontinents aufgerufen – sozusagen auf biologischem Wege. Mit Blick auf die unfreiwilligen Gastvölker sagte er: „Wir werden sie fruchtbar machen! Wir werden Kinder mit ihnen zur Welt bringen, weil wir ihre Länder erobern werden.“ Stellvertretend für viele, die sich in Europa und um Europa Sorgen machen, erklärte László Marácz, Universitätsprofessor in Amsterdam: „Es ist offensichtlich, dass Europa wegen der Probleme mit den Migranten in eine tiefe Krise geraten ist. Die Länder werden nicht in der Lage sein, gemeinsam zu handeln. Im Grunde genommen ist Europa aus dem Gleichgewicht geraten.“ *FS*

Horst Mahler kommt frei

Nürnberg – Wie erst jetzt bekannt wurde, hat die Strafvollstreckungskammer des Landgerichts Potsdam Anfang September den Vollzug der gegen Horst Mahler verhängten Freiheitsstrafe nach Verbüßung von zwei Dritteln der Haftzeit zur Bewährung ausgesetzt. Der 79-Jährige sitzt seit 2009 eine zehnjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung und „Holocaust-Leugnung“ ab. Mahler ist seit Monaten schwer erkrankt (siehe *PAZ* 31/2015). Das Gericht hat entschieden, „unter Würdigung seines Zustandes“ und der Menschenwürde die Haft auszusetzen. Zudem wandte es sich nachdrücklich dagegen, an Mahler ein Exempel zu statuieren. Das sei „eines Rechtsstaates nicht würdig“. Die JVA-Leitung und die Staatsanwaltschaft hatten sich gegen die vorzeitige Entlassung ausgesprochen, da Mahler eine „verfestigte kriminelle Persönlichkeitsstruktur“ aufweise und ein unbelehrbarer Überzeugungstäter sei. Die Staatsanwaltschaft hat gegen das Urteil der Strafvollstreckungskammer Beschwerde eingelegt. *J.H.*

Poroschenkos Wahlkampftricks

Kiew – Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, er habe in dem zurückliegenden Wahlkampf in großem Umfang Stimmen gekauft. Ein Mandat habe mehrere Millionen Dollar gekostet. Das behauptet jedenfalls Tomas Fiala, Chef von Dragon Capital, der größten Investmentbank des Landes. Ihm dürfte der Kundenkreis bekannt sein, der im Stande ist, viel Geld für einen Parlamentssitz aufzubringen. Nicht nur Poroschenko sei danach an dem Handel beteiligt gewesen, sondern auch der heutige Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk. Die beiden Spitzenpolitiker hätten auf diese Weise ihren Wahlkampf finanziert. Fiala berichtet: „Auf den vorderen Plätzen haben sie gute Kandidaten aufgestellt: Kriegshelden und Aktivisten mit gutem Leumund. Weiter hinten auf der Wahlliste folgten dann viele Geschäftsleute. Nach meinen Informationen wurden Parlamentssitze gekauft, für Preise zwischen drei und zehn Millionen Dollar.“ Für die Geschäftsleute war das eine Investition, weil sie so ein perfektes Lobby-System aufziehen konnten. Poroschenko hatte die Wahl unter anderem wegen seines Versprechens gewonnen, sein eigenes Wirtschaftsimperium zu verkaufen und der Oligarchen-Wirtschaft ein Ende zu machen. *FS*

Erfolgreich gegen den IS in Syrien

Während der Westen behauptet, den Islamischen Staat zu bekämpfen, tut Russland es, und das wirkungsvoll

Je erfolgreicher die russische Luftwaffe über Syrien operiert, umso greller werden die Vorwürfe seitens der Nato, die seit einem Jahr im angeblichen Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) keinen messbaren Erfolg verzeichnen kann. Russland, so die West-Propaganda, stärke mit seinem Eingreifen den Staatschef Baschar Hafiz al-Assad. Das ist nicht nur richtig, sondern hat auch einen guten Grund.

Nach dem Völkerrecht gibt es zwei Voraussetzungen, unter denen eine Macht in einem anderen Land eingreifen kann, entweder liegt ein Beschluss des UN-Sicherheitsrates vor, oder aber das betreffende Land selbst hat um eine Intervention gebeten. Was die Nato-Präsenz in Syrien angeht, so gibt es keine der beiden Voraussetzungen. Was also die USA, Frankreich oder Israel dort machen, ist völkerrechtswidrig. Russland dagegen wurde von der legitimen Regierung eines Landes, das der UN angehört und dort anerkannt ist, um Hilfe gebeten. Wenn Moskau Assad hilft, ist das Ausdruck der Legitimität seines Eingreifens.

Die Nato ist also rechtlich ebenso in der Defensive wie durch ihr Dilemma, wie sie erklären soll, dass sie ein Jahr lang in Syrien Bomben wirft, dies aber gegen den vorgeblich bekämpften IS keinerlei Schlag-Wirkung zeigt. Binnen einer Woche haben Russlands Kampfjets den Terroristen mehr Schaden zugefügt als die Nato in mehr als zwölf Monaten. Eine rühmliche Erklärung dafür dürfte schwer zu finden sein.

Zehn Tage nach dem Beginn der russischen Luft-Offensive gegen den IS in Syrien erfolgte freilich ein Schlag, den die westlichen Mainstream-Medien nicht ignorieren konnten. Vom Kaspischen Meer aus feuerten vier Schiffe der dortigen russischen Flotte 26 Marschflugkörper ab, die über 1500 Kilometer hinweg punktgenau ihre elf Ziele trafen. Für die Nato war das ein Schock. Daher nahm man Zuflucht zur Propaganda. Die Geschosse hätten in der iranischen Wüste eingeschlagen, hieß es. Belege für diese Behauptung aber wurden nicht vorgelegt. Dabei zeigen US-Satelliten-Aufnahmen des russischen Stützpunktes Hmeimim bei Latakia Flugzeuge in gestochener Schärfe. Man darf daraus schließen: Wo die USA keine Bilder vorlegen, haben sie auch keine vorzeigbaren. Das gilt für Syrien ebenso wie für den Flug MH17 in der Ukraine.

> Im Gegensatz zu denen des Westens ist Moskaus Intervention völkerrechtlich gedeckt

Russland hält es damit anders. Bislang wurde jeder der annähernd 150 Luftschläge per Satellit oder Drohne fotografiert oder gefilmt und umgehend veröffentlicht. Danach ergibt sich in groben Zügen vorerst folgendes Bild: Binnen der ersten Woche haben die russischen Jets 110 Objekte der Dschihadisten zerbombt. Dadurch war es der syrischen Regierungsarmee möglich, bereits einen Tag nach ihrer Großoffensive acht Ortschaften in der Provinz Hama zu befreien. Ein Armee-Sprecher sagte: „Unsere Einheiten haben Latmein, Maarkaba, Ashtan, al-Khuaer, Kafr Nabuda, al-Magir, Tel al-Sakhr und Tel Usman eingenommen.“

Gleichzeitig zerstörte die russische Luftwaffe 27 weitere Objekte des IS, so unterirdische Bunker nahe der Ortschaften Arafit und Salma. Diese Bunker seien per Satellit entdeckt worden, so der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschdenkow. In einer Nacht seien 22 Angriffe geflogen worden, bei denen unter anderem eine Kommandostelle des IS am Rande der Ortschaft Tamana und ein Kraftstofflager im Raum Khan al-Assal zerstört wurden. Bei einer anderen Angriffswelle mit Kampfjets der Typen Suchoi Su-34, Su-24 und Su-25 seien neun Anlagen des IS angegriffen worden. Das Moskauer Verteidigungsministerium veröffentlichte Bilder der Luftschläge gegen eine Raketenwerfer-Einheit und ein Munitionslager der Terrormiliz. Ebenso sei eine Raketenwerfer-Einheit im Raum Dschisr asch-Schughur, Provinz Idlib, zerschlagen worden, teilte das Verteidigungsministerium mit. In Rakka zerstörte die Luftwaffe eine der landesweit wichtigsten Kommandozentralen des IS.

Die russische Luftwaffe setzt Bomben und Raketen mit den modernsten Zieleinrichtungen ein. Die hochpräzisen Bomben nutzen bei der Zielanweisung das russische Navigationssystem Glonass. Dabei werden die Raketen vom jeweiligen Richtschützen oder vom Zielanweisungssystem angeleitet. Bei den Waffen, die bei gezielten Einzelschlägen gegen Stellungen der Terroristen eingesetzt werden, handelt es sich um lenkbare Flugzeugbomben vom Typ KAB, von dem es zwei Modifikationen gibt: KAB-250 und KAB-500.

Objekte sind Bunker, Ausbildungslager, Treibstoff- und Waffendepots sowie Kommandozentralen. Für die syrische Führung ist es wichtig, die Fernstraße Homs–Hama zu sichern. Die beiden Städte werden zwar vollständig von den Regierungstruppen kontrolliert, allerdings gelten die Ortschaften dazwischen als die größte Hochburg der Terrorgruppen, darunter des IS.

Die vom Westen vielzitierten „moderaten Rebellen“ aber sind nicht zu finden. Erzbischof Jacques Behnan Hindo, einer der wichtigsten Vertreter der 500 000 Christen in Syrien, sagt: „Die westliche Propaganda redet weiterhin von gemäßigten Rebellen, doch die gibt es nicht. In der Galaxie der bewaffneten Gruppen sind die Soldaten der Syrischen Befreiungsarmee nur mit einer Lupe zu finden. Alle anderen, abgesehen vom IS, haben sich in der al-Nusra-Front zusammengeschlossen, ein Ableger der al-Kaida in Syrien.“

Russen und syrische Regierungsarmee können mit einem natürlichen Verbündeten rechnen, den Kurden. „Wir unterstützen das Engagement Russlands“, sagte Merab Schamojew, Chef des Internationalen Verbandes kurdischer gesellschaftlicher Vereinigungen.

Florian Stumfall



Von hier aus werden die russischen Luftangriffe auf den IS geflogen: Der Luftwaffenstützpunkt Hmeimim Bild: action press

Am Rande eines Krieges

Katastrophe noch abwendbar? Taiwan fordert Verhandlungen zu den Konflikten im Südchinesischen Meer

Die Gewässer um Taiwan bieten Chancen und Herausforderungen für die nahegelegenen und sogar weiter entfernten Länder. Die reichlich vorhandenen Ressourcen und die Freiheit der Schifffahrt in diesen Gewässern haben stark zum Wachstum und zur Vitalität der Region beigetragen. Allerdings stellen die Souveränitätsstreitigkeiten eine Gefahr für Stabilität und Wohlstand in der Region dar. Die neueste Eskalation der Spannungen, verursacht durch die Muskelspiele einiger Länder, die Ansprüche auf die Region im Südchinesischen Meer erheben, und die anschließende heftige gegenseitige Kritik zwischen den USA und Festlandchina könnte möglicherweise eine übereilte militärische Konfrontation auslösen, wenn man sie nicht bremst. Die zunehmenden Feindseligkeiten in Ostasien verdienen mehr Aufmerksamkeit und größere Anstrengungen von allen Beteiligten.

Während sich die existenziellen Streitigkeiten hinziehen, könnte sich der Erfolg im vorherigen Fall als relevant erweisen. Die Regierung Taiwans stellte im August 2012 im Hinblick auf den Konflikt um die Souveränität über die Inselgruppe, welche die Chinesen Diaoyutai-Inseln und die Japaner Senkaku-Inseln nennen, bereits eine Friedensinitiative für das Ostchinesische Meer vor. Dieser zufolge sollten sich Taiwaner, Japaner und Festlandchinesen an bilateralen und multilateralen Verhandlungen beteiligen und dabei Souveränitätsstreitigkeiten zurückstellen, um die natürlichen Ressourcen gemeinsam zu nutzen sowie die Freiheit und Sicherheit der Luft- und Seefahrt zu schützen.

Diese Friedensinitiative hat Früchte getragen. Das im April 2013 unterzeichnete Fischereiabkommen zwischen Taiwan und Japan verkörpert die Ideale und den Geist dieser Initiative. Es hat die Sache des Friedens gefördert und bietet daher eine konstruktive Lektion darin, wie friedliche Mittel zur Konfliktlösung angewendet werden können. Der Vorschlag der Friedensinitiative und das anschließende Vorgehen Taiwans zur Beilegung von regionalen Streitigkeiten haben die Befürwortung von führenden Mächten der Welt wie den USA, der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten sowie Australiens erhalten.

Zur Entschärfung der wachsenden Spannungen im Südchinesischen Meer legte Taiwans Präsident Ma Ying-jeou im Mai dieses Jahres eine weitere Friedensinitiative vor, in der er alle Beteiligten dazu aufrief, extreme Zurückhaltung zu üben und Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen, um zu verhindern, dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt. Taiwan schlägt vor, dass alle Parteien in eine Diskussion über die Errichtung eines Mechanismus für die maritime Zusammenarbeit und eines Verhaltenskodex im Hinblick auf eine gemeinsame Verpflichtung für Umweltschutz, wissenschaftliche Forschung, maritime Kriminalitätsbekämpfung sowie humanitäre und Katastrophenhilfe einbezogen werden.

> Muskelspiele der Großmächte werden gefährlich

Mit besonderem Schwerpunkt auf der gemeinsamen Nutzung der natürlichen Ressourcen wird folgende Idee eingebracht: „Die Gesamtplanung zuerst, die zonale Entwicklung später.“ Die Grundsätze und der Geist des Völkerrechts, insbesondere der Charta und des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen, sollten beachtetet und respektiert werden. Taiwan und die Philippinen haben bei solchen Gesprächen Pionierarbeit geleistet und einen Konsens zur Durchsetzung der Rechtsvorschriften in den überlappenden ausschließlichen Wirtschaftszonen zwischen den beiden Ländern erzielt. Dies kann den Weg für eine Lösung von Souveränitätsfragen bereiten und anderen einen entsprechenden Kurs aufzeigen.

Taiwan hat die beiden Friedensinitiativen vorgeschlagen, um die Spannungen bei den Gebietsstreitigkeiten abzubauen. Angesichts der wachsenden Dynamik in der Entwicklung ist jetzt für alle Beteiligten die Zeit, konkrete Aktionen einzuleiten und Diskussionen zu beginnen, bevor schwerwiegende Folgen eintreten. Friedliche Mittel sind der einzig legitime Weg zur Beilegung von Streitigkeiten in internationalen Angelegenheiten. Daher fordert Taiwan alle Beteiligten dazu auf, auf einer multilateralen Plattform Verhandlungen nach den Grundsätzen der Gleichheit und Gegenseitigkeit zu beginnen, um unsere gemeinsamen Probleme zu lösen, die Stabilität in der Region zu fördern und das Südchinesische Meer zu einem Meer des Friedens und der Zusammenarbeit zu machen. *Francis Yi-hua Kan*

Der Verfasser dieses Beitrags war von 2012 bis 2014 Berater des Nationalen Sicherheitsrats Taiwans. Außerdem war er Generaldirektor der Gesellschaft für internationale Beziehungen der Republik China (Taiwan). Zurzeit ist er als Wissenschaftler an der National Chengchi University in Taipeh tätig.

Sicherheitsrisiko Merkel

Wird die Kanzlerin gestoppt oder vollzieht sie die Wende, bevor die Ordnung kollabiert?

Schauen, wohin politisch der Hase läuft, und erst dann Position beziehen, so könnte das ungeschriebene Motto der Kanzlerschaft von Angela Merkel lauten. Dass sie sich ausgerechnet auf dem brisanten Feld der Asylpolitik früh festgelegt hat und vehement gegen die Stimmung im Volk agiert, könnte nicht nur das Ende der Ära Merkel bedeuten.

Laut einer Meinungsumfrage der Initiative Markt- und Sozialforschung in der zweiten Hälfte des September hält eine deutliche Mehrheit der Deutschen von 59 Prozent Merkels Entscheidung, syrische Asylsuchende aus Ungarn unregistriert einreisen zulassen, für falsch. Einen Aufnahmestopp von Flüchtlingen befürworten mit 72 Prozent fast drei Viertel der Befragten. Als Folge sinken nicht nur die Umfragewerte für die CDU, sondern auch die Zustimmung für Merkel persönlich. Die Zweifel am Kurs der Kanzlerin sind allerdings nicht nur in der Bevölkerung drastisch gewachsen. Auch in ihrer eigenen Partei und vor allem in der CSU rumort es angesichts der Politik der „offenen Grenzen“. So haben sich in einem Brief 34 christdemokratische Funktionäre aus acht Bundesländern von der Asylpolitik Merkels distanziert und Maßnahmen gegen den Massenzustrom nach Deutschland gefordert. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer CSU drohte inzwischen sogar mit einer „Notwehr“ des Freistaats und einer Verfassungsklage in Karlsruhe, sollte die Regierung in Berlin weiterhin für keine Begrenzung der Asylbewerberzahlen sorgen. Mit Blick darauf, wie stark sich Merkel bei ihrem Asylkurs festgelegt hat, läuft die Ankündigung aus Bayern faktisch auf eine Machtprobe innerhalb der Regierungskoalition hinaus.

Lösbar erscheint der Konflikt für viele politische Beobachter nur noch, indem Angela Merkel ihren Rücktritt erklärt und Schwarz-Rot mit einem neuen Regierungschef weitermacht. Vor dem Hintergrund der bisherigen Karriere Merkels ist jedoch auch ein völlig anderer Ausgang denkbar: Merkel könnte noch einmal mit einem ihrer jähen Richtungswechsel überraschen. Sei es der Ausstieg aus der Atomkraft oder das Räumen wirtschaftsliberaler Positionen nach dem Leipziger Parteitag der CDU im Jahr 2003 – je nach Stimmungslage im Land hat Merkel schon mehrfach abrupte Kurswechsel vollzogen – und politisch überstanden. Sollte Merkel erneut unter Beweis stellen wollen, wie schnell sie imstande ist, Positionen über Bord zu werfen, dann bleibt dafür allerdings nicht allzu viel Zeit.

> Die etablierten Parteien drohen den Staat zu destabilisieren, den sie selber beherrschen

Der Zustrom von tausenden Asylbewerbern pro Tag bringt immer mehr deutsche Kommunen an die Grenzen der Handlungsfähigkeit und ist mittlerweile bis ins letzte Dorf spürbar. Der nächste Herbstorkan oder ein früher Wintereinbruch könnte die Situation in vielen der provisorischen Zeltlager und Asylunterkünften endgültig eskalieren lassen. Spätestens im kommenden Frühjahr droht Merkel obendrein eine Machtprobe innerhalb der eigenen Reihen. Im März 2016 stehen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz Landtagswahlen an. Erlebt die Union aufgrund der aktuellen „Flüchtlingspolitik“ ein Debakel, droht Merkel eine zügige Demontage durch ihre eigene Partei. Kaum aufzuhalten sein wird dann nämlich, dass innerhalb der Union ganz offen diskutiert wird, was bislang nur hinter vorgehaltener Hand die Runde macht, die Frage, ob man mit einer Spitzenkandidatin Merkel noch die Bundestagswahl 2017 gewinnen kann, oder ob ein Festhalten an Merkel geradezu eine Garantie für einen Machtverlust ist.

Unabhängig davon, wie die Diskussion um die politische Zukunft Merkels ausgeht, schon jetzt droht die von Merkel verfolgte Zuwanderungspolitik drastische Folgen für Deutschland zu haben. So dämmert es langsam auch Vertretern der etablierten Politik, welche finanziellen und sozialen Belastungen sich Deutschland mit der anhaltenden Massenzuwanderung einhandelt. Erstaunlich wenig thematisiert wird bislang, welche Auswirkungen die Massenzuwanderung für das politische System, für das Weiterbestehen der Demokratie in Deutschland hat. Schon der jetzige Befund ist alarmierend. Während das Land vor einer existenziellen Herausforderung steht, überzeugt die Regierungspolitik weder durch Realitätssinn noch durch effizientes Handeln. Effektive Maßnahmen, wie die Wiedereinführung tatsächlich wirksamer Grenzkontrollen werden weiterhin abgelehnt. Propagiert wird stattdessen ein wirklichkeitsferner Ansatz, der selbst im Idealfall nur langfristig wirken kann: die Beseitigung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Asylbewerber.

Als drohende Folge ist zu befürchten, dass in Deutschland bald so chaotische Zustände herrschen, dass sie durch den althergebrachten Rechtsstaat und die bisherigen demokratischen Prozeduren nicht mehr zu bewältigen sind. Auf die Bewährungsprobe gestellt würde die Demokratie in Deutschland damit nicht durch Feinde von Links oder Rechts – es droht, dass die Demokratie an sich selbst scheitert.

Norman Hanert



Sollte sie erneut unter Beweis stellen wollen, wie schnell sie imstande ist, Positionen über Bord zu werfen, dann bleibt ihr dafür nicht allzu viel Zeit: Angela Merkel auf dem Weg in die Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge in Berlin-Spandau, nachdem sie dort wartende Asylbewerber begrüßt hat

Bild: pa

MELDUNGEN

Zuwanderung: Stimmung kippt

Nürnberg – Zwei Drittel der Deutschen sehen ihr Land zwar als Einwanderungsland, jedoch sind über drei Viertel der Meinung, die Zuständigkeit für Flüchtlinge sollte weiterhin bei dem ersten sicheren Land liegen, welches der Flüchtling erreicht. 81 Prozent wollen wieder Grenzkontrollen einführen, fast jeder Zweite (46 Prozent) befürwortet dies entschieden. Das sind Ergebnisse einer vom 18. bis 25. September durchgeführten repräsentativen Umfrage des GfK-Marktforschungsinstituts. Bei der Frage, ob Hunger und Armut als Asylgrund anerkannt werden sollten, sind 52 Prozent dafür und 48 Prozent dagegen. Die Entscheidung, syrische Flüchtlinge aus Ungarn unregistriert einreisen zu lassen, halten 59 Prozent der Deutschen für falsch. 90 Prozent sind der Meinung, die Anzahl der pro Jahr aufgenommenen Flüchtlinge sollte begrenzt werden. *U.M.*

»CDU lügt bei TTIP«

Berlin – Die Verbraucherschutzorganisation „foodwatch“ wirft der CDU vor, systematisch falsche Informationen über TTIP zu verbreiten. Insbesondere würde sie die wirtschaftlichen Potenziale des geplanten transatlantischen Freihandelsabkommens regelmäßig zu positiv darstellen, heißt es in einer Presseerklärung. Parteibroschüren enthielten falsche Angaben, Abgeordnete überzeichneten die Chancen von TTIP im Bundestag und zitierten sogar aus Studien, die es gar nicht gebe. Die CDU lege es darauf an, eine Zukunft mit TTIP so rosig wie möglich darzustellen. Dabei werde die Wahrheit so weit zurechtgebogen, dass die Grenze zum unlauteren Meinungsstreit klar überschritten sei. Detaillierte Informationen und Quellen hat „foodwatch“ in einem Hintergrundpapier (tinyurl.com/cdu-ttip-wahrheit) publiziert. *J.H.*

Wachsende Gewalt

Woher die Aggression der Asylsuchenden kommt

Fast jeden Tag gibt es Meldungen von Massenschlägereien in Asylsuchendenaufnahmeeinrichtungen. Die Polizei fordert deswegen bereits eine nach Religion getrennte Asylsuchendenaufnahme. Immer mehr macht sich der Frust über schlechte und beengte Wohnverhältnisse, der Mangel an Privatsphäre und die Enttäuschung über nicht erfüllte übermäßig hohe Erwartungen unter Asylsuchenden jetzt Luft in Aggression gegenüber anderen Personen oder gegenüber Material. Der noch im September so hoch gelobte deutschen „Willkommenskultur“ könnte schon bald ein Oktobertrauma folgen, vor allem wenn die neuen Prognosen von zu erwartenden 1,5 Millionen Neuankömmlingen bis zum Jahresende zutreffen.

Ob die unerwartet schnell zutage tretende Zunahme der Aggressivität unter den neu ankommenden Asylbewerbern wirklich daran liegt, das neun von zehn Ankömmlinge junge Männer sind und allein schon deswegen gewalttätig seien, wie die „Welt“ behauptete, sei einmal dahingestellt. Tatsächlich sind diese Menschen aber Vertreter derjenigen Generation, die auch den Krieg in ihrer Heimat führen. Es ist schwer vorstellbar, dass sie nichts mit dem Kämpfen und der Gewalt dort zu tun hatten.

Dazu kommt noch, dass viele auf ihrem Weg durch die Türkei und Europa erlebt haben, dass man durch Gesetzesbruch, wie an den innereuropäischen Grenzen, mehr erreicht als durch das Einhalten von Gesetzen, denn viele haben an Bahnhöfen und an versperrten Grenzen auch zur Gewalt gegriffen, um ihren Wunsch nach Weiterreise und schließlich Aufnahme in Deutschland durchzusetzen.

> Fast jeden Tag gibt es Meldungen von Massenschlägereien

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) verlangte bei der Ersten Lesung des Asylpakets im Bundestag Integrationsbereitschaft von Asylsuchenden. „Flüchtlinge müssten die deutsche Rechts- und Werteordnung akzeptieren, dazu gehöre auch, sich nicht zu prügeln und andere Menschen unabhängig ihrer Religion zu respektieren“, sagte der Minister. Im ZDF beklagte der Bundesinnenminister die Eigenmächtigkeit vieler Asylsuchender: „Bis zum Sommer waren die Flüchtlinge dankbar, bei uns zu sein.“ Jetzt gebe es viele von ihnen, die glaubten, „sie können sich selbst irgendwohin zuweisen“. „Sie gehen aus Einrichtungen raus, sie bestellen sich ein Taxi. Sie haben erstaunlicherweise das Geld, um Hunderte Kilometer durch Deutschland zu fahren. Sie streiken, weil ihnen die Unterkunft nicht gefällt, sie machen Ärger, weil ihnen das Essen nicht gefällt. Sie prügeln in Asylbewerbereinrichtungen.“

Der Innenminister verlangte von den Asylsuchenden die Verinnerlichung bestimmter Prinzipien. Er forderte: „Wir müssen klar machen, dass es bei uns Dinge gibt, die nicht zur Disposition stehen.“ Für de Maizière insbesondere: das Grundgesetz, die Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau.“ Was den letzten Punkt betrifft, so bekam die CDU-Vorsitzende von Rheinland-Pfalz und Spitzenkandidatin bei den nächsten Landtagswahlen, Julia Klöckner, Anschauungsunterricht von einem Imam: Dieser verweigerte ihr beim Besuch eines Asylsuchendenheimes in ihrem Bundesland den Handschlag. *Bodo Bost*

Erfundenes NSU-Opfer?

Der Prozess vor dem Staatsschutzsenat wird immer dubioser

Erst nach zweieinhalb Jahren Verhandlung ist beim Münchener NSU-Prozess aufgefallen, dass ein Opfer überhaupt nicht existiert, sondern vermutlich nur die Erfindung eines Nebenklägers ist. Medienberichten zufolge hat der Rechtsanwalt Ralph Willms vor dem Münchner Oberlandesgericht mehr als 230 Verhandlungstage lang offenbar nur eine Phantom-Mandantin vertreten. Bereits Anfang Oktober soll der Anwalt bei der Staatsanwaltschaft Köln Anzeige wegen Betrugs erstattet haben. Im Raum steht der Verdacht, dass Atilla Ö., ein Opfer des Kölner Nagelbombenanschlags vom Juni 2004, dem Anwalt die Existenz einer gewissen Meral Keskin als weiteres Anschlagsopfer nur vorgetäuscht hat. Die Anzeige wirft auch Fragen zum Handeln des Anwalts auf. So prüft die Kölner Anwaltskammer inzwischen berufsrechtliche Schritte. Nachgegangen wird dem Verdacht, der Anwalt habe dem Nebenkläger Atilla Ö., sogar Geld gezahlt, um die angebliche Meral Keskin vertreten und die Tagessätze als Nebenklagevertreter im NSU-Prozess kassieren zu können. Einem Bericht des „Spiegel“ zufolge wird inzwischen sogar der Frage nachgegangen, ob für das nicht existierende Opfer eine Entschädigung aus dem Fonds der Bundesregierung für NSU-Opfer ausgezahlt worden ist.

Nicht nur wegen des erfundenen Opfers ist der gesamte Komplex „Kölner Keupstraße“ geeignet, Zweifel an der offiziellen Darstellung zu wecken. Recherchen des „Arbeitskreises NSU“ sprechen dafür, dass wie bei den sogenannten Dönermorden auch beim Nagelbombenattentat in den durchgestochenen Ermittlungsakten weit weniger handfeste Indizien dafür zu finden sind, dass es sich tatsächlich um eine Tat des NSU handelt, als dies die offizielle Darstellung und die umfangreiche Anklageschrift vermuten lassen. Auch im Fall der Keupstraße passen weder sichergestellte Fingerabdrücke noch DNA-Spuren zu dem NSU-Trio. Die von einigen Medien als angeblicher Beweis angeführten Aufnahmen einer Überwachungskamera lassen nach interner Einschätzung des BKA aus dem Jahr 2011 aufgrund der ungenügenden Bildqualität der Aufnahmen überhaupt keine objektive Auswertung zu.

> Videoaufnahmen sprechen gegen den NSU als Täter

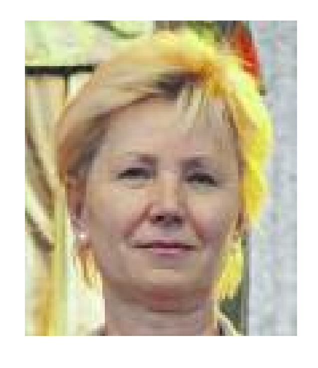
Der Zeitstempel auf den Videoaufnahmen der Überwachungskameras legt allerdings die Vermutung nahe, dass der Zeitpunkt für den Anschlag am 9. Juni 2004 verschoben worden ist. So wartet mindestens einer der Täter fast eine Stunde vor Ort, bis es zur Detonation der Nagelbombe kam. Wenn allerdings tatsächlich allgemein die Keupstraße mit ihren türkischen und kurdischen Geschäften das Ziel gewesen ist, hätte ein Abwarten wenig Sinn gehabt. Anders sieht es hingegen aus, wenn mit dem Anschlag eine ganz konkrete Zielperson getroffen werden sollte, deren Eintreffen erst abgewartet wurde. Einen Hinweis, dass es sich bei dem Anschlag möglicherweise um eine Auseinandersetzung der Unterwelt gehandelt hat, war seinerzeit im „Kölner Stadt-Anzeiger“ zu lesen. Demzufolge ist bei dem Anschlag in der Keupstraße ein mutmaßliches Mitglied aus der Bande einer damals inhaftierten Kölner Rotlichtgröße verletzt worden. Tamer A., so der angegebene Name, soll sich zusammen mit zwei anderen Personen aus der Türsteherszene in dem Friseursalon aufgehalten haben, als der mit Nägeln gespickte Sprengsatz explodierte. Bei dem Anschlag verletzt, hatte sich Tamer A. damals aus dem Krankenhaus abgesetzt. *N.H.*

Zeitzeugen



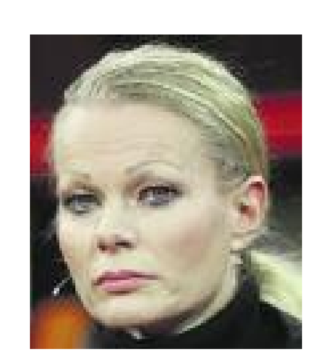
Lutz Bachmann – Der gelernte Koch und Inhaber der Firmen DD–Werbung und hotpepperpix fungiert seit Ende Februar als einer von drei Vorständen des von ihm gegründeten Vereins Pegida. Aufgrund einiger unüberlegter Äußerungen in sozialen Netzwerken sowie seiner Vorstrafen wegen Einbruchs, unerlaubten Handels mit Betäubungsmitteln und Verletzung der Unterhaltspflicht ist Bachmann seit Längerem höchst umstritten.

Herbert Grönemeyer – Beim Anti-Pegida-Konzert am 26. Januar vor der Dresdner Frauenkirche verkündete der Sänger, die Proteste des islamkritischen Bündnisses seien „absurd, gemein, zutiefst undemokratisch und Unrecht“. Er selbst residiert in einem noblen Stadtteil im Norden von London, wo es definitiv keine Flüchtlingslager gibt.



Helma Orosz – In ihrer Eigenschaft als Dresdner Oberbürgermeisterin zeichnete die CDU-Politikerin im Februar 2014 Lutz Bachmann mit dem Fluthelferorden des Landes Sachsen aus. Später nahm die gelernte Krippenerzieherin, die nach der sogenannten Wende unversehens zur Staatsministerin für Soziales avancierte, bevor sie dann 2008 ins Rathaus der Elbestadt einzog, eine äußerst kritische, ja feindselige Haltung gegenüber Pegida ein.

Khaled Idris Bahray – Während eines „Streites um die Haushaltführung“ wurde der eritreische Asylbewerber am 12. Januar von seinem Landsmann Hassan Saleh erstochen. Bis die Polizei das Gewaltverbrechen im Dresdner Stadtteil Leubnitz-Neuostra aufklären konnte, kursierte im In- und Ausland das Gerücht, Pegida-Demonstranten hätten die Tat verübt. Deshalb schäumte die Antifa: „Rache für Khaled! Rassisten und Staat angreifen! Überall!“



Kathrin Oertel – Ende Januar gab die Immobiliensachverständige ihren Rücktritt als Pressesprecherin sowie Schatzmeisterin von Pegida bekannt und gründete anschließend mit weiteren Renegaten den Verein Direkte Demokratie für Europa. Dieser fand freilich keinerlei öffentliche Resonanz. Drei Monate später wiederum veröffentlichte Oertel dann ein Video auf ihrer Facebook-Seite, in dem sie sich bei den Muslimen in Deutschland für die „ganze Hetzkampagne“ von Pegida entschuldigte.

Ist die Polizei überparteilich?

Die Führung der Dresdner Ordnungshüter scheint gegen Pegida zu arbeiten

Seit Beginn der „Spaziergänge“ des Dresdner Bündnisses „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ betonten die Veranstalter bei jeder Gelegenheit, wie harmonisch die Zusammenarbeit mit der Polizei verlaufe. Allerdings gibt es einige Indizien dafür, dass die Polizeiführung der sächsischen Landeshauptstadt eher gegen Pegida arbeitet.

So zeigten sich Ortskundige verwundert, dass der große Demonstrationszug vom 7. Dezember 2014 – damals war die Teilnehmerzahl innerhalb von nur vier Wochen von 800 auf 7500 gestiegen – von der Einsatzleitung der Polizei gerade auf die Brühlsche Terrasse gelenkt wurde, wo Pegida in eine leicht vorherzusehende Blockadefalle der „Undogmatischen Radikalen Antifa“ lief.

Noch seltsamer mutet allerdings die „Allgemeinverfügung anlässlich der Bedrohungslage internationaler Terrorismus für Versammlungen im Gebiet der Landeshauptstadt Dresden“ an, die der örtliche Polizeipräsident Dieter Kroll am 18. Januar 2015 erließ. Zur Erinnerung: Eine Woche zuvor hatten sich nach Angaben der Polizei 25 000 Personen zur Pegida-Demonstration eingefunden, wobei die Veranstalter sogar von 40 000 Teilnehmern sprachen, was durchaus realistisch anmutet, da der Zug über mehr als zwei Kilometer durch die Innenstadt reichte. Ursache dieser beeindruckend hohen Mobilisierung, die an die sogenannte Wendezeit in der DDR gemahnte, war die Betroffenheit und Wut nach dem islamistischen Anschlag auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ am 7. Januar 2015. Zudem machte das ZDF das Bündnis damals noch ein gutes Stück „salonfähig“, indem es die Pegida-Pressesprecherin Kathrin Oertel zur Talkrunde bei Günther Jauch einlud.

> Frauke Petry äußerte den Verdacht der Verschleierung

In genau dieser Situation nun verkündete Kroll – laut sächsischer Polizeigewerkschaft ein Intimus des früheren Landespolizeipräsidenten und „Nazi-Jägers“ Bernd Merbitz – sein Demonstrationsverbot für den 19. Januar. Dabei berief er sich auf nicht nachprüfbare Informationen des Verfassungsschutzes sowie des Bundes- beziehungsweise Landeskriminalamtes, die besagten, dass irgendwo in der arabischen Welt irgendjemand Pegida in einer twitterähnlichen Nachricht als „Feindin des Islam“ bezeichnet habe. Ebenso war plötzlich von geplanten Anschlägen auf den Pegida-Gründer Lutz Bachmann und den Dresdner Hauptbahnhof die Rede. Allerdings herrschte in den Tagen nach dem 18. Januar ein fast normales Treiben auf dem größten Bahnhof der Elbestadt. So berichtete selbst die politisch stets hyperkorrekte „Sächsische Zeitung“, dass dort gerade einmal zwei zusätzliche Beamte „aus sicherem Abstand das Geschehen in der großen Halle“ beobachten würden.

Ebenso fällt auf, wie sehr sich die Dresdner Polizei neuerdings sträubt, korrekte Teilnehmerzahlen zu melden, nachdem Pegida durch das Asylchaos der letzten Monate plötzlich wieder verstärkten Zulauf erhält. Dabei hieß es zunächst, man habe im „Dienst am Bürger“ definitiv „wichtigere Dinge zu erledigen“, als jede Woche die Pegida-„Spaziergänger“ zu zählen. Kurz darauf gab Thomas Geithner, der Sprecher der Polizeidirektion Dresden, dann allerdings zu, dass die Zahl der Demonstranten sehr wohl erhoben werde, weil ja der Kräfteeinsatz geplant werden müsse. Dies veranlasste die sächsische AfD-Fraktions- und Landeschefin Frauke Petry zu der Vermutung, die Polizeiführung wolle verschleiern, wie groß die Wut der Bürger angesichts der illegalen Masseneinwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen mittlerweile sei.

Wolfgang Kaufmann



Als „Lebende Grenze“ in Seibnitz an der Bundesgrenze zur Tschechischen Republik: Pegida-Demonstration am 4. Oktober für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen in der Bundesrepublik

Bild: action press



Wie alles begann

Die Gründung von Pegida erfolgte in unmittelbarer Reaktion auf die brutalen Massenschlägereien zwischen Moslems und Jesiden in Hamburg und Celle am 7. Oktober 2014 sowie einer Demonstration von rund 400 Unterstützern der verbotenen marxistischen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Dresden. Letztere fand am 10. Oktober auf der hochfrequentierten innerstädtischen Einkaufsmeile Prager Straße statt. In ihrem Verlauf verlangten die Exilkurden, denen Mitglieder der örtlichen Antifa-Szene zur Seite standen, lautstark die Lieferung deutscher Waffen an die Terrororganisation.

Dies veranlasste den Kleinunternehmer Lutz Bachmann, mittels Facebook für den

> Es fing an mit 350 »Spaziergängern«

20. Oktober 2014 zu einem „Spaziergang“ unter dem Motto „Gewaltfrei gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege auf deutschem Boden“ aufzurufen. Dabei präsentierte er auch erstmals das inzwischen allgemein bekannte Pegida-Logo, das zeigt, wie das schwarze Banner des Islamischen Staates, ein Hakenkreuz, das Antifa-Emblem und die Flagge der PKK im Müll landen. Das Wirken von Pegida richtete sich also von Anfang an auch und gerade gegen verfassungsfeindliche und terroristische Vereinigungen.

Zu Bachmanns Demonstration auf dem Neumarkt vor der Dresdner Frauenkirche meldeten sich seinerzeit genau 162 Personen an – am Ende kamen dann sogar um die 350 Teilnehmer zusammen, die an diesem Tage durch keinerlei Gegenaktionen seitens linker Kräfte behindert wurden. Dies änderte sich allerdings schon beim zweiten „Spaziergang“ am 27. Oktober, in dessen Verlauf erste Übergriffe der Antifa stattfanden.

W.K.

Pegida ist zurück

Teilnehmerzahlen wie in den besten Zeiten Ende 2014

Seit der Gründung von Pegida vor einem Jahr konnte das Bündnis bereits zwischen 300 000 und 500 000 Menschen auf die Straße bringen – je nachdem, ob man die Angaben der Veranstalter oder die der „Mainstream“-Presse und Polizei zugrunde legt. Dabei fällt besonders auf, wie schnell die Teilnehmerzahlen Ende 2014/Anfang 2015 nach oben schnellten. Während zu den ersten vier „Spaziergängen“ noch zwischen 350 und 2000 Demonstranten gekommen waren, versammelten sich am 22. Dezember 2014 bereits 17 000 bis 20 000 Islam- und Regierungskritiker.

Dann freilich erfolgte der Absturz, für den in erster Linie die Terrorwarnungen der Sicherheitsorgane sowie der Austritt der Gruppe um Kathrin Oertel am 27. Januar verantwortlich waren. Zur darauffolgenden Demonstration am 9. Februar fanden sich gerade noch an die 2000 Leute ein. Damit schienen die „Patriotischen Europäer“ in der politischen Bedeutungslosigkeit angelangt zu sein, was vielerorts mit unverhohlener Schadenfreude registriert wurde. „Pegida ist klinisch tot“, frohlockte der „Stern“-Herausgeber Andreas Petzold und bezeichnete die verbliebenen Demonstranten als Unverdrossene von der „Resterampe dessen, was vor einem Dreivierteljahr vorübergehend die Weltöffentlichkeit beschäftigt hatte“.

Dabei blenden Pressevertreter vom Schlage Petzolds gerne aus,

> Deutlich mehr Zuspruch als das Gegenbündnis

dass Pegida insgesamt gesehen deutlich mehr Zuspruch bei der Bevölkerung fand als das angeblich so „breite gesellschaftliche Gegenbündnis“, das von Antifa-Krawallmachern, linksgerichteten Politikern, Kirchenmännern und Gewerkschaftsführen sowie einigen zugezogenen Universitätsprofessoren und Wirtschaftsmanagern geschmiedet wurde. Wie eine mit Sicherheit äußerst geschönte Auflistung der Internetplattform „Netz-gegen-Nazis“ zeigt, konnten die Pegida-Kritiker im letzten Jahr höchstens 100 000 Leute zusammentrommeln, die gegen „Islamophobie und Rassismus Gesicht zeigen“ wollten. Und das, obwohl sogar staatliche Gelder für die Werbung flossen und mit öffentlichen Konzerten beliebter Künstler gelockt wurde, die dann auch für den größten Zustrom zu den Anti-Pegida-Veranstaltungen sorgten.

Außerdem kam die Häme letztlich doch zu früh. Infolge der massiven Zunahme der illegalen Einwanderung im Sommer dieses Jahres, die in Dresden die hastige Errichtung von zwei riesigen Zeltstädten für „Flüchtlinge“ nötig machte, stiegen die Teilnehmerzahlen bei den Pegida-Demonstrationen seit August wieder kontinuierlich an und bewegen sich nun erneut auf dem Niveau von Ende 2014.

Und dann wäre da noch die Kandidatur der ehemaligen Hamburger AfD-Funktionärin und späteren Pegida-Aktivistin Tatjana Festerling bei der Oberbürgermeisterwahl in Dresden im Juni 2015. Obwohl zu den Demonstrationen des Bündnisses zu dieser Zeit nur noch zwischen 2000 und 3000 Menschen kamen, erhielt Festerling im ersten Wahlgang 9,6 Prozent der Stimmen

W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Buchseite, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Für den Anzeigenteil gilt: Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Aufgrund der geänderten gesetzlichen Lage dürfen wir unseren Abonnenten leider keinen kostenlosen Onlinezugang mehr anbieten

Asylsystem vor dem Kollaps

Berlins Politik steuert auf den Zusammenbruch zu



Menschen werden beim Kampieren in der Kälte bewusstlos, eine Vierjährige musste wiederbelebt werden: Zuwanderer warten vor Berliner Erstaufnahmestelle auf ihre Registrierung
Bild: action press

Politik, Verwaltung und Hilfsorganisationen rennen den Folgen der Massenzuwanderung hinterher, immer mehr Behörden und Ämtern droht die Entwicklung völlig zu entgleiten.

Der anhaltende Zustrom von Asylsuchenden droht zur Bombe zu werden, weclhe die Sprengkraft hat, Berlin in eine ohnmächtige Stadt zu verwandeln. Die Lähmung von Verwaltung und Einrichtungen aller Art schreitet voran, Entwicklungsmöglichkeiten werden geraubt, Probleme spitzen sich zu – ob bei der Unterbringung, im Bildungssektor oder der inneren Sicherheit. Die Politik führt Behörden und Verwaltungen mit den sich auftürmenden Folgen unbegrenzten Zuzugs in den Kollaps.

In Berlin sind aktuell 25 000 Zuwanderer in 83 Sammelunterkünften einquartiert. Jeden Tag kommen 600 bis 800 Menschen hinzu. Angesichts der Zahlen fällt es Politik, Verwaltung und Sozialeinrichtungen schwer, einen Überblick zu behalten. Manche Behörden kalkulieren mit 90 000 Zuwanderern, die dieses Jahr in der Metropole untergebracht, versorgt, beschult und betreut werden müssen. Rund 30 000 Asylanträge sind dieses Jahr allein in der Hauptstadt neu gestellt worden. Die Zahl der unregistrierten Zuwanderer geht in die Tausende. Selbst Sozialsenator Mario Czaja (CDU) räumt hier eine Größenordnung von 3000 Menschen ein. Hinzu kommen abgelehnte Asylbewerber, die weiterhin in großem Umfang geduldet bleiben.

Czajas Plan zu schnelleren Asylverfahren, für die der Bund zuständig wäre, löst Berlins Probleme selbst dort nicht, wo die Stadt Einfluss nehmen könnte. Bürgermeister Michael Müller (SPD) kritisierte jüngst sogar Abschiebungen. Die Liste prekärer Not-Unterkünfte wird indes immer länger, und die Suche nach immer neuen Lagern verzweifelter – Hangars, das stillgelegte Kongresszentrum ICC, Sporteinrichtungen und zunehmend auch Gebäude in Privatbesitz. Das Geld für die Unterbringung in billigen Hotels fließt bereits seit geraumer Zeit nicht mehr so, wie die Betreiber es erwarten.

> Medien: Zustände vor dem Landesamt »lebensgefährlich«

Die Zustände vor dem Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) beschreiben Medien als „lebensgefährlich“. Kampierende Menschen werden dort bewusstlos, eine Vierjährige musste beim Warten im Gang wiederbelebt werden, Wartende werden überrannt, teils schwer verletzt. Die Behörde befindet sich in einem Zustand fortschreitenden Zusammenbruchs, andere Einrichtungen drohen zu folgen.

Plätze in Kindertagesstätten (Kitas) werden zuwanderungsbedingt knapp. War es schon vor der Zuwanderungswelle schwierig, einen Platz zur Kinderbetreuung zu erhalten, verstärkt der vom Senat verkündete Rechtsanspruch der Zuwandererkinder auf einen Platz die Lage noch weiter. Fast die Hälfte der ankommenden Minderjährigen ist im Vorschulalter. Maximal fünf Stunden täglich sind sie zu betreuen, sagt der Senat. Doch wesentlich mehr Personal für die Asylantenkinder erhalten die Betreuungseinrichtungen dank eines bürokratischen Zuteilungsschlüssels nicht. Geburtenstarke Jahrgänge der Einheimischen tragen überdies weiter zum Platzmangel bei.

Auch das verfassungsrechtliche Aus für das Betreuungsgeld, aus dem Berlin im Sinne des Wortes Kapital schlagen wollte – 55 Millionen Euro für Kitas – hilft nicht, den Engpass zu beheben. Die Politik darf Eltern schon bewilligtes Betreuungsgeld nicht einfach wegnehmen. Trotz dieser mehr als angespannten Lage ersinnt Berlins Politik weitere Sozialmaßnahmen. Weil gerade einmal jedes dritte Flüchtlingskind zur Kita kommt, müssten die Pädagogen in die Unterkünfte gehen. Geplant sind dort „Sprungbretteinrichtungen“, um Asylbewerbern das „Konzept Kita“ schmackhaft zu machen.

Die oppositionellen Piraten wollen jedes offene Reden über die Größenordnung zu erwartender Menschen unterbinden – das sei „nicht hilfreich“. Dabei nehmen die Probleme lebensbedrohliche Ausmaße an. Die medizinische Versorgung der Zuwanderer ist laut Berliner „Flüchtlingsrat“ völlig unzureichend. Die Organisation spricht von „menschenrechtswidrigen Zuständen“. Hilfsorganisationen bemängeln, Zuwanderer müssten teils Wochen vor dem Lageso für eine Behandlung ausharren. Doch dessen erweiterte Servicezeiten hat nun der Lageso-Personalrat per Gerichtsbeschluss wieder kürzen lassen.

Bei der Unterbringung steht das Schwerste sogar noch bevor: Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG) warnt aktuell vor einem bundesweiten Anstieg der Obdachlosigkeit. Vergangenes Jahr waren rund 335 000 Menschen ohne Wohnung, gut 18 Prozent mehr als 2012, Tendenz stark steigend. Der Anstieg betrifft auch Berlin. Mitarbeiter der Stadtmission bezifferten die Zahl der Wohnungslosen dort jüngst mit 6000 Menschen. Andere Hilfseinrichtungen rechnen gar mit bis zu 11 000.

Wie viele es genau sind, ist schwer zu ermitteln. Es gebe in Deutschland keine Wohnungsnotfall-Berichterstattung auf gesetzlicher Grundlage, kritisiert die BAG. Die wachsende Zuwanderung von EU-Bürgern und Asylbewerbern habe „eine Rolle als Katalysator und Verstärker“, auch wenn wesentliche Ursachen laut BAG in einer verfehlten Wohnungspolitik liegen. Berlins Politik und Verwaltung erlangen somit erst am Beginn der kalten Jahreszeit einen wirklichen Überblick, wie viele Menschen kurzfristig vor dem Winter Schutz benötigen, doch schon jetzt ist fast kein Platz mehr verfügbar. Vielen Obdachlosen droht in diesem Winter eine Katastrophe.

Sverre Gutschmidt

Ende der Fahnenstange

Von Vera Lengsfeld

In dieser Kolumne habe ich schon vor Wochen über die unhaltbaren Zustände vor der Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in der Turmstraße berichtet. Seitdem hat sich die Lage weiter verschlimmert. Während man im August und September, was die Temperaturen betraf, noch problemlos im „Kleinen Tiergarten“ übernachten konnte, um am nächsten Morgen einen günstigen Platz in der Warteschlange zu ergattern, ist das jetzt nicht mehr möglich.

Selbst wenn man gewillt ist, die nächtlichen Minustemperaturen in Kauf zu nehmen, dauert es Tage, bis man einen Bon bekommt, der berechtigt, sich in die Abfertigungsschlange zu stellen, um registriert zu werden. Kein Wunder, dass es immer wieder zu Gewaltausbrüchen kommt und Männer versucht haben, das Gebäude zu stürmen. Im nahegelegenen Kanzleramt scheint man nichts davon mitzubekommen, denn die geschilderten Zustände herrschten schon, bevor uns die Kanzlerin bei Anne Will versicherte, dass „wir“ es trotzdem schafften und sie unermüdlich an ihrem Plan arbeite. Was ihr Plan sein soll, verriet sie allerdings nicht, um keine falschen Versprechungen zu machen.

Die freiwilligen Helfer an der Turmstraße haben jedenfalls signalisiert, dass sie es nicht mehr schaffen. Seit August waren sie ununterbrochen im Einsatz, haben unvorstellbare Szenen erlebt und können nicht weiter machen wie bisher. Niemand kann für sie einspringen, denn alle einschlägigen Hilfeleister wie Caritas, Rotes Kreuz, THW, Johanniter, Feuerwehr haben ebenfalls die Grenzen ihrer Kapazitäten überschritten und können keine neuen Aufgaben mehr übernehmen.

Seit einer Woche wird nach einem vierjährigen verschwundenen Flüchtlingsjungen gesucht, der, wie Videokameras zeigen, an der Hand eines bärtigen Mannes das Gelände vor der Erstaufnahmestelle verlassen hat und nicht wieder aufgetaucht ist. In den über 70 Hinweisen aus der Bevölkerung ergibt sich keine brauchbare Spur.

Nun hat Innensenator Henkel die Notbremse gezogen und verkündet, dass die Aufnahmekapazitäten von Berlin erschöpft seien. Berlin hat seit September mehr als 18 000 Flüchtlinge aufgenommen. Ein Ende des Zustroms ist, wie überall in Deutschland, nicht in Sicht.

Längst ist klar, dass mit Geld und Quote das Problem nicht gelöst werden kann. Es muss so schnell wie möglich ein Aufnahmestopp her, sonst wird das ganze Land in chaotischen Zuständen versinken, die es punktuell rund um die Stellen, wo sich die Einwanderer konzentrieren, schon gibt. Innensenator Henkel könnte sich große Verdienste erwerben, wenn er sich dazu entschließen könnte. Je eher, desto besser.

»Es gibt faktische Grenzen«

Brandenburg: Rot-Rot kritisiert Zuwanderungskurs des Bundes

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) verlangt von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die Zuwanderung zu begrenzen. Dass ein „Roter“ die CDU vor einem „Notstand“ warnt und von der Zuwanderung als „größter Herausforderung der letzten 25 Jahre“ spricht, sorgt für Aufsehen.

„Die Kanzlerin muss Wege aufzeigen, um die hohen Flüchtlingszahlen zu verringern.“ Woidke mahnt mit Blick auf die Bundesregierung, die Zuwanderer seien „kaum noch menschenwürdig“ unterzubringen. Rund 8000 von ihnen kamen allein im September nach Brandenburg. „Die Integration der Menschen ist eine Aufgabe für die nächsten Jahre und Jahrzehnte“, so der Ministerpräsident auf einem Treffen mit Kommunalvertretern.

Von den Gemeinden spürt Woidke viel Druck: Mangelnde Information durch die Landesregierung, die hektischen Versuche von Rot-Rot, Zuwanderer über Anbieter und Dienstleister in Quartiere zu bringen, zerren an den Nerven der Gemeindevertreter. Sie beklagen das mangelnde Zusammenspiel.

Dabei geht es Brandenburg vergleichsweise gut: Das Land meldet, in den Erstaufnahmeeinrichtungen gebe es überall winterfeste Unterkünfte. Viele andere Bundesländer haben noch nicht genug winterfeste Bleiben für Zuwanderer, deren Zahl ständig weiter wächst. Diese Zahlen veranlassen das Innenministerium des Landes, die Erstaufnahmestellen auf 10 000 Plätze auszuweiten, die im Frühling bereitstehen sollen. Im kommenden Jahr müsse die Mark mit mehr als 40 000 „Flüchtlingen“ rechnen, kalkuliert Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD). Die zentrale Aufnahme in Eisenhüttenstadt und die Außenstellen fassen aktuell 5500 Menschen. Die Verdopplung der Aufnahmeplätze binnen weniger Monate treibt indes Woidke weniger um als die Frage nach einem Ende der Entwicklung.

> Der Mark geht es besser als anderen Ländern

Das Asylrecht kenne zwar keine Obergrenzen. „Bei der Belastbarkeit der Länder und Kommunen gibt es aber faktische Grenzen, und denen nähern wir uns rasant“, so Woidke. Sein Finanzminister Christian Görke (Linke) stimmt in die Kritik am Bund ein, verlangt „einen großen Wurf“ in Sachen Zuwanderung.

Die Kapazitätserhöhung auf 10 000 Plätze folgt dem Druck der Kommunen, die dies gefordert hatten. Laut Görke soll der Bund jetzt mehr zu den Kosten beitragen, die noch immer zu 90 Prozent vom Land bezahlt werden. *SG*

Coffeeshops bleiben tabu

Bundesamt: Kein legaler Cannabis-Verkauf in Kreuzberg

Berlin wird keine Ladengeschäfte mit legal verkäuflichen Cannabisprodukten, sogenannte Coffeeshops, erhalten. Im Juni hatte Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) einen Antrag für Friedrichshain-Kreuzberg ausarbeiten lassen, Haschisch und Marihuana in zwei Coffeeshops legal anbieten zu dürfen. Das zuständige Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) in Bonn hat nun das 25 Seiten umfassende Papier in jeder Hinsicht abgelehnt. Das Projekt sollte als Vorreiter zahlreichen Drogenläden in Deutschland den Weg ebnen.

Die Grünen sind mit ihrem Vorhaben beim BfArM abgeblitzt. „Damit ist das Kreuzberger Drogenbiotop von Frau Herrmann schon im Ansatz gescheitert. Das ist gut so. Der Staat darf nicht zum Dealer werden“, freute sich Innensenator Frank Henkel (CDU) über die Entscheidung. Herrmann hatte den Antrag unter anderem mit dem Jugendschutz begründet. Der grün regierte Bezirk wollte registrierten Konsumenten die Drogen staatlich kontrolliert verkaufen. Das BfArM verwarf die Drogenläden in jeder Hinsicht: Der Antrag sei weder zulässig noch begründet, so die Prüfer. Das bundesweite Betäubungsmittelgesetz untersagt Cannabis mit wenigen Ausnahmen in medizinisch begründeten Fällen.

> Entscheidung hat bundesweite Bedeutung

Laut einer aktuellen Umfrage, die im Auftrag der CDU erstellt wurde, spricht sich eine Mehrheit von 61 Prozent der Berliner gegen die Freigabe von Marihuana und Haschisch aus – sie unterstützen das geltende Verbot. Die Umfrage ergab, 16 Prozent wollen Cannabis ganz verbieten, 39 Prozent unterstützen die von Grünen und Teilen der SPD vorangetriebene Freigabe.

Von der Entscheidung geht eine Signalwirkung aus. Vergleichbare Projekte in anderen Bundesländern sind damit aussichtslos. Die „Hanffreunde Münster“ hatten bereits den Stadtrat zu einer ernsthaften Prüfung bewogen. Im Saarland trommeln die Jugendorganisationen von SPD, FDP und Linkspartei für eine Legalisierung. In Bremen waren sich SPD und Grüne ebenfalls einig, ein Modellprojekt zu beantragen. In Nordrhein-Westfalen machte sich die Piratenpartei jüngst für die Freigabe von Cannabis stark.

Im bayerischen Memmingen erproben Hanf-Aktivisten die Gründung eines Vereins, um Gesetze gegen den Drogenkonsum auszuhebeln. Auch Hamburgs Politik spielte mit dem Gedanken, Cannabis über den Ladenverkauf zu legalisieren und wollte nur das Urteil zu Berlin abwarten. *SV*

MELDUNGEN

Hat Juncker gelogen?

Hamburg – In der Affäre um umstrittene Steuerpraktiken Luxemburgs gerät der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, immer stärker unter Druck. Dem Hamburger Nachrichtenmagazin „Spiegel“ zufolge legen Aussagen eines früheren Weggefährten nahe, dass Juncker vor dem Sonderausschuss des Europäischen Parlaments gelogen hat. Konkret geht es um die Behauptung des luxemburgischen Finanzministers von 1989 bis 2009 und Premierministers Luxemburgs von 1995 bis 2013, dass er im Jahr 1997 keinen Bericht zu Steuerdumping in dem Großherzogtum erhalten habe. Der Verfasser des Berichts behauptet das Gegenteil. *N.H.*

Bischöfin: Kreuze sollen weg

Stockholm – Die schwedische Bischöfin Eva Brunne hat einen ganz persönlichen Beitrag zu Willkommenskultur und Eingliederung von Mohammedanern geleistet. Sie hat gefordert, die Kreuze von den Kuppeln der Seemannskirche in der schwedischen Hauptstadt zu entfernen. Die Begründung ihres Aufrufs: Kreuze beleidigten die Muslime. Eine Demontage der Kreuze würde die Kirche für solche Menschen attraktiver machen, die sich nicht zum Christentum bekennen. Doch bei diesem ikonoklastischen Schlag will es die Bischöfin nicht belassen. Sie regt außerdem an, innerhalb der Kirche die Richtung auszuschildern, in der Mekka liegt. Die Bischöfin Eva Brunne ist weltweit die erste bekennende Lesbe in einem so hohen Kirchenamt. Sie lebt mit der Pfarrerin Gunilla Lindén in einer registrierten Partnerschaft zusammen. Die beiden Frauen erziehen gemeinsam einen Sohn. *FS*

Sieg für Kataloniens Separatisten

Mehrheit bei den Parlamentswahlen für die Regionalpräsident Artur Mas tragenden Parteien

Artur Mas, der katalanische Regionalpräsident, hatte vor der „Schicksalswahl“ vom 27. September angekündigt, sein Land im Falle eines Sieges bis 2017 in die Unabhängigkeit führen zu wollen. Jetzt muss er liefern. Denn diese Runde im Pokerspiel um die staatliche Zukunft der autonomen Region im äußersten Nordosten der Iberischen Halbinsel ging an seine Nationalbewegung.

Mit 62 von 135 Sitzen im künftigen Regionalparlament in Barcelona gewann das Wahlbündnis „Junts pel Sí“ (Gemeinsam fürs Ja) zusammen mit der linksradikalen „Candidatura d'Unitat Popular“ (Kandidatur der bürgerschaftlichen Einheit, CUP) mit deren zehn Mandaten die absolute Mehrheit der Sitze. Die Zahl der Wählerstimmen dieser sehr heterogenen Allianz belief sich auf rund 48 Prozent. Dem Wahlbündnis von Mas gehören neben seiner Regierungspartei „Convergència Democràtica de Catalunya“ (CDC, Demokratische Konvergenz Kataloniens) die in ihrem Nationalismus deutlich striktere „Esquerra Republicana de Catalunya“ (ERC, Republikanische Linke Kataloniens) sowie mehrere Bürgerinitiativen an.

Nicht wenige Kommentatoren in Deutschland stellen das knappe Verfehlen der absoluten Stimmenmehrheit als Niederlage für Mas dar. Eine sachgerechte Bewertung ist das nicht, da die Mandatszahl machttechnisch eben nun mal ausschlaggebend ist. Hier gewonnen zu haben ist für die Unabhängigkeitsbefürworter angesichts des heftigen propagandistischen Gegenwinds seitens der etablierten zentralistischen Kräfte objektiv ein enormer Erfolg, auch wenn die noch laufenden Koalitionsverhandlungen des Konservativen Mas mit der gesellschaftspolitisch völlig anders gearteten CUP alles andere als leicht sind.

Weder die lautstarken Warnungen der Großindustrie und der Banken, die möglichst unbegrenzte Märkte und übernationale Entscheidungsstrukturen wollen, konnten das Ergebnis verhindern noch die verfassungstechnischen Einschüchterungen der Madrider Regierung und der Altparteien „Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP, Demokratisches und Soziales Zentrum – Volkspartei) und „Partit dels Socialistes de Catalunya“ (PSC, Partei der Sozialisten Kataloniens). Diese hatten gebetsmühlenartig wiederholt, eine Abspaltung Kataloniens sei nicht nur verfassungswidrig, sondern würde auch den Verlust der EU-Mitgliedschaft und des Euro bedeuten. Außerdem sei die Auszahlung der Renten in Gefahr.

Katalonien ist ein Nettozahler des Königreiches Spanien

Für die Analyse gilt es ferner zu bedenken, dass ein höherer zweistelliger Prozentsatz der 7,5 Millionen Bewohner Kataloniens aus kastilischen, andalusischen und anderen innerspanischen oder nordafrikanischen Zuwanderern besteht, deren Loyalität in der Regel dem Gesamtstaat gilt.

Solche wichtigen Informationen fallen zumindest bei den hiesigen Leitmedien häufig unter den Tisch, um die von der Europäischen Union ebenso wie von manchen Regierungen ihrer Mitgliedstaaten wie Deutschland, Großbritannien oder Italien gewünschte Sicht der Dinge zu fördern. In diesen Zusammenhang gehören Darstellungen wie jene Leo Wielands, des Spanien-Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Die Schulden werden bis zum Jahresende auf nahezu 70 Milliarden Euro ansteigen. Finanziell hängt Katalonien seit mehreren Krisenjahren am Tropf der Madrider Zentralregierung. Diese hält auch das Gros der katalanischen Anleihen und hat die Regierung von Ministerpräsident Artur Mas durch beständige Finanzspritzen aus dem Liquiditätsfonds für die Regionen alimentiert.“ Eher beiläufig kommen bei Wieland die gewichtigen Gegenargumente vor. So stellen die Katalanen zwar nur etwa 16 Prozent der Gesamtbevölkerung Spaniens, erwirtschaften aber rund ein Fünftel der gesamten Wirtschaftsleistung und ungefähr ein Viertel der Exporte. Jahr für Jahr geht ein Überschuss von 16 Milliarden Euro an Steuergeldern aus Barcelona nach Madrid. Vor allem dieser Geldfluss, zu dem noch die ebenfalls beträchtlichen Überschüsse der nicht minder sezessionistischen Basken hinzuzurechnen wären, füttert überhaupt erst die Verteilungstöpfe der Zentralregierung.

Warum, so ist in puncto Wirtschaftsaussichten zu fragen, sollte ein gegebenenfalls verbleibender spanischer Hauptstaat seine gewachsenen Verbindungen zum katalanischen Markt kappen wollen angesichts dessen, dass nicht nur etwa 40 Prozent aller katalanischen Waren in die unmittelbare Nachbarschaft gehen, sondern der Austausch selbstverständlich für beide Seiten immens wichtig ist?

Fest steht: Der Stern von Regionalpräsident Artur Mas ist mitnichten im Sinken begriffen, wie es manche Beobachter noch vor Kurzem herbeizureden versuchten. Und Mas kann kaum Rückzieher machen, sprich: Er hat wenig Spielraum für Kompromisse mit Madrid, zumal er dann unverzüglich massive Ansehensverluste zugunsten seiner radikaleren linken Mitstreiter hinzunehmen hätte. Der Frust der Katalanen sitzt tief und birgt die Gefahr einer dauerhaften Destabilisierung, im Extremfall eine ETA-isierung des Landes.

Dabei gäbe es durchaus Alternativen zur derzeitigen Status-quo-Politik Madrids. Podemos-Chef Pablo Iglesias hat eine solche aufgezeigt, indem er in einer unmittelbar nach dem 27. September anberaumten Pressekonferenz für den Fall eines Sieges seiner Partei bei den gesamtspanischen Parlamentswahlen im Dezember eine verbindliche Volksabstimmung in Katalonien über die Unabhängigkeit in Aussicht stellte. *Martin Schmidt*



Hat Grund zur Freude, steht nun aber auch im Wort: Kataloniens Regionalpräsident Artur Mas nach dem Sieg bei den Parlamentswahlen

Bild: Ullstein

Oktoberrevolution blieb aus

Trotz FPÖ-Gewinnen bleibt nach der Wien-Wahl alles beim Alten

Das blaue Wunder von Wien war bei der Landtagswahl nicht ohne ein blaues Auge für den amtierenden Bürgermeister Michael Häupl und dessen rot-grüne Stadtregierung ausgeblieben. Zwar lag die Wiener SPÖ rund sieben Prozent vor Heinz-Christian Straches FPÖ. Jedoch hatten die Umfragewerte offenbar vor allem infolge der Flüchtlingsthematik und der österreichischen Asylpolitik den Freiheitlichen bis kurz vor der Wahl große Hoffnung auf die selbst angekündigte „Oktoberrevolution“ in der österreichischen Bundeshauptstadt gegeben. Doch ein Minus von 4,8 Prozent für die SPÖ und das zweitschlechteste Ergebnis seit 70 Jahren sind – neben dem bislang größten Erfolg in Wien für den politischen Gegner FPÖ – kein großer Wahltriumph.

Die Wahl zwischen mehreren Parteien stand vor der Wahl im Schatten der Frage „Bürgermeister Häupl oder Strache?“. Infolge des zum „Duell“ zwischen Häupl und Strache stilisierten Wahlkampfes war die Wahlbeteiligung mit 74 Prozent relativ hoch.

Doch nicht die Zufriedenheit mit der Politik der Sozialdemokraten, allein die Angst vor einem Bürgermeister Strache stellte laut Wahlanalysen ein entscheidendes Wahlmotiv für viele SPÖ-Wähler dar. Laut Meinungsumfragen wanderten zahlreiche „taktische“ Wähler in Richtung SPÖ, um einen FPÖ-Sieg zu verhindern – wohl zulasten der Grünen und der Volkspartei, die unter dem mittlerweile zurückgetretenen Parteichef Manfred Juracka auf unter zehn Prozent abstürzte.

Häupl habe sich in der Flüchtlingspolitik klar als „Gegenmodell zur FPÖ, als Anti-Strache“ positioniert und sich für taktische Wähler attraktiv gemacht, erklärte der Polit-Berater Thomas Hofer.

Bürgermeister Häupl erschien für viele als das kleinere Übel

Fest steht, dass die Freiheitlichen auf der Oppositionsbank bleiben werden. Häupl kündigte zwar am Montag an, noch in dieser Woche mit allen vier im Rathaus vertretenen Parteien Gespräche zu führen. Doch zugleich schloss er eine rot-blaue Koalition, wie es seit wenigen Monaten im Burgenland der Fall ist, kategorisch aus. Auch wenn sich mit der ÖVP eine Mehrheit in der Stadtregierung knapp bilden ließe, ist eine Fortsetzung der seit fünf Jahren bestehenden rot-grünen Koalition mehr als wahrscheinlich. Eine Regierungsbeteiligung der Neos, die mit über sechs Prozent den Einzug in das Wiener Rathaus geschafft haben, ist wohl nur theoretisch möglich.

Somit scheint nach der Wiener Landtagswahl alles wie gehabt: Der seit 20 Jahren amtierende Häupl bleibt im Amt, koaliert mit den Grünen, und Straches FPÖ macht Opposition.

Dennoch ist der Zugewinn der Freiheitlichen wohl mehr als Kosmetik: 34 Mandate ermöglichen den Freiheitlichen erstmals eine Sperrminorität und somit die Möglichkeit, bei Abstimmungen im Wiener Landtag einen bestimmten Beschluss zu verhindern. Es ist anzunehmen, dass die FPÖ im Rahmen kontroverser Themen wie Flüchtlinge, Bildung und Wohnen immer wieder davon Gebrauch machen wird. Überdies werden die Freiheitlichen mit dem bisherigen Rathausklubchef Johann Gudenus einen Vizebürgermeister sowie ebenfalls zum ersten Mal in ihrer Geschichte zwei Bezirksvorsteher stellen – in den Arbeiterbezirken Simmering und Floridsdorf mit einem hohen Anteil an Gemeindebauten, deren Bewohner diesmal mehrheitlich freiheitlich wählten. Dort, wo sich die SPÖ nun wohl eine Menge überlegen muss. *Michael Link*

Kiew spielt auf Risiko

Ukraine und Nato vereinbaren enge Zusammenarbeit

Die Ukraine will ihre militärische Zusammenarbeit mit der Nato ausbauen. Ihr Präsident Petro Poroschenko verkündete nach einem Treffen mit Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg in Kiew: „Wir haben eine gemeinsame Erklärung über eine engere verteidigungstechnische Zusammenarbeit der Ukraine mit der Nato unterzeichnet.“ Stoltenberg kündigte seinerseits weitere militärische Hilfen für Kiew an. Nachdem die Ukraine in ihrer neuen Militärdoktrin Russland zum Feind erklärt hatte, erging der Beschluss, die ukrainische Armee werde sich bis 2020 auf Nato-Standards umstellen. Dann, so Poroschenko, wäre sie reif für den Beitritt zur Nato

Selbstverständlich kann das in Moskau nicht ohne Folgen bleiben. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sagte, die Erweiterung der Nato an Russlands Grenzen werde zu der Notwendigkeit führen, „entsprechende Gegenmaßnahmen zur Gewährleistung unserer eigenen Sicherheit zu ergreifen“. Tatsächlich stellt die Nato-Osterweiterung einen steten Vertragsbruch dar. Als zu Beginn der 90er Jahre Moskau den Warschauer Pakt auflöste und die Rote Armee aus der ehemaligen DDR und aus Osteuropa zurückzog, tat sie das auf das Versprechen der Nato hin, diese werde „keinen Zentimeter“ nach Osten vorrücken. Die Wirklichkeit freilich sieht ganz anders aus. Bei den jüngsten Verhandlungen in Kiew war nach Angaben des ukrainischen Vizeverteidigungsministers Igor Dolgow zwischen der Ukraine und der Nato ein Integrationsplan entworfen worden. Außerdem brachte Stoltenberg zwei Projekte auf den Weg, nämlich ein Programm zu gemeinsamen Minenräumung und eines zur strategischen Kommunikation.

Moskau warnt vor unabsehbaren Folgen bei Übergriffen

Ein Vorhaben von strategischer Größenordnung ist der Plan Kiews, mit Hilfe der Nato den Luftverkehr über dem östlichen Schwarzen Meer zu kontrollieren – ein Vorhaben, das alle Voraussetzungen für unkontrollierbare Zwischenfälle erfüllt. „Um unsere Fähigkeit zur Luftraum- und Sicherheitskontrolle völlig wiederherzustellen, beginnen wir demnächst ein Pilotprojekt, das eine Einbindung der Ukraine in das sogenannte Nato-Programm für regionale Luftraumsicherheit vorsieht“, sagte Egor Boschok, Leiter der ukrainischen Mission bei der Nato. Das Luftraum-Abenteuer zielt unverkennbar auf die Krim, deren Luftraum zur Gänze zum „östlichen Schwarzen Meer“ gehört. Russland hat angesichts zahlreicher Drohungen aus Kiew seit der Rückgliederung die Krim stark befestigt. Übergriffe auf ihr Territorium, ihren Luftraum oder ihre Hoheitsgewässer hätten unabsehbare Folgen.

Doch Nato und USA scheinen sich auf derlei Möglichkeiten vorzubereiten. Derzeit bilden 380 US-Fallschirmjäger Angehörige der ukrainischen Nationalgarde aus. Das bestätigte Andrej Taranow, der Vize-Chef der Administration des Präsidenten. Dieser wünscht aber, dass das Ausbildungsprogramm auf das ganze Militär ausgeweitet wird. „Wir hoffen, dass die US-Regierung eine Entscheidung hinsichtlich der Ausbildung von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trifft“, sagte er Taranow.

Wichtige Aufgaben sieht Poroschenko auch für den nationalen Militär-Aufklärungsdienst. Dieser solle ausgebaut werden, sein Agenten-Netz erweitern und mit Nato sowie EU zusammenarbeiten, um „auf eine beliebige Entwicklung der Ereignisse sowohl an unseren Grenzen als auch im internationalen Maßstab gefasst sein.“ *Florian Stumfall*

Von Bereicherung keine Spur

Erste Erfahrungen im In- und Ausland mit der Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt

Als der Flüchtlingsstrom vor einigen Monaten einsetzte, reagierten Vertreter von Politik und Medien euphorisch. Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) freute sich „auf junge, gut ausgebildete und motivierte Menschen“ und eine Kommentatorin in den „Tagesthemen“ erklärte, „dass die, die zu uns kommen, hochmotiviert“ seien. Ab dem kommenden Frühjahr wird man sehen, wie viel Wahrheit hinter in diesen Aussagen steckt.

Zwar gibt es immer noch die Auffassung von Wirtschaftsverbänden, dass Deutschland angesichts seiner demografischen Entwicklung Zuwanderung brauche, allerdings mischen sich zunehmend kritische Stimmen in die Jubel-Arien. Frank Weise, Chef der Bundesagentur für Arbeit, bemüht sich um eine sachliche Einschätzung. Auf ihn und seine Mannschaft in den Jobcentern kommt eine Mammutaufgabe zu. Die Betreuung und Vermittlung von mehreren zehntausend Flüchtlingen wird ihre Aufgabe sein. In rund einem halben Jahr, wenn ein Großteil der Asylverfahren abgeschlossen sein soll, könnte es so weit sein. Planungsstäbe bereiten sich derzeit auf die erwartete Asylantenwelle vor. Seine Behörde wird das Personal von Arbeitsagenturen und Jobcentern massiv aufstocken. Mindestens 2000 zusätzliche Mitarbeiter sollen angeworben werden, weil neben Asylanten auch Zuwanderer aus der EU auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen werden.

Wirtschaftsvertreter klagen seit Langem über zu hohe bürokratische Hürden. Die deutschen Arbeitgeber fordern daher Änderungen am Asylrecht mit dem erklärten Ziel, eingewanderte Menschen möglichst schnell in die Berufswelt zu integrieren. Die Politik müsse dafür sorgen, „dass Asylbewerber nicht viele Monate vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden“, sagte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Ingo Kramer, der „Süddeutschen Zeitung“. Deutschland müsse die steigenden Flüchtlingszahlen als Chance für den Arbeitsmarkt werten. „Wir brauchen in den nächsten 20 Jahren viel mehr Arbeitskräfte, als dieses Land hervorbringen wird“, sagte Kramer und sprach von 500 000 freien Stellen in Deutschland.



Räumt inzwischen ein, dass nicht einmal jeder zehnte Asylsuchende für Arbeit oder Ausbildung qualifiziert ist: Bundesarbeitsministerin und SPD-Linke Andrea Nahles Bild: SZ Photo

Verlässliche Erhebungen über die Qualifikation von Flüchtlingen gibt es allerdings keine. Fest steht allerdings, dass nur die Wenigsten schon in einigen Monaten über ausreichende Sprachkenntnisse verfügen werden. Da vor allem Asylanten wegen ihrer Sprachprobleme nicht sofort einen Job finden werden, geht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im kommenden Jahr von rund 130 000 arbeitslosen Asylanten aus. „Die Berechnung

»Wirklich fehlgeschlagen«

ist mit großen Unsicherheiten behaftet und auch vom politischen Handeln abhängig“, sagte IAB-Forscher Enzo Weber der Deutschen Presse-Agentur. Ein Anstieg der Arbeitslosenzahlen sei kurzfristig kaum zu verhindern, dies sei aber alles andere als dramatisch. „Wenn sich die Menschen arbeitslos melden, ist das ein Signal, dass sie arbeiten wollen. Und für die Arbeitsagenturen und Jobcenter ist es eine Chance, an die Flüchtlinge ranzukommen, sie zu fördern und zu vermitteln“, sagte Weber. Einen Beleg für diese These lieferte er allerdings nicht.

Analysen der renommierten Privatbank M. M. Warburg warnen dagegen vor allzu großer Euphorie. Es gebe keine eindeutigen Hinweise dafür, dass die Einwanderung einen signifikant positiven Nettobeitrag zu Deutschlands Staatshaushalt leisten werde. Eine Bertelsmann-Studie zeige, dass bei zunehmender Einwanderung das Primärdefizit des Staates wachse. Die von deutschen Arbeitgebern geforderten Qualifikationen seien eher nicht mit dem Qualifikationsprofil von Asylsuchenden kompatibel. Zudem werde durch den Mindestlohn und die oft noch höheren Tariflöhne der Niedriglohnsektor in Deutschland ausgetrocknet. Das erschwere die Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt weiter, heißt es in einer in der vergangenen Woche veröffentlichten Studie. „Unser Arbeitsmarkt ist derzeit stabil und aufnahmefähig. Wer gut Deutsch spricht und qualifiziert ist, wird schnell eine Stelle finden“, konterte BA-Chef Weise in der „Bild“-Zeitung.

Erfahrungen aus dem Ausland geben dagegen keinen Anlass zu allzu großem Optimismus. Hoffnungen auf eine rasche Integration in den Arbeitsmarkt dämpft zum Beispiel der österreichische Integrationsforscher August Gächter vom Zentrum für Soziale Innovation in Wien. Er beruft sich auf eigene Untersuchungen mit Asylsuchenden, die in Österreich Zuflucht gesucht haben. Als Beispiel führt er aus Russland geflüchtete Tschetschenen an – eine Immigrantengruppe, die vom Bildungsgrad nach Gächters Einschätzung mit den Syrern vergleichbar sei. Von jenen, die zwischen 2002 und 2005 nach Österreich gekommen seien, hätten zwischen 2008 und 2010 lediglich rund 45 Prozent eine Arbeit gefunden. Noch schlimmer sind die Zahlen, die aus Dänemark vermeldet werden. Drei von vier Flüchtlingen, die um die Jahrtausendwende ins Land kamen, sind zehn Jahre später arbeitslos. Der Dänische Arbeitgeberverband (DA) stellte eine Untersuchung an und kam dabei zu dem Ergebnis, dass die Bemühungen, Asylanten in dem dänischen Arbeitsmarkt zu integrieren, als gescheitert angesehen werden müssen. Der Leiter des DA betonte gegenüber der dänischen Regierung, dass das Projekt als „wirklich fehlgeschlagen“ eingestuft werden müsse. Dänemark hat daraus die Konsequenzen gezogen und hat jetzt im EU-Vergleich mit die schärfsten Einwanderungsgesetze. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Athen plant neue Schulden

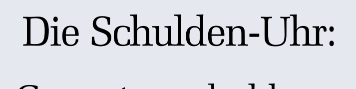
Athen – Wie aus einem Entwurf für das Budget 2016 hervorgeht, sollen die Schulden des griechischen Staates offenbar im nächsten Jahr auf 333,5 Milliarden Euro steigen. Insgesamt würde der Schuldenberg Griechenlands damit 192,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Als Grund für den weiteren Anstieg der Verschuldung wird vom Finanzministerium die geplante Rekapitalisierung der griechischen Banken angegeben. *N.H.*

Sozialfall Gebäudereiniger

Berlin – Im Juni 2014 bezogen nach Angaben der Bundesregierung 57 000 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Gebäudereiniger zusätzlich Arbeitslosengeld II (Hartz IV). Außerdem waren bei den ausschließlich geringfügig Beschäftigten der Branche 48 000 Beschäftigte auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Bezogen auf alle sozialversicherungspflichtig beziehungsweise ausschließlich geringfügig Beschäftigten ergeben sich so Anteile von 15,5 beziehungsweise 24,2 Prozent. *U.M.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:



2.026.647.565.656 €

Vorwoche: 2.026.544.727.236 €

Verschuldung pro Kopf:

24.996 €

Vorwoche: 24.994 €

(Dienstag, 13. Oktober 2015, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Neues Sorgenkind Portugal

Regierungskoalition verlor bei den Parlamentswahlen die Mehrheit

Portugal galt in den vergangenen Jahren als Lieblingsschüler Brüssels. Sonderzahlungen und Kredite an Griechenland wurden gerne mit dem Hinweis gerechtfertigt, dass ja Portugal vom Krisenland zum Musterschüler mutiert sei. Doch die Parlamentswahl vor zwei Wochen hat gezeigt, wie brüchig der Friede ist. Die Stimmen waren noch nicht völlig ausgezählt, da gingen die Proteste schon wieder los.

Die bürgerliche Allianz aus PSD und CDS, Portugal à Frente, verfehlte die absolute Mehrheit. Der bisherige Ministerpräsident Passos Coelho muss sich nun einen Koalitionspartner suchen. In Frage kam eigentlich nur die Sozialistische Partei. Denn aus dem Urnengang ging das linke Lager eindeutig gestärkt hervor, nach Sitzen verfügt es sogar über eine Mehrheit im Parlament. Aber die radikale Linke, die auf einen Stimmenanteil von zehn Prozent kam, lehnt die Brüsseler Sparvorgaben strikt ab. Trotzdem verhandeln die Sozialisten inzwischen mit den Kommunisten.

Vor rund fünf Jahren war das Land bankrott. Auf Druck der Europäischen Union verordnete sich das Land vier einschneidende Sparprogramme, „von denen jedes einzelne die Vehemenz der deutschen Agenda 2010 hatte“, wie das „Handelsblatt“ schrieb. Die Folge: Die sozialdemokratische Regierung wurde abgewählt, aber die konservativen Nachfolger setzten den harten Sparkurs vor. Offiziell lesen sich die Resultate beeindruckend. In den vergangenen vier Jahren ist die Arbeitslosigkeit von 17,4 auf rund zwölf Prozent gesunken. Für Ende dieses Jahres wird ein Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent erwartet. Noch 2011 retteten EU-Mittel in Höhe

Sozialisten lehnen Koalition mit Coelho ab

von insgesamt 78 Milliarden Euro das Land vor der Staatspleite.

Doch von einer Euphorie ist nicht viel zu spüren. In allen Meinungsumfragen lagen die Sozialisten lange vorn, bis sie von einem Korruptionsskandal erschüttert wurden. Der frühere sozialistische Premier José Socrates wurde im vergangenen November wegen der Annahme von Millionen aus der Bauwirtschaft verhaftet und saß neun Monate im Gefängnis. Zudem musste der sozialistische Oppositionsführer Antonio Costa eingestehen, dass er auch keine Alternative zum harten Sparprogramm bieten könne. Das Vertrauen in die Demokratie hat dies nicht gestärkt, und so lag die Beteiligung bei dieser zur Schicksalswahl auserkorenen Abstimmung bei lediglich 57 Prozent. Egal, wer künftig die Regierung bilden wird, er wird Antworten auf die grassierende Unzufriedenheit finden müssen. Denn längst hat sich herausgestellt, dass die Arbeitslosenstatistik geschönt ist. Die Zahl der Arbeiter, die nur den Mindestlohn von 505 Euro bekommt, hat um 70 Prozent zugenommen, was einem Gesamtanteil von 20 Prozent entspricht. Mehr als eine halbe Million Portugiesen hat das Land in den vergangenen vier Jahren verlassen, was angesichts einer Gesamtbevölkerungszahl von unter zehn Millionen beachtlich ist. Vor allem junge Leute wenden sich ab, eine Meinungsumfrage hat ergeben, dass sich mehr als 60 Prozent der unter 30-Jährigen nicht für Politik interessieren. Seine Landsleute müssten „noch ein bisschen auf die Zähne beißen“, sagt Coelho, der den eisernen Sparkurs fortsetzen will. Er warnt die Sozialisten vor einem Bündnis mit der radikalen Linken: „Das würde uns in die Steinzeit zurückversetzen“. *P.E.*

Zalando betrogen

Bewohner einer Aufnahmestelle verzichteten auf das Bezahlen

Bewohner der zentralen saarländischen Asylsuchenden-Aufnahmestelle Lebach sollen bei dem Versandhändler Zalando Großeinkäufe für 120 000 Euro gemacht haben, ohne zu zahlen. Wie von der Staatsanwaltschaft Saarbrücken bestätigt wurde, sind in der Angelegenheit inzwischen Ermittlungen wegen des Verdachts des Betruges eingeleitet worden.

Nach bisherigem Erkenntnisstand gingen zwischen Juni 2014 und Juni 2015 insgesamt 962 Bestellungen aus dem Raum Lebach bei dem Versandhändler Zalando ein und wurden auf Rechnung ausgeliefert. Mit Stand von Mitte Juni dieses Jahres sind von diesen Bestellungen 627 bislang nicht bezahlt worden. Die Bestellungen von hochwertigen Schuhen, Kleidung und Koffern sollen fast ausschließlich in die Aufnahmestelle für Asylbewerber geschickt worden sein. Nach Angaben eines Sprechers der Staatsanwaltschaft sind einige Beschuldigte inzwischen wieder aus Deutschland ausgereist.

Zumindest gegenüber der Öffentlichkeit gibt man sich beim Versandhändler gelassen: „Das hat nichts mit Flüchtlingen zu tun, diese Debatte geht in eine ganz falsche Richtung“, so ein Sprecher des Modehändlers gegenüber des Berliner „Tagesspiegel“. Man habe vielmehr generell zeitweise Schwierigkeiten mit Bezahlungen gehabt und flächendeckend Betrugsfälle verzeichnet.

Auch wenn das Versandunternehmen im Fall der saarländischen Asylunterkunft einen speziellen Bezug verneint, ist bundesweit längst eine Diskussion in Gang gekommen, ob ein Teil der Asylbewerber für einen

Zalando: »Das hat nichts mit Flüchtlingen zu tun«

deutlichen Anstieg der Zahl von Ladendiebstählen verantwortlich ist. Berichte regionaler Medien sprechen dafür, dass die Lage für einige betroffene Einzelhändler inzwischen dramatisch ist. Bis die Polizei vor Ort sei, müsse man die zum Teil alkoholisierten und sehr aggressiven Täter selbst dingfest machen, wenn man sie überhaupt erwische, so etwa ein betroffener Händler aus dem Raum Schweinfurt. Für endgültige Resignation sorgt, dass von den verhängten Strafen kaum eine abschreckende Wirkung ausgeht.

Bereits im April dieses Jahres hatte eine öffentlich gewordenen Lageanalyse des Bundeskriminalamtes (BKA) zur Kriminalität bei georgischen Asylbewerbern für einiges Aufsehen gesorgt. In einem 34-seitigen Dossier mit dem Titel „Georgier und Eigentumskriminalität“ hatte das BKA erschreckende Fakten zusammengetragen. Laut dem Dossier schleust die russisch-georgische Mafia gezielt massiv Südosteuropäer als Asylbewerber nach Deutschland, um sie dann hierzulande in Wohnungen einbrechen und auch ganz gezielt Ladendiebstähle begehen zu lassen.

Nach Erkenntnissen der Ermittler gehen die Täter dabei oftmals gut organisiert vor. Kleingruppen aus drei bis fünf Tätern teilen sich die Arbeit so auf, dass Fluchtmöglichkeiten gesichert werden und sogar das Verkaufspersonal observiert wird, während der Diebstahl in den Verkaufsräumen verübt wird. Nach Schätzungen des Bundeskriminalamtes richten diese georgischen Tätergruppen allein durch Ladendiebstahl deutschlandweit einen Schaden von 250 Millionen Euro pro Jahr an.

Norman Hanert

Dres. im BMVg

Von Manuel Ruoff

Das Bundesverteidigungsministerium (BMVg) scheint zwielichtige Doktoren (Dres.) anzuziehen, die es mit dem wissenschaftlichen Ethos nicht so genau nehmen. Erst Karl-Theodor zu Guttenberg, nun Ursula von der Leyen.

Als Angela Merkel hinter zu Guttenberg noch genauso stand wie jetzt hinter von der Leyen, hatte sie argumentiert, sie habe zu Guttenberg schließlich als Minister bestellt „und nicht als wissenschaftlichen Assistenten“.

Die Bundeskanzlerin hat damit einen wahren Punkt angesprochen. Politiker haben in der Tat das in Deutschland ganz seltene Privileg, ohne Ausbildungsnachweis höchste Positionen erreichen zu können. Die Qualifikation des Trägers eines politischen Amtes ist in der Demokratie nämlich das Vertrauen seiner Mitbürger. Dieses zu rechtfertigen bedarf es keines Abschlusses einer Universität oder Kammer, aber dafür eines Mindestmaßes an Integrität.

Aus diesem Grund können und sollten selbst Verfehlungen, die sich Otto Normalverbraucher leisten kann, ohne seinen Job zu verlieren, mit einem politischen Amt unvereinbar sein. Verteidigungsminister zu Guttenberg hat hieraus die Konsequenz gezogen.

Rechtsbruch

Von Konrad Badenheuer

Zu den bizarrsten Zügen der aktuellen Masseneinwanderung gehört das große Schweigen über die Rechtsbrüche, die die Grundlage dieser Politik bilden. Steht nicht seit 1993 im Grundgesetz, dass derjenige nicht Asyl beantragen kann, der aus einem Staat einreist, in dem die Menschenrechtskonvention gilt? Seitdem kann Asyl hier nur noch beantragen, wer mit dem Flugzeug einreist. Deutschland hat dennoch weiterhin großzügig Verfolgte aufgenommen, aber es wurde nicht mehr überrannt. Heute wird das schlicht nicht mehr angewendet, genauso wie zentrale Bestimmungen der Abkommen von Schengen und Dublin.

Aber welche Zeitung, welcher Bundestagsabgeordnete fragt heute nach Motiven, Beginn und Konsequenzen dieser offenkundigen Rechtsbrüche? Welche Staatsanwaltschaft ermittelt? Auch Paragraf 95 des Aufenthaltsgesetzes wurde bislang nicht geändert. Er stellt die Einreise ohne Aufenthaltstitel oder Betretungserlaubnis unter Strafe. Das trifft für fast alle der momentanen Immigranten zu, und gegen die meisten wird dann sogar – so viel Rechtsstaat ist noch – pro forma ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Übrigens: Die Beihilfe zur illegalen Einreise nennt man Schleusung und darauf stehen bis zu fünf Jahre Haft. Der Passauer Strafrechtler Prof. Holm Putzke sieht diesen Tatbestand seitens der Bundeskanzlerin als erfüllt an, wenn nicht sogar eine öffentliche Aufforderung zu Straftaten vorliege. Von Anzeigen hält Putzke nichts, aber er weist treffend darauf hin, dass man mit dieser Linie „bei sonstigen Schleusern in größte Erklärungsnot“ komme.

Dem Kommentator verschlägt es darüber die Sprache.

Seien wir souverän!

Von Klaus Rainer Röhl

Laut EU-Mehrheitsbeschluss zur Verteilung zusätzlicher 120 000 Asylbewerber in der EU muss Deutschland erneut 31 000 aufnehmen. Und wenn nun die Stationierung von 20 neuen US-Nuklearwaffen im rheinland-pfälzischen Büchel beginnt, ist das ein eklatanter Verstoß gegen den erklärten Willen des Deutschen Volkes. Der Bundestag hatte im März 2010 mit breiter Mehrheit beschlossen, die Bundesregierung solle sich „gegenüber den amerikanischen Verbündeten mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einsetzen“. Auch im Koalitionsvertrag von Union und FDP hatte die Bundesregierung 2009 den Abzug der Atomwaffen zugesagt. Nun passiert genau das Gegenteil. Deutschland wird damit doppelt fremdbestimmt behandelt. In der Asyl-Problematik aus der EU-Zentrale Brüssel und bei den Atomwaffen aus Washington. Die Stationierung neuer Nuklearwaffen in relativer Nähe zu Russland ist zudem eine gezielte Provokation Richtung Moskau.

> Merkel handelt wie ein Lakai mehrerer Herren

Es stellt sich obendrein die dringende Frage nach der Souveränität des bevölkerungsreichsten EU-Mitgliedstaates. Kanzlerin Merkel handelt nicht wie die oberste Vertreterin der Interessen ihrer Bürger, sondern wie ein Lakai im Auftrag mehrerer Herren, die auf dem Rücken der Deutschen ihr eigenes Süppchen kochen. Auch 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir keinen Friedensvertrag mit den Siegermächten. Auch die sogenannte Feindstaatenklausel ist immer noch in Kraft. Von Souveränität unseres Landes also keine Spur. Sie wird uns als einzigem Land in Europa einfach verweigert – in der Regel mit der Begründung, das sei eine sozusagen natürliche Folge der Naziverbrechen.

Sollen wir uns das auf die Dauer gefallen lassen? Wir haben nicht nur das Wahlrecht, sondern auch die Möglichkeit, zu demonstrieren. Auf die Straße zu gehen wie es derzeit immer wieder Zehntausende tun. Auf diese Weise eindeutig unsere Ablehnung der verfehlten Merkel-Politik zeigen. Ungerührt von der Schweigemauer der (noch) konformen Presse. Aber in dem festen Bewusstsein: Wir werden mehr und wir kommen durch. Im Netz sind wir bereits fast in der Mehrheit, und sogar das Politbarometer des ZDF hat vom Meinungs-Umschwung Kenntnis nehmen müssen.

Und das ist erst der Anfang. Das System Merkel bröckelt. „Wir schaffen das?“ Wer schafft hier was? Das einzige, was Frau Merkel geschafft hat, ist, sich mit diesen Sprüchen zu isolieren, auch in der eigenen Partei und vor allem in der CSU, die ja zur Union gehört. Die täglichen Umfragen zeigen das deutlich: Die Zustimmung zur Merkel-Politik nimmt rapide ab, ist im freien Fall. Zeigen wir ihr das noch deutlicher bei jeder Gelegenheit. Auf der Straße, vor allem aber im Netz. Das ist es, was jetzt das Gebot der Stunde ist. Wir schaffen es! Seien wir souverän mit unserem NEIN.



Machtvolle Meinungsäußerung und Zeichen von Souveränität: Großdemonstration mit 250 000 Teilnehmern gegen das Freihandelsabkommen TTIP am vergangenen Wochenende in Berlin

Bild: Schöneich

Gastbeitrag

Nennt sie endlich Fundamentalisten!

Von Hubertus Thoma

Auch wenn nach der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder die verschiedenen Regierungen von Angela Merkel den volkspädagogischen Ansatz von Rot-Grün nicht offenkundig verfolgt haben, blieb die Linie in der Substanz unverändert, Gegenpositionen wurden nicht formuliert. Man wollte als „moderne“ Union ja raus aus der rechten Schmuddelecke, in die einen die „Stoppt StrauSS“-Rufer verortet hatten, und weg vom biederen Birnen-Image eines Helmut Kohl. Die Zeiten, in denen Angela Merkel „Multikulti für gescheitert“ erklärte, Edmund Stoiber sich gar gegen eine „durchrasste Gesellschaft“ aussprach, sind lange vorbei, schließlich will man keine potenziellen Koalitionspartner verprellen oder die urbanen Milieus, in denen die Meinungsmacher sitzen. Aus ähnlichen Erwägungen haben die Merkel-Regierungen es nicht gewagt, die staatliche Subventionierung der Antifa und damit den unmittelbaren staatlichen Eingriff in die Meinungsbildung der Bürger rückgängig zu machen. Die frühere CDU-Familienministerin Kristina Schröder, die zumindest eine politisch neutralere Verteilung der Subventionsmittel (und keine Förderung von linksextremen Verfassungsfeinden) erreichen wollte, wurde von ihrer Partei im Regen stehen gelassen und warf als Ministerin bald das Handtuch.

Wen wundert es also, dass die aktuelle Regierung Merkel angesichts der horrenden Flüchtlingszahlen jetzt ziemlich hilflos wirkt, nachdem sie es niemals fertiggebracht hat, sich klar von den ideologischen Vorgaben der Regierung Schröder/Fischer zu distanzieren? Nicht einmal auf die juristische Selbstverständlichkeit der Rechtsverwirkung bei missbräuchlicher Inanspruchnahme – zugespitzt formuliert im Slogan „Wer betrügt, fliegt“ – konnte man sich einigen. Als vor über 20 Jahren Hunderttausende Asylbewerber aus den Ländern Ost- und Südosteuropas nach Deutschland strömten, war die CDU/CSU eine Volkspartei, die zumindest in ihrem Bemühen um Zuwanderungsbegrenzung und Verhinderung von Missbrauch glaubhaft wirkte. Auch die Einschränkung des individuellen Asylrechts auf eine Institutionengarantie war kein Tabu. Heute besteht die Alternative nur in der scheinbaren Ethik einer sentimentalen „Willkommenskultur“ oder eben in formaljuristischer „Herzlosigkeit“. Hinter den von Rot-Grün gesetzten Pflöcken will kein politischer Akteur zurückbleiben, denn niemand möchte von der in den Medien herrschenden rot-grünen Dreiviertelmehrheit sowie den staatlich angefütterten „watchdogs“ öffentlich zerrissen werden. Wer es wagt, wie Thilo Sarrazin über den Invasionscharakter der neuen Völkerwanderung zu räsonieren, wird als „Friedensbrecher in der Einwanderungsgesellschaft“ bezichtigt.

Bleibt nur das Problem mit all' diesen widerspenstigen Bürgern, die den Zwang zum Buntsein und zur Auflösung ihrer deutschen Identität in multikulturellem Zuckerwasser (respektive Salzlauge) nicht so toll finden. Mit all' diesen Pegidas, der „wahren CSU“, dem „Linksruck stoppen“ (der CDU unter Merkel) und anderen „Modernisierungsverweigerern“, denen der „fortschrittliche“ Teil der Gesellschaft am liebsten ein Hitlerbärtchen ankleben und dann ohne Umwege zum „Führer“ in die Hölle schicken würde. Mangels effizienter politischer Vertretung ihrer Standpunkte, die nicht einmal einer ernsthaften öffentlichen Diskussion für würdig erachtet werden, greifen diese Konservativen nun zu Mitteln, die den Apo-Linken einst heilig waren: Sie gehen auf die Straße, sie demonstrieren und sie machen auch gelegentlich Randale – „Putz“, wie einst die „Putztruppe“ von Joschka Fischer, als dieser noch Anarcho war. Aber halt: Was den Linken erlaubt ist, das können doch jetzt nicht die Rechten für sich in Anspruch nehmen, die Linken sind schließlich die Guten, die sich für Gleichheit und die gesamte Menschheit einsetzen, anstatt nur an sich zu denken und Ungleichheit fortzuschreiben. Spätestens seit der staatlichen Antifa-Förderung ist politische Äquidistanz nicht mehr Regierungslinie und nicht mehr erwünscht, rechts vielmehr böse und links gut. Schließlich gehört die Welt uns allen, es gibt einklagbare Menschenrechte, aber kein Recht auf Wahrung von Besitzständen.

Die neue Völkerwanderung im Sinne einer Einwanderung in den Wohlstand, von arm zu reich, ist geradezu ein Glücksfall für alle Umverteiler und Sozialromantiker, die bis vor Kurzem noch unter dem Verlust ihrer klassischen Klientel und dem Versagen der Arbeiterklasse vor ihrer (angeblichen) historischen Aufgabe leiden mussten. Neue Ausgebeutete, Gequälte und Entrechtete braucht das Land! Die Massenimmigration liefert sie und spielt darüber hinaus einem weiteren strategischen 68er-Ziel in die Hände, der Entgermanisierung unseres Landes: „Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein!“ war ein prominenter Slogan, denn man wollte ja „Nie wieder Deutschland!“ Das ist noch nicht ganz gelungen, aber je mehr Ausländer desto besser, solange bis die Grenzlinie zwischen Volk und Bevölkerung ganz verschwindet.

Ein solches Geschenk des Himmels will gegen die Kräfte der Reaktion verteidigt sein. „Nennt sie endlich Terroristen!“, forderte IT-Punker Sascha Lobo (eigentlich Spezialist für IT-Fragen und Cyberpolitik) Ende Juli in „Spiegel Online“ hinsichtlich aller, die auf den Massenansturm empfindlich reagieren und sich dagegen wehren, dass Deutschland gegen ihren Willen zum Einwanderungsland gemacht wird. Wenn es nach Lobos noch einseitigerem Kollegen Georg Diez ginge, wäre in diesem Diskurs nicht einmal mehr die Erwähnung der Doppelbödigkeit erlaubt: „Sind die Deutschen wieder so, immer noch so, rassistisch und böse, oder sind sie doch ganz anders, bunt und gut?“, schreibt dieser Mann in ironiefreier Selbstherrlichkeit unter dem Titel „Die Zeit des Augenzwinkerns ist vorbei“.

Ja, sie könnte vorbei sein, so wie die Zeit der Negerkönige, der Mohren und ihrer -köpfe, der Behinderten, der Zigeuner und ihrer -schnitzel, der Putzfrauen, der Lehrlinge, der Flüchtlinge (die jetzt „refugees“ heißen sollen) und der Schwarzen Schafe. Sie könnte bald vorbei sein, wenn wir uns nicht gegen den Gesinnungsterror der 68er-Erben und ihren Versuchen, Menschen mit gegenteiligen Überzeugungen massiv unter Druck zu setzen und zu kriminalisieren, zur Wehr setzen. So bunt ist die Welt des medialen und politischen Mainstreams nämlich nicht, wie man uns immer glauben machen möchte. Sie ist im Gegenteil sowjetgrau, wie sich unser Deutschland mit seinem Zwang zur Politischen Korrektheit in den letzten Jahren ohnehin immer mehr zu einer Art DDR light de luxe entwikkelt hat, in der das Kollektiv jetzt Team heißt und der IM „watchdog“ (Wachhund). Der öffentliche Diskurs, die politischen Debatten, das Fernsehprogramm der öffentlich-rechtlichen Sender (eigentlich öffentlich-rechtlich organisiert, um ihre politische Unabhängigkeit zu garantieren) sind deshalb uninteressant und steril geworden. Die zwanghafte Art ihrer Akteure, Probleme ausschließlich von der moralischen Seite anzugehen, aber alle sofort in Grund und Boden zu prügeln, die das nicht gut finden, kann man eigentlich nur mit einem Wort bezeichnen: Fundamentalismus. Gutmenschfundamentalismus. Wahrscheinlich eine Zwangsneurose speziell deutscher Akteure, die Angst vor dem Hitlerbärtchen haben. Es gibt sie aber auch in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel in Frankreich, wo der Schriftsteller Jean Raspail in seinem Roman „Le camp des Saints“ („Das Heerlager der Heiligen“) bereits vor über 40 Jahren eine Armuts-Völkerwanderung nach Europa prophezeit hat und dafür ähnlich behandelt wurde beziehungsweise wird wie Sarrazin in Deutschland.

Wer sich dem Mainstream entgegenstellt, ist mit Sicherheit kein Krimineller. Wer Andersdenkende, Demonstranten und Protestierende Terroristen nennt und Denkverbote aufstellen will, wie es einige Kolumnisten des „Spiegel“ tun, ist dagegen ganz offensichtlich Fundamentalist. Nennt diese Leute bitte auch so!

Den Neuling abgehängt

Kampf um die Museumsvorherrschaft in Lübeck – Das neue Hansemuseum kontra Jahrhundertausstellung

In Lübeck liefern sich zwei Museen ein Kopf-an-Kopf-Rennen um die Publikumsgunst. Das im Mai neu eröffnete Europäische Hansemuseum lief in einem innerstädtischen Konkurrenzkampf auf und davon, ehe das St.-Annen-Museum mit einer „Jahrhundertausstellung“ zu einem erfolgreichen Konter ansetzte.

Der rote Teppich war ausgerollt, die Bundeskanzlerin kam, sprach ein paar bedeutungslose Worte zur Eröffnung, und ganz Lübeck strahlte. Das neue Europäische Hansemuseum soll frischen Glanz in die museal doch schon leicht angestaubte Hansestadt an der Trave bringen.

Der im nördlichen Rand der Altstadt angesiedelte Neubau, in dem die 800-jährige Geschichte der Hanse gezeigt werden soll, gilt mit seinen 5000 Quadratmetern als größter Museumsbau des Landes Schleswig-Holstein und zählt mit einem Investitionsvolumen von 50 Millionen Euro zu den zehn größten Museumsneugründungen in Deutschland seit 1945. Und das schönste für die Lübecker: Die Stadt hat es fast geschenkt bekommen. Die Lübekker Possehl-Stiftung übernahm den Löwenanteil der Kosten, die sich im Gegenteil zu anderen öffentlichen Bauprojekten, deren Kostenrahmen gewöhnlich explodieren, von den ursprünglich avisierten 24 Millionen Euro auch „nur“ verdoppelt haben.

Die Stadt selbst übernimmt dafür die jährlichen laufenden Kosten, die vor allem für das Personal anfallen. Allerdings hat man mit einer Personalie gerade einen Reinfall erlitten. Denn kaum als Museumsleiterin im Amt, trat Lisa Kosok vor wenigen Tagen überraschend zurück. Einen Grund für ihren Rücktritt gab die Historikerin, die für Lübeck extra ihren Direktorenposten im Museum für Hamburgische Geschichte aufgab, nicht bekannt. Schwärmte sie im Mai noch von einem „völlig neuen Typ von Museum“, so ließ sie unterschwellig Kritik am Konzept durchblicken, als sie sagte, dass es beim Aufbau der Sammlung „noch Luft nach oben“ gebe.

Tatsächlich stehen noch viele Ausstellungsräume regelrecht leer. Die Besucher müssen sich an die neue Ausstellungsmode gewöhnen, die auf 3-D-Lichtkunst, Bildprojektionen und anderen multimediealen Schnickschnack setzt. Da ein Teil des historischen Burgklosters zum Museum gehört, sollen die dort begehbaren archäologischen Grabungsstätten schlicht „für sich sprechen“. Nicht einfach ist es auch, die riesige Ausstellungsfläche mit Exponaten zu bestücken, die einen Bezug zur Hanse haben, ohne dabei andere Lübecker Museen zu plündern. Derzeit ist sie mit Ausstellungsstücken des aufgelösten Archäologischen Museums bestückt, zur Disposition steht auch die stadthistorische Ausstellung im Holstentor. Das Theaterfigurenmuseum muss um seine Sammlung indes nicht bangen, nur deren Direktorin Felicia Sternfeld wurde „ausgeborgt“. Sie ist die Nachfolgerin von Lisa Kosok im Hansemuseum.

Kaum hatten sich die Wogen um das neue Museumskind geglättet, gab der Methusalem unter den Lübecker Museen ein kräftiges Lebenszeichen von sich. Das Museumsquartier St. Annen, das in diesem Jahr das 500-jährige Bestehen des spätgotischen St.-Annen-Klosters – frühere Heimat von Augustiner-Nonnen aus gutem Haus, auf die ganz Lübeck noch heute stolz ist – und das 100-jährige Jubiläum des St.-Annen-Museums feiert, hat jetzt eine Schau eröffnet, die sie protzig als „Jahrhundertausstellung“ bezeichnet. Politisch veredelt wurde sie dadurch, dass Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig zur Ausstellung kam.

Tatsächlich gilt die Schau „Lübeck 1500 – Kunstmetropole im Ostseeraum“ als eines der größten Ausstellungsprojekte der Hansestadt überhaupt. Sie beleuchtet erstmals die faszinierende Zeit um 1500 in Lübeck – eine Zeit, in der Kirchen, Kapellen und Klöster nochmals mit zahllosen neuen, prächtigen Kunstwerken ausgestattet wurden. Zu den spektakulären Werken zählen drei filigrane Georgsreliquiare aus Elbing und Riga, monumentale Altarretabel, darunter der von Hans Memling in Brügge gemalte Greveraden-Altar aus dem Lübecker Dom, sowie Arbeiten von Veit Stoß und Tilman Riemenschneider.



Hohe Kunst des Ostseeraums: Flügelaltarbild von Hans Memling (1491) Bild: St-Annen-Museum

Die Ausstellung mit 100 hochkarätigen Exponaten aus fünf europäischen Ländern, darunter Altartafeln, Reliquien, Gold- und Schmiedekunst, welche wiederum die Zeitspanne von etwa 1470 bis 1540 wiederaufleben lassen, als Lübeck nicht nur eine florierende Hansestadt, sondern die unangefochtene Kunstmetropole im Ostseeraum war, ist eine starke Antwort auf das Hansemuseum. Dort hätte eine solche Hanse-Schau auch hingepasst, dort hätte man damit einen fulminanten Start hinlegen können. Tat es aber nicht. Dafür schimmert jetzt dort „Die Welt der Hanse“ wenig aufdringlich in Bild und Ton durch die noch ziemlich kargen Ausstellungssäle. *Harald Tews*

Das Hansemuseum, An der Untertrave 1, ist täglich von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Eintritt „Welt der Hanse“: 11,50 Euro, Eintritt Denkmal Burgkloster: 4,50 Euro. „Lübeck 1500“ bis 10. Januar 2016 im St.-Annen-Museumsquartier, St.-Annen-Straße 15, geöffnet Dienstag bis Sonntag, 10 bis 17 Uhr, Eintritt: 10 Euro.

Die Schönheit der Geometrie

Seine geometrischen Farbmuster haben sich in den Alltag eingeschlichen. Da gibt es Tassen, Teller und Mode von Yves St. Laurent mit strengen Mondrian-Motiven: Bilder mit Farbflächen, diese nur in den Grundfarben Rot, Blau und Gelb mit schwarzen Linien. Doch diese Sicht beleuchtet nur eine Seite des Künstlers.

Die Ausstellung „Piet Mondrian. Die Linie“, die im Berliner Martin-Gropius-Bau zu sehen ist, will den Besuchern den „Wegbereiter der Moderne“ auf andere Weise näherbringen. Mondrian, 1872 im niederländischen Amersfoort als Sohn eines Volksschullehrers geboren, war zunächst Zeichenlehrer. Er begann impressionistisch im Stil der Haager Schule, einer niederländischen Kunstströmung von 1870 bis 1920. Als Motive suchte er sich anfangs ländliche Gegenden. Um 1905 wagte er zu experimentieren. „Das erste, was ich in meiner Malerei änderte, war die Farbe“, sagte er. Was aber so nicht ganz stimmt, denn immer auf der Suche nach den Gesetzen für Schönheit, Harmonie und Ästhetik begann Mondrian früh seine Kunst auf die Grundelemente und Strukturen der Geometrie und Mathematik zu reduzieren.

„Es gibt keine Formel, die diese Kunst erklärt, es gibt nur die Macht der Imagination“, sagt Benno Tempel, Direktor des Gemeentemuseums in Den Haag, und fügt hinzu, dass Mondrians Kunst aus Mut entstehe, neue Wege zu beschreiten und neu anzufangen. So ging der Künstler 1912 nach Paris, wo er beeinflusst durch den Kubismus nun abstrakt malte. Einige Jahre später galt sein Atelier als wichtigster Ort in Paris. Mondrian strebte nach



Mondrian „Komposition“ von 1921 Bild: Gemeentemuseum Den Haag

einer Harmonie durch die „Gleichwertigkeit von Linien, Farben und Flächen“, bezeichnete seine Werke als „Kompositionen“ und seinen Stil als „Neoplastizismus“. Deutschland diffamierte die Bilder 1937 in der Münchner Präsentation „Entartete Kunst“. Die unruhigen Zeiten veranlassten ihn, über London nach New York zu flüchten, wo er 1944 an einer Lungenentzündung starb.

Zur Eröffnung der Neuen Nationalgalerie in Berlin 1968 gab es erstmals wieder eine Ausstellung seiner Bilder in Berlin. Jetzt zeigt der Martin-Gropius-Bau gemeinsam mit dem Gemeentemuseum Den Haag 50 Gemälde und Zeichnungen, die Mondrians Suche nach seinem künstlerischen Weg repräsentieren. Wer genau hinsieht, wird den Künstler häufig im Alltag begegnen. Architektur, Mode, Werbung und Popkultur profitieren noch heute von seinen Ideen. *Silvia Friedrich*

„Mondrian. Die Linie“, Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstraße 7, Berlin, geöffnet bis 6. Dezember täglich außer dienstags von 10 bis 19 Uhr. Eintritt: 11 Euro.

Düstere Lichtgestalt

Museum Kalkriese hebt den Römer Germanicus auf den Sockel

Vor 2000 Jahren feierte der römische Feldherr Germanicus als Rächer des Varus, der 9 nach Christus mit drei Legionen in Germanien untergegangen war, beachtliche Erfolge. Im niedersächsischen Kalkriese wurde mit großer Wahrscheinlichkeit ein Kampfplatz der Varusschlacht entdeckt, den vermutlich Germanicus 15 n. Chr. aufgesucht hat. Das dortige Museum widmet Germanicus eine Ein-Mann-Show mit rund 100 Objekten.

Der 15 v. Chr. geborene Nero Claudius Drusus erbte den Ehrennamen „Germanicus – Germanenbezwinger“ von seinem Vater Drusus. Der als außergewöhnlich schön, gelehrsam und liebenswürdig gerühmte junge Germanicus erfreute sich der besonderen Förderung durch Kaiser Augustus. Ihm wurden höchste politische Ämter und Priesterwürden zuteil.



Germanicus als Wachmann Bild: Varusschlacht/E. Parton

Die Schau will mit einer ungewöhnlichen Inszenierung Emotionen wecken. Zum Beispiel werden auf und um einen Bildniskopf des Germanicus ein Strahlenkranz und jubelnd hochgerissene Arme projiziert. Germanicus wird so zur Lichtgestalt verklärt. Nicht wenige halten ihn allerdings für einen Blender. Zum Auftakt signalisieren kreuz und quer gesetzte Zebrastreifen, dass wir uns auf unsicherem Terrain bewegen: dem Gelände der Varusschlacht. Die vom Cherusker-Fürsten Arminius (um 17 v. Chr. bis um 21 n. Chr.) angeführten Krieger brachten den Römern eine vernichtende Niederlage bei. Zurück blieben auf dem Schlachtfeld die toten Legionäre und Kleinteile wie die ausgestellten Pfeil- und Lanzenspitzen. Der römische Geschichtsschreiber Tacitus berichtete, dass Germanicus sechs Jahre nach der Katastrophe das Schlachtfeld aufsuchte. Er ließ die umherliegenden Knochen einsammeln und bestatten. Und tatsächlich wurden auf dem Kalkrieser Schlachtgelände Knochengruben entdeckt.

Von 14 bis 16 n. Chr. unternahm Germanicus mit acht Legionen groß angelegte militärische Operationen im rechtsrheinischen Germanien. Er wollte das Gebiet der römischen Herrschaft unterwerfen und Arminius unschädlich machen, was ihm aber nicht gelang. Schließlich hatte der seit 14 n. Chr. herrschende Kaiser Tiberius die verlustreichen Operationen des Germanicus satt. Er beorderte Germanicus zurück nach Rom und ließ ihm einen Triumphzug mit der Begründung ausrichten, er habe die Schmach der Varusschlacht getilgt und den vollständigen Sieg über die Völker zwischen Rhein und Elbe errungen. Das bekräftigt die Inschrift auf einer zu Ehren des Germanicus herausgegebenen Münze: „Feldzeichen wiedererlangt – Germanen besiegt“.

Der unerwartete Tod des Germanicus 19 n. Chr. löste im ganzen Reich tiefe Trauer aus. Vielerorts wurden Standbilder zu seinen Ehren errichtet. Im offiziellen Nachruf aber wird er nicht länger als Bezwinger Germaniens hingestellt. Vielmehr bestehe seine große Leistung in der Sicherung der Reichsgrenze am Rhein.

Es scheint, dass Germanicus wohl im Gegensatz zu seinem Sohn Caligula und dem Enkel Nero eines der wenigen Mitglieder des julisch-claudischen Kaiserhauses gewesen ist, das eine einigermaßen „weiße Toga“ vorzuweisen hat. *Veit-Mario Thiede*

„Ich Germanicus! Feldherr, Priester, Superstar“, Museum und Park Kalkriese, Venner Straße 69, Bramsche-Kalkriese. Bis 1. November täglich 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 5 Euro. Telefon (05468) 92040, Internet: www.kalkriese-varusschlacht.de. Der Begleitband kostet als broschiertes Sonderheft des Magazins „Archäologie in Deutschland“ 14,95 Euro, die im Theiss Verlag erschienene Buchhandelsausgabe mit Fadenheftung 19,95 Euro.

Es mag genesen

Öfter zitiert als gedacht – Emanuel Geibel

Als Hymne auf den Preußenkönig Wilhelm I. dichtete Emanuel Geibel 1861 in „Deutschlands Beruf“ arglos: „Und es mag am deutschen Wesen / Einmal noch die Welt genesen.“ Er hätte wohl nie zu denken gewagt, dass die Strophen Jahrzehnte später einmal als propagandistischer Kampfbegriff missbraucht werden würden, wobei der Austausch des Verbs „mag“ zu „soll“ eine bis heute besonders verhängnisvolle Aussage hat: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“



Vor 200 Jahren geboren: E. Geibel Bild: Archiv

Solches hatte Geibel, der vor 200 Jahren, am 17. Oktober 1815, in Lübeck zur Welt kam, nie im Sinn gehabt. Er hoffte auf ein geeintes deutsches Staatswesen unter preußischer Führung, das Frieden mit den benachbarten Völkern bringen würde. Ausgerechnet bei den Bayern, wo er von Bayernkönig Maximilian II. mit einer Ehrenprofessur für Poetik und einer lebenslangen Pension großzügig gesponsert wurde, ließ er seine preußenfreundliche Gesinnung erkennen. Das kam in München natürlich nicht gut an, sodass Geibel 1868 als inzwischen bayerischer Staatsbürger und Mittelpunkt des Dichterbundes „Das Krokodil“ zurück in seine Geburtsstadt im Norden zog.

Zu diesem Zeitpunkt war er einer der populärsten deutschsprachigen Lyriker. Sein 1840 erschienener erster Band mit Gedichten, die er während seiner Zeit als Hauslehrer beim russischen Gesandten in Griechenlands Hauptstadt Athen schrieb, erreichte bis zu seinem Tod 1884 genau 100 Auflagen. Und er schrieb Klassiker, die im Ton an Goethe oder Eichendorff erinnern. Auch wenn jetzt Herbst ist, muss an das frühlingshafte „Wanderlied“ erinnert werden, dessen Verse „Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus“ noch heute vielerorts zitiert oder in der Vertonung von Justus Wilhelm Lyra gesungen werden.

Als Geibel in Lübeck starb, notierte der ostpreußische Dichter Arno Holz pathetisch: „Geibel war auf der Schulbank unser Gott.“ Er war ebenso Vorbild einer jungen Dichtergeneration wie auch ironisches Ziel von Spöttern. In Thomas Manns „Buddenbrooks“ wird er in der Figur des Jean-Jacques Hoffstede als „Poet der Stadt“ persifliert, der beim Familienfest ein „allerliebstes“ Gedicht vorträgt. *H. Tews*

Der Sieg der Neinsager

Trotz vieler Pressionen stimmten die Saarländer vor 60 Jahren klar für den Wiederanschluss an Deutschland

Am 23. Oktober 1955 stimmten die Saarländer mit Zweidrittelmehrheit gegen das von Bundeskanzler Konrad Adenauer mit Frankreich ausgehandelte „Europäische Saarstatut". Von 625 553 Stimmberechtigten lehnten 423 655 das Statut ab. Das war eine Mehrheit von 67,7 Prozent. Für die Annahme des Statuts stimmten 201 868 Saarländer. Damit war der Weg frei für den Anschluss des Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland am 1. Januar 1957. Die patriotischen Saarländer hatten sich ihre staatliche Zugehörigkeit zu Deutschland hart erkämpfen müssen.

In dem geplanten Saarstatut hieß es unter anderem: „Ein europäischer Kommissar nimmt die Vertretung der Saarinteressen auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten und der Verteidigung wahr ... Der Kommissar wird vom Ministerrat der Westeuropäischen Union ernannt. Er ist diesem Rat verantwortlich. Der Kommissar darf weder Franzose noch Deutscher noch Saarländer sein." Die Interessen des deutschen Saargebietes sollten also weder von einem Saarländer noch einem sonstigen Deutschen vertreten werden dürfen. Eine solche undemokratische und dem Selbstbestimmungsrecht einer deutschen Bevölkerung widersprechende Konstruktion wurde von ihren Propagandisten als „europäische Lösung" gepriesen.

Im Text des geplanten Abkommens hieß es auch: „Die Grundsätze, auf denen die französisch-saarländische Wirtschaftsunion gegenwärtig beruht, werden in ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit aufgenommen, das zwischen Frankreich und der Saar abgeschlossen wird ..." Dann folgten die Bedingungen, die den französischen Wirtschaftsinteressen dienen sollten. Ferner hieß es: „Nachdem dieses Statut im Wege der Volksabstimmung gebilligt worden ist, kann es bis zum Abschluss eines Friedensvertrages nicht mehr in Frage gestellt werden."

Die sogenannte Saarfrage hatte dabei nur aufgrund der imperialistischen Machtpolitik Frankreichs existiert, das im ausschließlich deutsch besiedelten Saargebiet nichts zu suchen und nichts verloren hatte.

Was wollte die „Sphinx Adenauer" (so der frühere prodeutsche Politiker Heinrich Schneider von der Demokratischen Partei Saar) mit dem Saarstatut erreichen? Der saarländische Historiker Albert H.V. Kraus hat sich in seinem Buch „Saarland zwischen Michel und Marianne. Die Volksabstimmungen von 1935 und 1955" ausführlich damit befasst. Auch die drei prodeutschen „Heimatbundparteien" – Demokratische Partei Saar, CDU-Saar und Deutsche Sozialdemokratische Partei (nicht zu verwechseln mit der Sozialdemokratischen Partei des Saarlandes, SPS) – seien sich demnach bewusst gewesen, dass sich Adenauer in einer Zwangslage befunden habe. Ohne seine Unterschrift unter ein Saar-Abkommen hätte Frankreich mutmaßlich nicht der deutschen Wiederbewaffnung und einer künftigen möglichen Souveränität Deutschlands über das Saargebiet zugestimmt.

Nach den Worten von Adenauers Mitarbeiter Herbert Blankenhorn hätten die Franzosen dem Bundeskanzler „die Pistole auf die Brust gesetzt". Für Adenauer sei eine Aussöhnung mit Frankreich vorrangig gewesen, und er habe bei einer Ablehnung des Statuts sein Gesamtziel einer künftigen deutschen Wiedervereinigung gefährdet gesehen. Dabei habe er gehofft, dass die Saar bei Friedensverhandlungen in der Zukunft wieder zu Deutschland zurückkehren könne.

> Die Saarländer machten Bonn und Paris einen Strich durch die Rechnung

Dieser Kurs Adenauers war allerdings schon in der CDU der Bundesrepublik heftig umstritten, und die Saar-CDU stellte sich ganz gegen den Kanzler. Adenauer hatte dabei auch die Haltung der saarländischen Bevölkerung falsch eingeschätzt. Die große Mehrheit der Saarländer hatte die französische Vorherrschaft und Bevormundung satt und glaubte zu Recht auch nicht an nebulöse Versprechungen über eine „europäische Zukunft" der Saar.



Der Abstimmungskampf bewegte die Gemüter: Werbung der Europa-Union an einem Kiosk am Bahnhof von Saarbrücken Bild: SZ Photo

Die Saarländer hatten zudem vom repressiven Regime des saarländischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann („Joho") von der Christlichen Volkspartei (CVP) genug. Der frühere Journalist und entschiedene Hitler-Gegner war nach dem Saar-Referendum vom 13. Januar 1935, bei dem die Saarländer mit überwältigender Mehrheit für den Wiederanschluss an das Deutsche Reich gestimmt hatten, ins Ausland geflohen. Im Juli 1945 übernahmen die Franzosen nach dem Abzug der Amerikaner das Saarland als Besatzungszone und errichteten ein Protektorat. 1947 wurde der Franc offizielles Zahlungsmittel.

In der saarländischen Verfassung von 1947 wurde auf französische Vorgaben hin die Unabhängigkeit von Deutschland ebenso festgeschrieben wie die „organische Einordnung des Saarlandes in den Wirtschaftsbereich der französischen Republik". „Joho" wurde 1947 Ministerpräsident und bildete eine Koalitionsregierung mit der SPS. Er strebte ein autonomes Saarland an. 1948 erhielten die Saarländer eine eigene Staatsangehörigkeit.

Innenminister wurde der französische Staatsbürger Edgar Hector, ein früheres Mitglied der Résistance, der bei Kriegsende schon in Paris den Anschluss des „Département Sarre" an Frankreich gefordert hatte. Emil Straus, ebenfalls französischer Staatsbürger, machte sich als saarländischer Kultusminister für eine „kulturelle Durchdringung" des Saarlandes durch Frankreich stark. Als Pressesprecher Hoffmanns diente ab 1954 übrigens Peter Scholl-Latour, der sich auch noch 1945/46 freiwillig als Soldat im französischen Indochina-Krieg verdingt hatte.

Prodeutsche Parteien und Zeitungen wurden unter Hoffmanns Regime verboten oder kujoniert. Politisch unliebsame Personen wurden aus dem Saarland ausgewiesen. „Diese Maßnahmen", schreibt Albert H.V. Kraus, „verbreiteten unter Gegnern der französischen beziehungsweise Hoffmann'schen Saarpolitik Furcht und Schrecken." Die prodeutschen Parteien wurden erst kurz vor der Volksabstimmung legal zugelassen, die politischen Auseinandersetzungen um das Referendum sehr hart geführt.

Der Historiker Kraus berichtet aber auch über amüsante Begebenheiten aus dem Wahlkampf. Bei einer Veranstaltung in Saarlouis habe ein Redner der SPS alle möglichen Politiker und Institutionen aufgezählt, die für das „Ja" zum Saarstatut waren und erklärt: „Dr. Adenauer, Bundestag, Bundesrat, CDU/CSU, Sozialistische Internationale, Europa und die freie Welt – alle sagen Ja!" Daraufhin habe ein saarländischer Rentner aus der hintersten Saalreihe eine kleine Pause genutzt, um dazwischen zu rufen: „Unn eich saan nää!" (Und ich sage nein!"). *Michael Leh*

Fast hätte das Habsburgerreich schon 1740 geendet

Der völlig überraschende Tod Karls VI. stürzte die Großmacht in eine existenzielle Krise – Er hinterließ keinen Sohn

Als Kaiser Karl VI. am 20. Oktober 1740 starb, stand das Haus Habsburg vor einer Existenzkrise: Es gab keinen männlichen Erben, die unerfahrene Maria Theresia war erst 23 Jahre alt und hatte keine schlagkräftige Armee, um ihre Thronansprüche zu verteidigen. Prinz Eugen, das verstorbene Feldherrngenie, hatte keinen fähigen Nachfolger hinterlassen. Dazu kam, dass der Tod des 55-jährigen Kaisers völlig überraschend eintrat.

Karl wusste um die Gefahr, die seiner Dynastie drohte. Er hatte seit seinem Regierungsantritt 1711 darauf hingearbeitet, dass das Erbrecht seiner Tochter in allen österreichischen Erblanden der Habsburger ungeschmälert gelten sollte. In Madrid war inzwischen als Resultat des Spanischen Erbfolgekrieges eine Nebenlinie der Bourbonen zur Herrschaft gekommen. Da die Erbfolge nicht nur für die Donaumonarchie, sondern auch für die Kräftekonstellation in Europa große Bedeutung besaß, erließ der damals noch kinderlose Karl im April 1713 ein Hausgesetz, die „Pragmatische Sanktion". Hiermit sollte seinen Nachkommen auch in weiblicher Linie der Thron gesichert werden. Dies wurde erforderlich, da der Geburt der „Erbtochter" Maria Theresia im Mai 1717 kein Sohn nachfolgte. In der Rechtstradition des Heiligen Römischen Reiches zählte aber nur die männliche Erbfolge, und man konnte gewiss sein, dass die europäischen Großmächte, vor allem Frankreich, diesen Umstand ausnützen würden.

Der Kaiser war daher bemüht, die Großmächte für die Anerkennung der Pragmatischen Sanktion zu gewinnen, ein mühsames Unterfangen. Die meisten Landesteile stimmten bald zu, gefolgt von Siebenbürgen, wo die Habsburger die antimagyarische Stimmung ausnutzten. Die ungarischen Magnaten wollten jedoch wieder zum Wahlrecht zurückkehren, auf das sie 1687 verzichtet hatten. Erst nach vielen Bestechungen und Versprechungen gaben die Magnaten im Juli 1722 ihr Einverständnis. Die österreichischen Niederlande, das heutige Belgien, folgten erst zwei Jahre später, und im Königreich Neapel-Sizilien, das damals zum Habsburgerreich gehörte, war die Erbregelung überhaupt nicht durchzusetzen.

> Der Kaiser hinterließ weder eine schlagkräftige Armee noch eine gefüllte Staatskasse

Noch schwieriger wurde das Unterfangen, die europäischen Mächte zur Zustimmung zu bewegen. Als die beiden Erzherzoginnen Maria Josepha und Maria Amalia, die Nichten des Kaisers, nach Sachsen beziehungsweise Bayern heirateten, mussten der jeweilige Bräutigam und deren Väter das Erbrecht von Maria Theresia mit Schwur bekräftigen. Dass so ein Schwur wenig galt, zeigt das Verhalten von Kurfürst Karl Albrecht von Bayern 1740, des Gatten Maria Amalias, als er nach der Thronbesteigung Maria Theresias mit Krieg antwortete. Aber auch der Kurfürst von Sachsen, der Mann Maria Josephas, argumentierte mit der „Ungültigkeit" seines Verzichts.

Auch mit den übrigen Mächten, die der Kaiser veranlassen wollte, die Pragmatische Sanktion anzuerkennen, hatte er seine liebe Not. 1728 willigte der König von Preußen ein, und erst 1735, nach dem Ende des Polnischen Erbfolgekrieges, in dem noch der altersschwache Prinz Eugen an der Rheinfront kommandierte, stimmte Frankreich zu. Franz Stephan von Lothringen, der Verlobte Maria Theresias, musste auf sein Erbe Lothringen und Bar verzichten. Dafür erhielt er die Anwartschaft auf die Toskana, wo die Familie der Medici vor dem Aussterben stand. Frankreich knüpfte aber seine Zustimmung an eine knifflige Klausel, die auf die „Rechte Dritter" Rücksicht nahm.

So ist zu verstehen, wenn Prinz Eugen dem Kaiser den Rat gab, dass eine schlagkräftige Armee und eine gefüllte Staatskasse wichtiger als ein paar Urkunden seien. Er sollte Recht behalten. Die Erbschaftsansprüche und daraus folgenden Kriege illustrieren das Ringen um Machterhalt und -erweiterung der Dynastien im Gewirr der Diplomatie. Da der europäische Hochadel vielschichtig untereinander verwandt war, kreuzten sich zahlreiche Ansprüche. Das Handeln der Großmächte folgte keinen festen Plänen, sondern ihren Interessen in wechselnde Konstellationen. Sie bemühten sich jedenfalls, Veränderungen vorauszusehen und Vorkehrungen zu treffen. Die Voraussicht war damals höchste Staatskunst, eine heute vergessene Fähigkeit.

Als Prinz Eugen von Savoyen am 21. April 1736 starb, ging eine Epoche zu Ende, in der er durch seine glänzenden Siege Österreich zur Großmachtstellung verholfen hatte. Auch er geriet in die Fänge von Intriganten. Schon damals wurde Wien seinem Ruf als Hochburg des Ränkespiels, wo „jeder gegen jeden" intrigierte, gerecht. Der Prinz, der im Volk sehr beliebt gewesen war, hatte in Kaiser Karl einen neidischen Herrn. Bevor noch der größte Feldherr der Habsburger mit allem nur denkbaren Pomp zu Grabe getragen wurde, wobei halb Wien das letzte Geleit gab, brach der Kaiser auf und fuhr in sein Jagdschloss Laxenburg.

> Der Herrscher hatte seine Tochter Maria Theresia nicht auf das Regieren vorbereitet

In diesem Jahr heiratete schließlich Maria Theresia ihren liebgewonnenen Franz Stephan. Es wurde eine glückliche Ehe, doch in den Staatsgeschäften schalteten weiterhin die Vertrauten des Kaisers, vorerst noch der Hofkanzler Graf Ludwig von Sinzendorf, dann zunehmend Freiherr Johann Christoph von Bartenstein. Da sich Franz Stephan nicht für politische Dinge interessierte und Maria Theresia vom Vater nicht zum Regieren vorbereitet wurde, schlitterte das Haus Österreich in eine existenzielle Krise. Im Krieg gegen die Osmanen 1739 besiegelten stümperhafte Führungsfehler der Generalität die Niederlage und bewirkten den Verlust Belgrads. Als nun Kaiser Karl im Oktober 1740 starb, geriet sein Lebenswerk gründlich ins Wanken.

Maria Theresia, die eben ihr viertes Kind erwartete, stand vor einer ungemein schwierigen Aufgabe. Die Herzöge von Bayern und Sachsen widerriefen ihre Anerkennung der Pragmatischen Sanktion, und Frankreich unterstützte die Haltung Bayerns. England, der traditionelle Verbündete Österreichs, war durch Krieg gebunden. Der junge König Friedrich II. von Preußen berief sich auf Ansprüche auf Teile Schlesiens und marschierte am 16. Dezember in das Land ein. Er wollte dem Zugriff anderer Staaten auf österreichisches Gebiet zuvorkommen. Es drohte also eine Aufteilung des Habsburgerreiches.

Die meisten Minister Maria Theresias üben sich in Entscheidungsschwäche, einer typisch Wiener Eigenschaft, und resignierten. Nur Bartenstein riet ihr zu einer festen Haltung. Erst das mitreißende Auftreten der jungen Regentin auf dem Reichstag in Pressburg 1741, wo sie mit dem kleinen Joseph, ihrem ersten Sohn, vor die ungarischen Stände trat, brachte den Umschwung. Begeistert gelobten die Ungarn Treue und Hilfe, die sie auch tatsächlich leisteten. Es bedurfte aber fünf harter Kriegsjahre und des Verzichts auf Schlesien, bis Maria Theresia endlich im Frieden von Dresden ihre Herrschaft sichern konnte. *Heinz Magenheimer*

Wie es Meister Petz an den Kragen ging

Schon der Alte Fritz befahl die Ausrottung der Bären in Preußen, aber erst 1804 wurde der letzte erlegt

Weil es 1740 in Ostpreußen, Pommern und der Neumark zu wachsenden Belästigungen durch wildlebende Bären kam, befahl Friedrich der Große deren Ausrottung. Diese Anordnung war Teil eines Bündels von Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung sowie der Wirtschaft Preußens vor Schädlingen und Raubtieren.

Für den „Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm I. galt es als Selbstverständlichkeit, auch die Tierwelt seines Reiches zu behüten. So verfügte er im Dezember 1723, die Forstbediensteten „sollen die das Beispiel des Vegetariers Isaac Newton verwies.

Andererseits freilich waren Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. auch um die wirtschaftliche Prosperität sowie das Wohlergehen der Menschen in ihrem Reich besorgt und deshalb jederzeit bereit, energische Maßnahmen gegen Nahrungsschädlinge und Raubtiere zu ergreifen. Davon zeugt die Reaktion des „Soldatenkönigs" auf einen Bericht der Magdeburgischen Kriegs- und Domänen-Kammer vom 3. Mai 1724, „von denen in den Feldern in großer Menge sich wiederfindenden Hamstern". Friedrich Wilhelm befahl augenblicklich, „daß ein Jeder, so entweder eigenthümliche oder Pacht-Äcker unterm Pfluge hat, ein jeder 30 ... Hamster (resp. die Vorderpfoten) abliefern muß oder für jeden fehlenden Hamster 2 Groschen zu erlegen schuldig ist". Denn nur so konnten Ernteverluste und damit Hungersnöte vermieden werden.



Sympathisch im Auftritt, aber volkswirtschaftlich nicht unproblematisch: Der Bär in freier Wildbahn

Bild: Colourbox

Bibers nichts thun, es freut mich, das sie sich mehren." Ebenso erließ er ein Verbot der beliebten Tierkämpfe in den „Hetzgärten" von Berlin und Königsberg. Allerdings liebte der Monarch die Jagd in freier Natur. Da ging dessen Sohn und Nachfolger noch einen Schritt weiter. Friedrich II. kritisierte selbst die fürstliche Jagdpraxis als grausam und primitiv. Diese neuartige Haltung gegenüber der Fauna Preußens resultierte bei Friedrich dem Großen aus seiner aufklärerischen Grundhaltung, in der er unter anderem von Voltaire bestärkt wurde, der auf

Ähnlich verfuhren die Preußenkönige im Falle der Biber. Als diese geschützten Tiere ab 1726 die Stabilität der Deiche in den Elbauen zu gefährden drohten, ordnete Friedrich Wilhelm I. die systematische Reduzierung ihrer Population an. Das Gleiche tat Friedrich der Große 1765 angesichts von Alarmmeldungen aus dem Oderbruch. Nunmehr wurden auch die Biber dort zum Abschuss freigegeben.

Noch entschiedener fiel das Vorgehen gegen Raubtiere aus. Dabei wurde aber gründlich erörtert, ob die Dezimierung oder Ausmerzung der „Bestien" gottgefällig und sinnvoll sei. Deshalb sprach ein anonymer preußischer Autor durchaus im Sinne der Herrscher des 18. Jahrhunderts, als er fragte: „Ist es vernünftig, wenn der Mensch verlangt, daß die Erde blos für ihn und etwa einige unmittelbar nützliche Thierarten bestimmt sein möchte?" Immerhin seien ja alle Tiere Gottes Schöpfung. Habe man also wirklich „die Erlaubnis und das Vermögen die Anzahl der Raubthiere, die uns Schaden thun, immer mehr und mehr einzuschränken und auszurotten?"

Die Antwort hierauf war ein klares „Ja": „Man wende hier nicht ein: wie lassen sich ganze Gattungen von Raubthieren ohne Nachtheil ausrotten, wenn sie als nothwendig zum Ganzen gehören sollen! Die Raubthiere bestimmte der Schöpfer vorzüglich dazu, um das Thierreich gegen das Gewächsreich im Gleichgewicht zu erhalten, und dies besonders in der Zeit, in welcher wenig Menschen auf der Erde lebten. Da sich aber das Menschengeschlecht so sehr vermehrt und ausgebreitet hat, daß diese Absicht des Schöpfers, das Gleichgewicht unter diesen zweye Naturreichen zu erhalten, durch dasselbe beynahe allein erreicht werden kann, so ist es nicht unvernünftig und des Schöpfers nicht unwürdig, zu behaupten, daß einige Thiergattungen ... ihren Endzweck fürs Ganze erreicht haben und also ohne Nachtheil für dasselbe ausgerottet werden können."

Und deshalb kam es dann eben beispielsweise im Zuständigkeitsbereich der Königsberger Kammer zu einem jährlichen Abschuss von 600 Wölfen. Diese mussten vor allem sterben, weil sie über das Weidevieh herfielen. Ursache solcher Angriffe war die ständige Verkleinerung des Lebensraumes der Wölfe durch die Ausweitung landwirtschaftlicher Nutzflächen. Ganz ähnlich erging es den Bären, von denen in Ostpreußen 1728 um die 100 Stück gezählt wurden. Selbige stießen plötzlich auf die Dörfer, die sich immer weiter in die Wildnis vorschoben, und sorgten so für eine starke Beunruhigung der Bevölkerung. Für arme Bauersleute war es schlichtweg existenzbedrohend, wenn die Bären Kälber und Schafe rissen oder Bienenstöcke zerstörten. Darum mussten die Siedlungen mit bis zu drei Meter hohen Zäunen „verhagt" werden, und darum bliesen die Landesherren dann auch zur Jagd auf den Braunbären.

So berichten die Quellen davon, dass der brandenburgische Kurfürst Johann Sigismund innerhalb von sieben Jahren 52 Bären zur Strecke gebracht hatte. Dabei floss der Gewinn aus dem Verkauf der Felle der erlegten Tiere ab 1584 in die Privatschatulle der Herrscher. Trotzdem aber sorgten die Bären weiterhin für Probleme. Dies geht aus einem Schreiben des königlich-preußischen Oberjägermeisters Georg Christoph Graf von Schlieben an Friedrich II. hervor, in dem es eingangs heißt, dass „sich nach der Oberforstmeister Bericht in Preußen, auch in Pommern und in der Neumarck verschiedene Bären anfinden die da viel Schaden tun". Anschließend schlägt der Graf den systematischen Abschuss der Tiere durch die Forstbediensteten vor, da es ja mittlerweile verboten sei, Bären einzufangen und in den Königsberger Hetzgarten zu verbringen. Dem stimmte der König nur drei Tage später, nämlich am 23. Oktober 1740, vollinhaltlich zu. Er könne „die sich mehrenden Bääen" in den erwähnten Regionen nicht mehr länger tolerieren, aber eine Rückkehr zu mittelalterlichen Jagdritualen komme auch nicht in Frage. Deshalb bleibe ihm hinsichtlich solcher „culturschädlichen Thiere" nur eine Entscheidung: „Ich wil als daß dieselben brav tod geschoßen werden sollen."



Friedrich der Große Bild: Archiv

Diese Weisung Friedrichs des Großen wurde dann auch unverzüglich an alle Forstleute weitergegeben, wie ein Aktenvermerk vom 21. November 1740 belegt. Allerdings dauerte es noch 64 Jahre, bis der Braunbär in Ostpreußen beziehungsweise Preußen insgesamt ausgerottet war. Der letzte seiner Art starb 1804 in einem Waldgebiet bei Puppen, wobei der glückliche Schütze der Sohn des örtlichen Försters gewesen sein soll. *Wolfgang Kaufmann*

Junge, komm bald wieder

Das wird er wohl – leider – nicht können, aber seine Lieder müssen nicht wiederkommen, denn sie haben uns nie verlassen, begegnen uns vielmehr regelmäßig in Hörfunk und Fernsehen. Es ist verblüffend, wie viele Gassenhauer, um nicht zu sagen Evergreens, von Lotar Olias stammen.

Wenn er auch vor 25 Jahren, am 21. Oktober 1990, in Hamburg an den Folgen schwerer Durchblutungsstörungen gestorben ist und viele seiner Lieder einen Bezug zu Deutschlands Tor zur Welt und der Seefahrt haben, so ist er doch im ostpreußischen Königsberg zur Welt gekommen. Im renommierten Berliner Konservatorium der Musik Klindworth-Scharwenka erlernte der am 23. Dezember 1913 geborene Architektensohn sein Handwerk. Er komponierte Chansons für Sänger wie Max Hansen oder Lucienne Boyer und verfasste Revuen für den Wintergarten in Berlin. Allerdings arbeitete der Preuße auch schon damals für Auftraggeber aus Hamburg, beispielsweise für die Parkanlage „Planten un Blomen" (Pflanzen und Blumen). Schon früh entdeckte er den Film als Betätigungsfeld für sich. „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht" aus dem Jahre 1936/37 bildete den Anfang einer langen Reihe von über 40 Spielfilmen, für die er die Musik schrieb. Bereits ab 1932 – also schon vor der „Machtergreifung" – Nationalsozialist, schrieb er auch Märsche und Durchhaltelieder. Nachdem er bereits während des Krieges das Soldatenkabarett „Knobelbecher" gegründete hatte, komponierte und textete er ab 1946 für das von ihm mit gegründete Hamburger literarische Kabarett „Die Bonbonniere".

Im Jahre der Gründung der Bundesrepublik gelang ihm dann der Durchbruch mit seinen Schlagern, Musicals und Filmmusiken. Die 50er und 60er Jahre waren seine Jahrzehnte. Vor allem von den Erfolgen Freddy Quinns, Wahlhamburger wie er, stammen viele von ihm – nicht nur „Junge, komm bald wieder". „Unter fremden Sternen", „Das gibt's nur auf der Reeperbahn", „Heimweh nach St. Pauli" und „Die Gitarre und das Meer" stammen ebenso von Lotar Olias wie „Blue Mirage", „You, you, you"/„Du, du, du", „Heimatlos", „Heut' ist ein Feiertag für mich" und das legendäre „So ein Tag, so wunderschön wie heute". *Manuel Ruoff*

»Leidenschaftlicher Kantianer«

Der Historiker Rudolf Reicke gründete mit Ernst Wichert die »Altpreußische Monatsschrift«

Am 16. Oktober 1905 starb der in der Sackheimer Hinterstraße 26 in Königsberg wohnende Rudolf Reicke. Er ist bekannt geworden durch die Gründung der Altpreußischen Monatsschrift, der Zeitschrift des Vereins für die Geschichte der Provinz Preußen, später Ost- und Westpreußens, und der Königlichen Deutschen Gesellschaft zu Königsberg, die von 1864 bis 1923 erschienen und viele Beiträge aus seiner Feder enthielt.

Am 5. Februar 1825 wurde Johann Benjamin Rudolf Reicke in Memel geboren. Sein Vater, schon seit seinem zwölften Lebensjahr auf dem Meer, war ein Seemann und wurde Lotse. Seine Mutter, Wilhelmine Henriette Kissut aus Tilsit, verlor der zweijährige Sohn durch frühen Tod.

Als 18-Jähriger bezog er, weil er Lehrer werden möchte, das Seminar in Königsberg. Dort wurde ihm bewusst, dass er mit seiner literarischen Bildung rückständig war. Auch kam es ihm „lächerlich" vor, dass er als Dorfschullehrer „nach zwei Jahren schon im Lehrerrock und in steifer Halsbinde in einer Landschule von den rasch erworbenen pädagogischen Kenntnissen Gebrauch machen sollte", wie er in seiner „Selbstbiographie des Abiturienten R. Reicke" aus dem Jahre 1847 schreibt. Deshalb entschloss er sich nach der in jenem Jahr auf dem Altstädtischen Gymnasium abgelegten Reifeprüfung für das Universitätsstudium der Fächer Deutsch, Philosophie und Geschichte sowie auch der alten Sprachen. Zwei Jahre zuvor hatte sein Vater bei einem Orkan den Tod in den Wasserwellen gefunden. Rudolf Reickes Erkennungszeichen als Student war der silberne Albertus an der Mütze. Er wurde Mitglied der „Corps-Landsmannschaft" Lituania. Fünf Jahre war er immatrikuliert, von Karl Rosenkranz erfuhr er wichtige und nachhaltigste Einflüsse. 1852 verließ er die Albertina und nahm für eineinhalb Jahre auf dem Rittergut Korbsdorf bei Wormditt eine Hauslehrerstelle bei der Familie von Schau an. Danach kehrte er nach Königsberg zurück und nahm die philosophischen Studien wieder auf. Am 24. Juli 1856 erlangte er die Doktorwürde mit einer in lateinischer Sprache abgefassten Dissertation über Carl Leonhard Reinholds Verhältnis zu Immanuel Kant. Reinhold, einst Gegner Kants, wurde begeisterter Kantianer.

> Für die Preußische Akademie der Wissenschaften gab der gebürtige Memeler Kants Briefwechsel heraus

Reicke war an der Löbenichtschen höheren Bürgerschule, dem späteren Städtischen Realgymnasium, Hilfslehrer. Aber 1858 trat er in den staatlichen Bibliotheksdienst ein, in dem er den Rest seines Arbeitslebens verbrachte. Er wurde zweiter Kustos an der königlichen und Universitätsbibliothek, 1871 erster Kustos, 1885 Bibliothekar und 1894 Oberbibliothekar. Im Nebenamt verwaltet er die Wallenrodtsche Bibliothek.

Zu den Freunden Reickes gehörte der Dichter Ernst Wichert, der 1863 von Prökuls in die Pregelstadt als Stadtrichter versetzt wurde. In seiner Autobiographie „Richter und Dichter" erwähnt Wichert bei der Schilderung seiner Übersiedlung nach Königsberg seinen alten Freund Reicke, „den prächtigen, offenen, geraden Menschen, den leidenschaftlichen Kantianer". 1863 gründeten die beiden die Zeitschrift „Die Altpreußische Monatsschrift, zur Spiegelung des provinziellen Lebens in Literatur, Kunst, Wissenschaft und Industrie". Laut Wichert gewannen sie „wenigstens so viel Abonnenten, dass die notwendigen Ausgaben als gedeckt gelten konnten".

Reicke hielt viele wissenschaftliche Vorträge. Über „Kant und Basedow" sprach er am 137. Geburtstag Kants in der Kantgesellschaft. „Aus dem Leben Scheffners" war das Thema eines Vortrages, den er am 5. März 1863 im Königlichen Schloss hielt und der im folgenden Jahr im ersten Band der „Altpreußischen Monatsschrift" abgedruckt wurde. Überhaupt wurden viele Beiträge Reikkes veröffentlicht, hauptsächlich über Kant. Große Anerkennung erwarb sich Reicke um die endgültige Herausgabe der Werke Kants, insbesondere auch seiner Korrespondenz. Nach dem Ausscheiden aus dem Bibliotheksdienst im Jahre 1897 erhielt Reicke erst den Roten Adlerorden 4. Klasse, später dann auch die 3. Klasse mit Schleife, an seinem 80. Geburtstag 1905 schließlich die Kleine Goldene Medaille für Wissenschaft. Zu Kants 100. Todestag wurde ihm der Professorentitel verliehen.



Rudolf Reicke Bild: Archiv

Reicke ehelichte 1860 Emilie Bohn, mit der er bis zu deren Tod im Jahre 1892 verheiratet blieb. Ihr ältester und ihr jüngster Sohn, Johannes und Emil, erlernten den Beruf ihres Vaters. Deren Bruder Georg Gotthilf Paul (1863–1923) wurde Dichter und Bürgermeister von Berlin. Hier lebte auch die Tochter Anna, die an der Stadtbibliothek arbeitete. Die Stadt Königsberg benannte eine Straße an der Samitter Allee nach dem Kantforscher. *E.B.*

Das »Große Spiel« hat begonnen

Zu: Deutschland wagen (Nr. 40)

Der französische Wissenschaftshistoriker Pierre Thuillier beschrieb 1995 in „Die große Implosion" treffend die globale Krise, rückblickend betrachtet im Jahr 2081 von einer Gruppe von Historikern, Humanisten und Dichtern: „Die Paranoia, die so deutlich sichtbar unter den sogenannten Informations- und Organisationseliten herrschte."

Noch erschreckender der englische Publizist David Fleming, der 1997 zum 100-jährigen Bestehen der idyllischen Zeitschrift „Country Life" in einer Sonderausgabe eine Zeitspanne von 200 Jahren in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft darstellte. Danach werden die Reichen immer reicher, die globale Kommunikation und die globale Wirtschaft haben den wenigen, die in einer verbissenen Weltkonkurrenz bestehen konnten, globale Schätze eingebracht. Die Welt ist ein Ort, in dem die Weltbesten überall und der Rest nirgendwo ihren Platz haben.

Die zu besteuernden Reichtümer entziehen sich der Verantwortung, indem sie im Cyberspace platziert sind. Der Staat ist nicht mehr in der Lage, die wachsende Zahl von sozialen Transferleistungen zu erbringen. Banden von sozial Abgedrängten ziehen wie Heuschrecken mit gezielten Plünderungen durchs Land, die Demokratie bricht zusammen.

Alles Spinner? Kassandrarufer? Bei Weitem nicht! Die Politik hatte viel Zeit, viele Mittel, viel Information, viel Spielraum. Aber „wir schaffen das". Ja, wir hatten nie eine andere Wahl, etwa durch eine Volksentscheidung. „The great game" (im Englischen das Kolonialgewinnspiel der Mächte) wird kommen mit völlig originären Kräfteverschiebungen.

Das ist so sicher, wie der Euro uns mantraartig versichert wurde, sicher zu sein. Aber „im Abgrund der Geschichte ist für alle Platz", pflegte der Publizist Peter Scholl-Latour am Ende seiner Vorträge zu sagen. **Doris-Annette Weber, Gütersloh**

Daumen hoch für Merkel

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38)

Dem Artikel ist nichts hinzuzusetzen. Worum ich jedoch bitten möchte, ist, dass nicht alles, ob gut oder schlecht, auf die Person Merkel fixiert wird. Bekanntlich existiert in allen Parteien ein immenser Druck in den eigenen Reihen. Dieser sorgt für die Beendigung von Karrieren oder auch für leichtfertige Äußerungen oder Handlungen.

Die SPD hat es so geschafft, dass nicht einer ihrer Kanzler auf legalem Weg seine Amtszeit beenden durfte. Helmut Schmidt hatte seine Gegner im Nato-Doppelbeschluss, der große Willy Brandt seinen Guillaume und Gerhard Schröder seine Nahles. Angela Merkel hatte ihren Professor Kirchhoff, der mit einem überschaubaren Steuergesetz nach 14 Tagen auf internen Druck schon wieder in der Versenkung verschwand. Sie hatte alle Beteiligten zu einem geordneten Rückzug aus der Atomenergiepolitik für sich gewonnen. Nach Fukushima war es der interne und externe Druck aller Parteien, der sie zu einem desaströsen, überhasteten öffentlichen Umdenken zu Lasten der Verbraucher zwang.

Zur Asylpolitik hielt sich die Kanzlerin lange zurück. Wieder auf Druck durch die veränderte Situation, aber vor allem auf Druck der linkspopulistischen Demagogen hat sie ihre verbalen Arme viel zu weit geöffnet.

Ich möchte einfach, dass auch die Fäden unserer politischen Puppenspieler in unserer Zeitung dargestellt werden und nicht nur unserer Kanzlerin die Alleinschuld zugesprochen wird.

Wer sollte anstatt ihrer zurzeit Deutschland regieren oder im Ausland vertreten? Ich sehe niemanden, der ihr das Wasser reichen kann. Darum sollte meine Zeitung, die *PAZ*, auch etwas „Bestandsschutz" betreiben und nicht wie im alten Rom mit dem Daumen über Leben und Tod entscheiden. **Peter Karstens, Eckernförde**

Heilige Angela der Schlachthöfe

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38)

„... dann ist das nicht mein Land", sagte Kanzlerin Merkel gegen die Kritik an ihrem „Impuls", in der Nacht vom 5. September Flüchtlinge ohne Registrierung und ohne Kontrolle direkt aus Ungarn nach Deutschland einreisen zu lassen. Diese persönliche Stellungnahme fordert den Hinweis auf Artikel 56 des Grundgesetzes (Amtseid) geradezu heraus. Das ist die Richtschnur jedes deutschen Bundeskanzlers. Damit ist der Ausspruch „es gibt keine Obergrenze des Asyls" in seine Schranken gewiesen – primär hat die Bundeskanzlerin ihre Kraft dem Wohle des Volkes zu widmen – und zwar umfassend, nachhaltig und auf absehbare Zeit hinaus.

Es wäre ein bedauerlicher Irrtum, wenn die Kanzlerin sich in den Fußstapfen von Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher sehen würde, der am 30. September 1989 in Prag zu seinen Landsleuten aus der DDR sagte: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass Ihre Ausreise heute möglich geworden ist."

Es wäre ebenso bedauerlich, wenn die Kanzlerin im Überschwang der Gefühle denken würde: „Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Flüchtlinge" – anknüpfend an Kaiser Wilhelms II. Reichstagsrede vom 4. August 1914 „Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche".

Angela Merkel wird in einer führenden deutschen Tagezeitung als „heilige Johanna der Flüchtlinge" apostrophiert. Die heilige Johanna der Schlachthöfe in Bertolt Brechts Drama muss am Schluss erkennen, dass sie ihren Auftrag nicht ausgeführt und sie die Sache der Arbeiter verraten hat.

Im Hinblick auf das Wohl des Volkes möge es Merkel nicht so ergehen. Sie möge ihre Haltung überprüfen, damit ihr Ausspruch „Wir schaffen das!" ohne Schaden für das Volk – weder jetzt noch später – doch noch Wirklichkeit wird. **Jürg Walter Meyer, Leimen**

»Die Menschen haben Angst«

Zu: Die Fanatikerin (Nr. 39)

Der soziale Friede und das Gemeinwesen als entscheidende Grundlagen für das Leben, Arbeiten und die freie Entfaltung der hier in unserem Land lebenden Menschen ist nicht nur gestört, sondern wird durch das politisch manipulierte Handeln der politischen Eliten, der angeblichen Volksparteien sowie der profitbesessenen Wirtschafts- und Finanzbosse bis zum Untergang vorangetrieben.

Vor allem die Politik hat sich verselbstständigt und wirkt fast ausschließlich nur noch durch diktatorisches Vorgehen unter Nutzung weisungsrechtlicher Mechanismen im Staatsapparat bis in das Gefüge der kommunalen Verwaltungen hinein. Dazu gesellt sich die illustre, staatlich gelenkte Medienlandschaft, die als ideologisches Schild und Schwert die Unfähigkeit der politischen Staatsführung verschleiert und den gesellschaftlichen Auftrag verweigert, eine unabhängige Arbeit im Interesse der Bürger zu leisten. Anderseits werden progressive Strömungen und Bündnisse mit der Ausgrenzungskeule als „Nazis", „Rechte" und ähnlichem Vokabular einer angeblich schädigenden Handlungsweise bezichtigt.

Sieht sich der Bürger den in sich geschlossenen Machtapparat an, ist festzustellen, dass er ein Maß an Arroganz, Volksfeindlichkeit, Machtbesessenheit und Unfähigkeit erreicht hat, das nicht mehr zu ertragen ist. Die Bürger verweigern zunehmend die Bereitschaft, mangels aussichtsreicher Alternativen, den Macht- und Parteistrukturen die Gefolgschaft, vor allem durch die Verweigerung ihrer Stimme bei Wahlen, die keine Veränderung ermöglichen.

Wie erlebt der Bürger „seinen" Staat? In Deutschland werden alle arbeitenden Menschen zunehmend mit Steuerlasten, Gebührensteigerungen, Rentenkürzungen, steigenden Arzt- sowie Gesundheitskosten verschiedenster Art belastet. Dazu werden Familien mit Kindern und vor allem Alleinerziehende durch Kindergartenkosten oder Beförderungskosten für Schüler zur Kasse gebeten. Die Verweigerung der Angleichung von Renten und Gehältern des Ostens an den Westen ist nach über 25 Jahren der Vereinigung unerträglich und beschämend für die Verantwortlichen des Staates. Gleiche Lebenskosten ja, und dennoch gibt es die Ausgrenzung aus der normalen finanziellen Gleichstellung.

> War der Wiederaufbau nach dem Krieg ganz umsonst gewesen?

Nicht hinzunehmen ist auch, wenn fleißige Menschen täglich acht Stunden arbeiten, auf Grund der Niedriglöhne mit Hartz IV aufstocken müssen. Und ferner, dass man Aufwendungen, um zur Arbeit zu kommen, nicht steuerlich absetzen kann und dass das Netto weiter geschmälert wird.

Noch viele weitere Bereiche in unserem Leben könnte ich aufzählen, die unser Leben belasten und immer schwieriger und hoffnungsloser machen. Wir erleben einen Staat und einen Unterdrückungsmechanismus der schlimmsten Art. Ohne Hoffnung, etwas verändern zu können, wird die Mehrheit enttäuscht, traurig und weiß keinen Ausweg.

Dieser Zustand wird noch verstärkt durch Medien, die täglich den Menschen eine Scheinwelt vorgaukeln, auch „vormerkeln". Da gibt es Nachrichten, die Angst und Schrecken verbreiten, die in ihrem Sinn die Menschen weiter verunsichern. Offensichtliche Lügen werden unverhohlen verbreitet und Umfragen gefälscht. Politiker sprechen nur noch in einem auserwählten Personenkreis, angebliche Eliten beschimpfen auf übelste Art Menschen unserer Gesellschaft. Die Meinungsfreiheit wird missachtet und jeder Mensch, der es wagt, kritisch etwas zu hinterfragen, wird als Nazi oder Rechter mit Hilfe der Massenmedien kaltgestellt. Dann wird noch erklärt: „Du Deutscher hast kein Recht, dich so zu äußern."

Merkel und Co. haben keinen Plan, im Gegenteil, sie benehmen sich wie Chaoten. Wären sie nur für ihren Haushalt zuständig, hieße es: ab in die Insolvenz. Doch als Verantwortliche für unseren Staat und unsere Nation handeln sie unverantwortlich, verletzen bestehende Gesetze und bedienen Lobbyisten mit Geschenken. Der finanzielle Schaden ist utopisch und wird unser Staatsgefüge massiv beschädigen. Steuererhöhungen, Gebührensteigerungen und so weiter – nein, so geht es nicht weiter!

Ich schäme mich, wenn verantwortliche Politiker sich winden und versuchen, nicht mit einem Wort für Deutschland einzustehen. Ja, die massenweise Besiedlung mit Asyl-Kandidaten greift in unser tägliches Leben ein, die Menschen haben Angst. Muslime, Afrikaner haben eine Heimat, doch in Mitteleuropa leben wir anders, haben eine historisch gewachsene Kultur. Wir können uns nicht anfreunden mit Religionen, deren Leben so eng mit Gewalt und Terror verbunden ist, bei denen Frauen Freiwild sind, die meinen, nur ihr Gott ist der Erlesene, aber Christen, Juden und Heiden seien zum Abschuss freigegeben.

Diese herbeigeführte Masseneinwanderung schadet denen, die gesetzlich Schutz in Deutschland erhalten können. Wollen wir das? Sind wir gefragt worden? Werden die kommunalen Verantwortlichen nicht von der Politik mundtot gemacht und zu Handlungen in ihrer Gemeinde wider Willen gezwungen?

Es ist unerträglich, was derzeit in unserem Land geschieht. Haben sich unsere Eltern, Großeltern beim Wiederaufbau nach dem Krieg umsonst für das Land eingesetzt? Wir alle tragen Verantwortung für unsere Kinder und Kindeskinder. **Matthias Bergmann, Radebeul**

Eine Sprengladung für die EU

Zu: Merkels Trümmerhaufen (Nr. 38)

Die Bundeskanzlerin Angela Merkel und andere Gutmenschen in der Politik, unter ihnen selbstverständlich auch der Bundespräsident Joachim Gauck, erklärten der Welt: Deutschland sei ein Einwanderungsland und brauche Zuwanderung. Für Asylsuchende gibt es grundgesetzlich keine Grenze nach oben.

An die Bevölkerung gerichtet erklärten sie: Wir schaffen das, dem gegenwärtigen Massenansturm von Flüchtlingen mit einer Willkommenskultur zu begegnen und ihnen in Deutschland eine dauerhafte Lebensperspektive zu bieten. Dem Bevölkerungsteil, der ihrer Einwanderungspolitik kritisch gegenübersteht, werden Demonstrationen verboten. Dem Bevölkerungsteil, der ihre Einwanderungspolitik unterstützt, werden sie dagegen erlaubt (Beispiel Hamburg am 12. September: „Tag der Patrioten" vs. „Hamburg bekennt Farbe").

Zur Durchsetzung der Einwanderungspolitik wird die grundgesetzliche Gleichberechtigung aufgehoben und werden die Regeln der Demokratie außer Kraft gesetzt. Die Medien sind parteiisch für Zuwanderung und versagen als Wächter über die Demokratie.

An andere Mitgliedsländer gerichtet erklären unsere Politiker: Deutschland kann das Flüchtlingsproblem nicht alleine lösen, es ist kein deutsches, sondern ein europäisches Problem. Sie fordern eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge über ganz Europa.

Politiker anderer EU-Staaten sind dagegen nicht bereit, einen Teil der Lasten der irrationalen deutschen Einwanderungspolitik ihrem Volk zuzumuten. Wie wird dieser Interessenkonflikt enden? Werden deutsche Politiker mit ihrer an nicht aufnahmebereite EU-Staaten gerichteten Drohung von finanziellen Nachteilen Erfolg haben? Oder werden sie das Problem auf elegantere Weise lösen? Zum Beispiel so: Die Zuwanderer nach Deutschland erhalten nach einiger Zeit die deutsche Staatsbürgerschaft und können dann innerhalb Europas ihren Wohnsitz und ihren Arbeitsplatz frei wählen und sich über ganz Europa verteilen.

Für die so überrumpelten EU-Staaten stellt sich spätestens dann die Frage, ob die EU-Verträge und das weltweit einmalige deutsche Asylrecht für sie akzeptabel sind. Deutschland, die einstige Lokomotive der EU, entpuppt sich als entsicherter Sprengsatz für diese Union. **Dieter Bliesener, Hamburg**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

General war schuldlos

Zu: Immer dort, wo die Kugeln pfiffen (Nr. 38)

General Maerker war am 15. Januar 1919, dem Todestag von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Befehlshaber im Wehrbereich Dresden und als Gerichtsherr nur für Nichtpreußen und Ausländer zuständig. Er war Untergebener des genannten Oberbefehlshabers (OB) und Wehrministers Gustav Noske. Der eigentliche militärische OB war General v. Lüttwitz.

Diesem und dem Stabschef Pabst waren Liebknecht und Luxemburg in die Hände gefallen. General Maerker hatte damit nichts zu tun und wusste das nicht einmal. Noske und die damalige SPD-Führung wollten offiziell einen öffentlichen Prozess gegen Liebknecht und Luxemburg. Das wäre indessen nicht gegangen, weil der damalige Polizeipräsident Eichhorn Liebknecht und Luxemburg sowie auch andere Umstürzler nach zwei bis drei Tagen wieder laufen ließ. Pabst schrieb dann in einer persönlich gehaltenen Erklärung, dass er den schwersten Entschluss seines Lebens gefasst und die beiden Umstürzler beseitigt habe.

Alle Beteiligten der Gardeschützen-Division kamen vor ein Kriegsgericht, das die beteiligten Soldaten unter dem Vorsitz des späteren Abwehr-Chefs Canaris sämtlich freisprach. Ein Oberleutnant bekam vier Jahre wegen „Wegschaffens einer Leiche". General Maerker und unser honoriger ostpreußischer Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp hatten mit der Sache nicht das Geringste zu tun. Maerker wurde vielleicht zur Beruhigung der SPD-Führung in der Öffentlichkeit als Verantwortlicher hingestellt. So jedenfalls Pabst, der auch nach dem Krieg nicht angeklagt wurde. **Ulrich Hinz, Lauterbach**

Angela Superstar

Zu: Die Fanatikerin (Nr. 39)

Können Sie sich noch an die Sache erinnern, an welcher unsere Bundeskanzlerin erfahren hat, dass sie von den Amis abgehört wurde? Da hatte sie gesagt, es würden intensiv Gespräche geführt mit dem US-Geheimdienst. Sie stand neben Obama, und der wurde gefragt, ob es diese Gespräche gebe oder nicht. Er verneinte. Die Kanzlerin hatte also gelogen. Keine Reaktion war von ihr ersichtlich. Sie schluckte es runter. Bevor diese Flüchtlingsströme kamen, hat sie Widerstand vom Volk erfahren. Sie wurde so ausgebuht, dass sie nicht mehr zu Wort kam. Sie zeigte keine Reaktion. Sie schluckte es runter.

Und nun? Sie übt ihre Macht aus, sie wurde zur Mutter der Armen und Verfolgten. Da schluckt sie nicht mehr. Sie ist der Moslem-Superstar geworden. Von denen wird sie nicht ausgebuht, die machen Selfies mit ihr, die immer mehr anlocken. Merkel rächt sich für das, was sie schlucken musste. Die Flüchtlinge sind ja ach so freundlich. Also das sieht mir nach Rache aus. **Tonja Warnat, Hannover**

Besser bei den Krauts als bei uns

Zu: Kommt zur Besinnung! (Nr. 37)

Wenn, wie zitiert, die „Bild" jubelt, „Die ganze Welt feiert uns Deutsche", ist das ein Beispiel der sogenannten Lügenpresse. Wir leben seit Jahrzehnten in Kanada und sind mit der Mentalität der anglophonen Bevölkerung und Presse vertraut. Da wird die deutsche Asylantenpolitik nicht bejubelt, eher ein „better them than us" (besser bei denen als bei uns) gedacht, mehr ein Erstaunen und Bedenken, dass man hunderttausenden von Menschen so schnell provisorisches Asylrecht gibt, ohne politische Assoziationen im Herkunftsland vor der Einreise zu überprüfen.

Die Kriterien für Einwanderer und Asylanten sind in Kanada bis jetzt nicht verringert worden, und die gewählten Volksvertreter berufen sich darauf, dass man die Einheimischen vor Terrororganisationen schützen muss.

Wenn die deutsche „Willkommenskultur" die gesteigerten Erwartungen der Neuankömmlinge nicht erfüllen kann, werden Konflikte aufkommen, für die man international die Schuld bei den Deutschen sucht. Von anderen wird nur der geachtet, der sich selbst achtet, und das scheint im politisch korrekten deutschen „Mainstream" nicht mehr aktuell zu sein. **V. & H. Boehnke, Caledon, Ontario/Kanada**

Null Freiwillige

Zu: Ungemütlich (Nr. 37)

Etwa 100 Personen mit deutschem Pass sind in Syrien und im Irak im Kampf für den IS gefallen. Seit 2012 sind ungefähr 700 deutsche Islamisten in die Kampfgebiete aufgebrochen, von denen etwa ein Drittel nach Deutschland zurückgekehrt sein soll.

Aufgrund der Bilder in den Medien, die meistens junge männliche Flüchtlinge im wehrfähigen Alter zeigen, ist die Frage, wie viele von denen sich für die Befreiung ihrer Heimat freiwillig zur Verfügung stellen und durch uns Hilfe und Unterstützung erwarten. **Dr. Hans Joachim Lorenz, Magdeburg**

Das Ostpreußenblatt

Nr. 42 – 16. Oktober 2015

MELDUNGEN

Ausstellung im Ostheim

Bad Pyrmont – Die Landsmannschaft Ostpreußen lädt am Sonnabend, 17. Oktober, von 15.30 bis 17 Uhr, zu einer Ausstellung in das Ostheim, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont ein. Präsentiert werden die Ergebnisse der 61. Werkwoche. Zu sehen sind Jostenbänder, Web- und Knüpfarbeiten sowie Weißstickereien. Der Eintritt ist frei. Da das Ostheim Ende des Jahres seine Pforten schließt, ist es die letzte Möglichkeit, die für Ostpreußen landestypischen Erzeugnisse der textilen Volkskunst kennenzulernen. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Miłomłyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Liebemühl – Osterode [Ostróda], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 16: Deutsch Eylau [Iława], Baustelle; Nowa Wies – Raudnitz [Rudzienice], Baustelle; Osterode – Martenshöh [Marciniaki], Baustelle; Gross Borken [Borki Wielkie] – Sensburg [Mragowo], Randstreifenarbeiten; Arys [Orzysz] – Lyck [Ełk], Baustelle; Renkussen [Rekusy] – Mathildenhof [Buniaki], Baustelle. Straße Nr. 16c: Wartenburg [Barczewo] – Krämersdorf [Kromerowo], Reparatur der Schutzplanken; Krämersdorf [Kromerowo] – Bischofsburg [Biskupiec], Renovierung der Brükke, Allenstein [Olsztyn] – Groß Borken [Borki Wielkie], Randstreifenarbeiten. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski] – Guttstadt [Dobre Miato], Randstreifenarbeiten; Liewenberg [Miłogórze], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 53: Klaukendorf [Klewki] – Klein Trinkhaus [Trekusek], Randstreifenarbeiten; Passenheim [Pasym] – Ortelsburg [Szczytno], Randstreifenarbeiten; Ortelsburg [Szczytno] – Olschinen [Olszyny], Baustelle. Straße Nr. 57: Dietrichswalde [Ciemna Wola] – Gallingen [Galiny], Baustelle; Ortelsburg [Szczytno] – Willenberg [Wielbark], Randstreifenarbeiten, Groß Schiemanen [Szymany], Baustelle. Straße Nr. 58: Gedwangen [Jedwabno] – Narthen [Narty], Baustelle. Straße Nr. 63: Angerburg [Wegorzewo] – Lötzen [Gizycko], Randstreifenarbeiten; Lötzen [Gizycko] – Bystry, Baustelle; Wissowatten [Wyszowate], Randstreifenarbeiten; Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Randstreifenarbeiten; Gehsen [Jeze] – Woiwodschaftsgrenze, Baustelle. Straße Nr. 65: Kowahlen [Kowale Oleckie] – Treuburg [Olecko] – Stradaunen [Straduny], Baustelle; Johannisberg [Janisze] – Löbelshof [Chojniak], Baustelle; Lyck [Ełk] – Prostken [Prostki], Baustelle, Lyck [Ełk] – Grajewo, Renovierung der Brücke. Straße Nr. 65c: Umgehungsstraße von Treuburg [Olecko], Baustelle. *E.G.*

Carl Knauf – Eine Wiederentdeckung

Memel ehrt einen der einst bekanntesten Vertreter der Künstlerkolonie Nidden mit einer Ausstellung

Am 1. Oktober eröffnete die Franz Domscheit-Galerie (Pranas Domsaitis) in Memel [Klaipeda] eine Sonderausstellung mit Werken des lange zur Künstlerkolonie Nidden gehörenden Malers Carl Knauf (1893–1944).

Er war einer der seinerzeit bekanntesten Maler auf der Kurischen Nehrung. Knauf arbeitete ein Vierteljahrhundert dort und zählt mit seinem 1930 erbauten Haus zum engsten Kreis der Künstler in Nidden. Obwohl Knauf so viele Gemälde von der Kurischen Nehrung wie vom Memelland geschaffen hat wie kaum ein zweiter Künstler, war er bis vor gut zehn Jahren fast unbekannt. Dem großen Einsatz des Hamburger Sammlers Bernd Schimpke ist es wesentlich zu verdanken, dass seit einiger Zeit Knaufs Werk in großem Umfang gezeigt werden kann.

In Zusammenarbeit mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg setzt die Domscheit-Galerie in Memel mit der Carl-Knauf-Ausstellung eine lange Reihe von Präsentationen zur Kunst der Region um Memel und die Kurische Nehrung bis 1945 fort. Mit diesem Maler wird dem Publikum eine Persönlichkeit präsentiert, die ganz durch ihr Werk wirkte. Der als Mensch sehr bescheidene Künstler konnte die Natur der Nehrung, des Haffs und des Memellands in einer



Carl Knauf: Kurenkahn am Strand Bild: J.B.

das Licht, die Farben und Stimmungen so plastisch schildernden Weise ausdrücken, dass er viele der Nehrungsbesucher damit begeisterte und sie die Bilder erwarben und mitnahmen. So trugen sie dazu bei, dass der Ruhm dieses besonderen Stücks Erde weit verbreitet wurde.

Knauf wurde 1893 in Godesberg geboren und studierte an der Düsseldorfer Kunstakademie. Ab etwa 1920 war er in Ostpreußen ansässig, zunächst in Königsberg, konzentrierte sich aber in seinem Schaffen ganz auf die Kurische Nehrung und das Memelland. Reisen zur Winterzeit, wahrscheinlich auch aus gesundheitlichen Gründen, führten ihn in die Alpenregion und bis nach Nordafrika, wie einige erhaltene Arbeiten zeigen. Mit Ausstellungen oder Beteiligungen an den wichtigen Königsberger Kunstvereinsausstellungen hielt Knauf sich sehr zurück. Er scheint sich im Wesentlichen auf die Arbeit für private Interessenten

Stimmungen in Licht und Farben getränkt

während der Fremdenverkehrssaison konzentriert zu haben.

Mit der wachsenden Bekanntheit Niddens ab Ende der 1920er Jahre verlagerte sich sein Arbeits- und Lebensschwerpunkt so sehr dorthin, dass er sich 1930 in Nidden-Skrusdin ein Haus baute, ganz in der Nähe des Hotels von Hermann Blode, dem Mittelpunkt der Künstlerkolonie, und des Sommerhauses von Thomas Mann. Hier arbeitete er im Zentrum des Landstriches, den er in charakteristischer Art, an den Impressionismus angelehnt, in Farben und Formen bis zu seinem Tod 1944 immer wieder aufs Neue in seinen Gemälden zu preisen wusste.

Durch die weite Streuung der Werke Knaufs in Privatbesitz erhielten sich viele über die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs und der Folgezeit hinaus. Durch die Vereinzelung gab es jahrzehntelang keine Ausstellungen, die die Bekanntheit des Malers gefördert hätten. So ist Knauf eine echte Wiederentdeckung und eine Neueinführung in die Kunstgeschichte. Die Ausstellung in Memel bringt ihn auch verstärkt wieder in der Region zur Kenntnis. Möge von der Neuentdeckung Knaufs in Litauen auch sein noch erhaltenes Künstlerhaus in Nidden [Nida] profitieren. Es hat eine Restaurierung dringend nötig, um als wichtiges Denkmal weiterhin für Nidden stehen zu können, eines namhaften Ortes im Kreis der europäischen Künstlerkolonien.

Jörn Barfod

Die Ausstellung Carl Knauf, Maler in Nidden ist noch bis zum 22. November geöffnet. Nähere Informationen unter: www.ldm.lt/PDG

Grabkreuz als sichtbare Ehrung – Ein Kunstsammler berichtet

Leider ist nicht viel über den Menschen Carl Knauf überliefert, da seine Ehe mit Friedel Riefenstahl kinderlos blieb. In Nidden ließen die Knaufs sich ein Haus von dem Architekten Herbert Reissmann bauen, dort, wo auch Thomas Mann sein Haus hatte. Knauf und Thomas Mann waren Nachbarn. Beide Häuser sind erhalten. Knauf war der Künstler, der nach Ernst Mollenhauer am längsten in Nidden lebte.

Er verstarb am 1. April 1944 in Nidden im Alter von nur 51 Jahren. Maja Ehlermann-Mollenhauer, die Tochter von Ernst Mollenhauer, wollte ihm ein Grabkreuz auf dem bekannten Niddener Friedhof setzen, denn Knauf wurde in unmittelbarer Nähe zu dem Grab ihres Großvaters Hermann Blode, dem legendären Mäzen der Künstler, beigesetzt. Leider verstarb sie, bevor das Vorhaben umgesetzt werden konnte.

Als Sammler der Bilder von Malern der Niddener Künstlerkolonie und im Besonderen der Gemälde Knaufs habe ich diesen Wunsch nicht vergessen und mich dafür engagiert. Nach fast einjähriger Vorbereitung bis zur Genehmigung für das Aufstellen des Grabkreuzes konnte am 2. Oktober das hölzerne Kreuz zum Gedenken an den Künstler aufgestellt werden. Mein Engagement wurde von der Deutschen Botschaft in Wilna helfend unterstützt und finanziell gefördert, ebenso von der PRUSSIA, Gesellschaft für Geschichte und Landeskunde Ost- und Westpreußens e.V. Auch in der Stadtverwaltung Neringa fand ich ein offenes Ohr für mein Vorhaben.

Die feierliche Einsegnung des Grabkreuzes fand einen Tag nach der Eröffnung der Ausstellung in Memel statt. Sie wurde vom Niddener Pastor Jonas Liorancas unter breiter öffentlicher Anteilnahme vorgenommen. Jörn Barfod (Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg) wies noch einmal auf die wunderbaren Landschaftsbilder hin, die Knauf von Nidden, der Kurischen Nehrung, dem Haff und dem Memelland hinterlassen hat.

Ich erinnerte am Ende der Zeremonie daran, welche Bedeutung dieses Kreuz hat. Ich wollte dieses Kreuz aus Respekt gegenüber dem Maler Knauf setzen als Dank für das, was er in seinen Landschaftsbildern des östlichen Ostpreußens der Nachwelt unvergessen gemacht hat. *Bernd Schimpke*



Friedhof Nidden: Neu aufgestelltes Grabkreuz Bild: B.S.

»Orte der Erinnerung«

Große Resonanz fand der »10. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress« in Allenstein



Professor Christofer Herrmann von der Universität Danzig. Bild: Horns

Mit einer Rekordteilnehmerzahl startete am vergangenen Sonnabend der „10 Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress“ der Landsmannschaft Ostpreußen. Rund 65 Teilnehmer trafen sich in Allenstein [Olsztyn], um sich zwei Tage lang intensiv mit dem Thema „deutsch-polnische Erinnerungsorte“ auseinanderzusetzen. Zusammengefunden hatten sich im Kongress-Saal des Hotels Warminsky Landräte, Bürgermeister, Kreisvorsitzende und Vertreter der Deutschen Minderheit.

Fünf Vorträge standen auf dem Programm des Kongresses, der finanziell vom Bundesminister des Inneren unterstützt wurde. Den Anfang machte Ewa Maria Gladkowska. Die Kunsthistorikerin an der Universität Ermland und Masuren betonte in ihrem Beitrag, dass die Erinnerung allgegenwärtig sei. In Wirtschaft, Politik und Alltagsleben sei das kulturelle Erbe Ostpreußens präsent. Gleichzeitig sei aber auch das „Vergessen die offizielle Narration Polens“.

Auf besonders beeindruckende steinerne Erinnerungsorte verwies Professor Christofer Herrmann von der Universität Danzig. Er referierte über die Backsteinarchitektur im Ostseeraum und betonte, wie sehr die ganze Region von dieser Bauweise geprägt sei. Zu welchen imposanten Bauwerken die roten Ziegel genutzt werden können, zeigten seine Ausführungen über die Marienburg.

Hochaktuell war der Vortrag Anna Zubschitzkas von der Polizeihochschule in Ortelsburg. Die Wissenschaftlerin beschrieb die heikle Neuordnung der polnischen Polizei nach 1989. Es galt, die Vertreter des kommunistischen Unterdrückungsapparates in bürgerfreundliche Gesetzeshüter umzuwandeln.

Ein ausgeprägter Meinungsaustausch schloss sich jedem Beitrag an. „Weil wir strittige Themen diskutieren, weil wir uns austauschen, kommen wir gemeinsam voran“, erklärte denn auch Gottfried Hufenbach, der stellvertretende Sprecher der Landmannschaft Ostpreußen in seinem Schlusswort. Lesen Sie den ausführlichen Bericht dazu in der nächsten Ausgabe der *PAZ*. *FH*



Anna Zubschitzka von der Polizeihochschule in Ortelsburg Bild: Horns



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

da glaubt man, nach jahrzehntelanger Sucharbeit nach den Wurzeln ostpreußischer Familien die meisten Ortsnamen zu kennen, als hätte man Langes Geographisches Ortsregister inhaliert – ohne dieses Standardwerk geht es nun einmal nicht –, da liest man in einer Suchanfrage einen Namen, den man noch nie gehört hat und der einem doch recht seltsam erscheint. Dabei handelt es sich nicht um einen jener alten, sehr eigenwilligen Ortsnamen aus unserer langen Siedlungsgeschichte, die für fremde Ohren seltsam und oft wunderlich klingen mögen, sondern um eine der mehr oder weniger gelungenen Umsetzungen prussischer, litauischer und masurischer Ortsnamen in eine deutsche Version, die in den 30er Jahren erfolgte. Der von Frau **Christin Sene** aus Bochum im Rahmen ihrer Familienforschung gesuchte Ortsname klingt fast wie aus einem bäuerlichen Schwank und reizt zum Schmunzeln: „Altdümpelkrug". Tatsächlich gibt es diese nur wenige Einwohner zählende, im Kirchspiel Rauterskirch gelegene Ortschaft, die vor der Umbenennung im Jahr 1938 Neu Noweitschen hieß. Hier lebten Christin Senes Urgroßeltern, hier wurde ihre Großmutter geboren, von hier aus ging die Familie auf die Flucht. Hier setzen auch Frau Senes Nachforschungen ein in der Hoffnung, dass unsere Ostpreußische Familie ihr dabei helfen kann. Denn sie beschränkt sich nicht auf reine Daten und Namen, sondern bezieht sich auch auf das Umfeld und das Schicksal der namentlich genannten und der noch unbekannten Personen.

Vor allem handelt es sich um das ungeklärte Schicksal ihres Urgroßvaters **Paul Dejok**, *25. September 1911 in Erlenrode, wie Frau Sene schreibt – und da setzen schon die Ungenauigkeiten ein, die bei Nachforschungen hinderlich sein können. Denn als Paul Dejok geboren wurde, hieß der Ort Prudimmen, wurde erst 1938 in Erlenrode umbenannt. Genau wie Neu Noweitschen, das dann Altdümpelkrug hieß, als es zum Wohnort der Familie Dejok wurde. Paul und seine Ehefrau **Martha** geborene **Buchau** bekamen drei Kinder, **Karl Heinz**, **Helga** und **Erika**. Helga, später verehelichte **Enke**, ist die Großmutter von Christin Sene. Sie floh als Kind mit Mutter und Geschwistern bei der russischen Okkupation nach Thüringen. Paul Dejok war an der Front und gilt bis heute als vermisst. Laut mündlicher Überlieferung soll er bei der Kesselschlacht bei Witebsk gesehen worden sein. Nachforschungen über das Rote Kreuz blieben ergebnislos. Es gibt keine Angaben, ob, wo und wann Paul Dejok gefallen ist. Dieses ungewisse Schicksal ihres Urgroßvaters lässt Frau Sene keine Ruhe. Aber ob unsere Leser bei den wenigen Angaben irgendwelche Hinweise geben können, ist fraglich.

Eher schon bei der Familiengeschichte, und hier sind die Elchniederunger gefragt, die aus dem Kirchspiel Rauterskirch stammen. Während bei Urgroßvater Paul nur der Name der Mutter – **Anna Dejok** – bekannt ist, gibt es Angaben zur Familie der Urgroßmutter Martha. Sie stammte aus Raging, ihre Eltern waren **Karl Buchau** und **Auguste** geborene **Rileit**, verwitwete **Bast**. Aus ihrer ersten Ehe gingen mehrere Kinder hervor, darunter auch eine Tochter **Luise**, die einen **Albert Holey** heiratete. Mit diesem Familienzweig haben Frau Sene und ihre Familie – trotz der vielen „Ecken" – noch immer Kontakt. Aber sonst: Fehlanzeige! Doch vielleicht weiß jemand aus unserem Leserkreis etwas über die genannten Familien und Orte, Frau Sene würde sich über alle Angaben freuen, die ihre ostpreußische Familiengeschichte transparenter machen. (Christin Sene, Dorstener Straße 99 in 44809 Bochum, Telefon 0152/17583159 oder 0234/62347366.)



Zeigt das Bild die Familie des Bürgermeisters von Marienwerder Fritz Goerdeler? Bild: privat

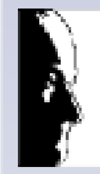
Familienforschung hat für uns Vertriebene schon deshalb einen hohen Stellenwert, weil die realen Marksteine der Familiengeschichte nicht mehr vorhanden sind. Wo es noch Relikte wie Mauerreste oder Grabsteine gibt, sind sie schwer erkennbar, verfallen, versunken, überwuchert. Umso wichtiger sind für uns alle erhalten gebliebenen, durch Krieg und Flucht geretteten Beweise: Chroniken, Tagebücher, Dokumente und vor allem Fotos. Sie belegen sichtbar die mündlich übertragene Familiengeschichte, sind untrügliche Beweise der Existenz der Angehörigen, die man nie gesehen hat. Aber jeder Familienforscher kennt auch das leidige Problem der unbeschrifteten Aufnahmen, die für den Betrachter unbekannte Personen zeigen. Auch da, wo Ähnlichkeiten mit Familienmitgliedern schon möglich sind, lassen sie sich nicht einwandfrei zuordnen. Von anderen Aufnahmen weiß man überhaupt nicht, wie sie zwischen die Familienfotos geraten sind. So kommt es, dass uns immer wieder alte Fotos zugesandt werden mit der Bitte um Veröffentlichung in der Hoffnung, dass jemand die darauf abgebildeten Personen erkennt. Was natürlich umso schwieriger ist, je älter die Aufnahmen sind.

So übermittelt uns auch Herr **Hansjürgen Alshuth** aus Bremen zwei Aufnahmen mit der Frage, ob wir sie mithilfe unseres Archivs klären könnten. Was uns trotz aller Bemühungen leider nicht ganz gelang, so dass wir unsere Leser bemühen müssen. Es geht vor allem um das Foto, das eine Familie im Grünen zeigt: ein Elternpaar mit zwei Kindern und zwei weiblichen Personen, die wahrscheinlich nicht zur Verwandtschaft gehören Das meint jedenfalls der Einsender, der in den unbekannten Personen die Familie des früheren Bürgermeisters von Marienburg und späteren Stadtkämmerers von Königsberg, **Fritz Goerdeler**, vermutet. Die Aufnahme müsste in den 20er Jahren des vorigen Jahrhunderts gemacht sein, vielleicht auch früher. Der Jurist Fritz Goerdeler, *1886 in Schneidemühl, ließ sich nach dem Ersten Weltkrieg in Marienwerder als Rechtsanwalt nieder und wurde 1920 Bürgermeister der Stadt, bis er 1933 das Amt aufgeben musste. Als er anschließend Stadtkämmerer von Königsberg wurde, war sein älterer Bruder **Carl Friedrich** Goerdeler nicht mehr Zweiter Bürgermeister von Königsberg, sondern bereits Oberbürgermeister von Leipzig. Die Brüder waren engagierte Widerständler und wurden nach dem gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler in Plötzensee hingerichtet, Fritz Goerdeler kurz vor Kriegsende am 1. März 1945. Die Aufnahme müsste der Kleidung der weiblichen Personen nach in den frühen 20er Jahren in oder bei Marienwerder entstanden sein. Es sind zwei Kinder abgebildet, Fritz Goerdeler und seine Frau **Susanne Ullrich** hatten aber drei Töchter und einen Sohn. In den beiden anderen Frauen vermutet Herr Alshuth Haushilfen der Familie, wahrscheinlich ist das Foto an einem Feiertag gemacht worden. Da sicherlich noch Familienaufnahmen der Goerdelers aus jener Marienwerder Zeit existieren dürften, könnte wohl eine Klärung der Frage möglich sein. Wenn es nicht die Familie Goerdeler ist – ja, welche dann?

Soviel zu dem Familienbild. Das zweite von Herrn Alshuth übersandte Foto zeigt ein ostpreußisches Gutshaus im Stil des 17. Jahrhunderts. Da der Fotograf genannt wird – **Hermann Stavginski**, Nordenburg –, durchforstete ich zuerst einmal das vom Heimatkreis Gerdauen herausgegebene und von Wulf D. Wagner so umfassend gestaltete Geschichtswerk „Kultur im ländlichen Ostpreußen, Geschichte, Güter und Menschen im Kreis Gerdauen" und bin da auch schon fündig geworden, will mich aber von kompetenter Seite lieber absichern. Wenn ich mich geirrt haben sollte, werde ich wieder unsere Leserschaft bemühen müssen, die in dem Fall mit Sicherheit hilft. Wer sich an Herrn Alshuth wenden möchte, hier seine Anschrift: Hansjürgen Alshuth, An der Gete 96 in 28211 Bremen.

Eure

Ruth Geede



Die ostpreußische Familie

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie" nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter" der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de



Bild: Pawlik

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

»Schacktarp ist zu verhaften!«

Warum die Kurische Nehrung so merkwürdig ist, dass man sie zumindest laut Wilhelm von Humboldt gesehen haben muss

Der Sage nach baute die Riesin Neringo, die in der Ostsee lebte, zum Schutz der Fischer vor den hohen Wellen einen langen Wall, die Kurische Nehrung. Sie ist 96 Kilometer lang und zwischen 380 Meter und 3,8 Kilometer breit. Nach der letzten Eiszeit ragten nur noch wenige Gebiete bei Cranz und um Rossitten sowie der Memeler Höhenzug aus der Ostsee heraus. Von Cranz her und vom Samland trieb der Wind viel losen Sand auf die Nehrung, der sich dort ablagerte. Im Laufe der Zeit siedelte sich dort Vegetation an, Gräser und vor allem Wald, der noch zur Zeit der Ordensritter die ganze Nehrung bedeckte. Im 16. und 18. Jahrhundert wurde der Wald radikal abgeholzt, unter anderem zum Bau der russischen Flotte im Siebenjährigen Krieg und beim Bau der Festung Pillau. Bis bald schon wieder kahlen Dünen setzten sich, vom Wind getrieben, in Bewegung und verschütteten zahlreiche Dörfer. Die Große Düne bei Nidden gilt als Naturwunder. Sie ist 73 Meter hoch und lockt viele Touristen an. Diese dürfen die Dünen aber nur auf gebahnten Wegen begehen. Der Sand der Großen Düne ist so fein, dass die Schritte der Besucher quietschende Geräusche verursachen. Das ist der berühmte „Singende Sand" der Nehrung. Diese Naturwunder wird es aber bald nicht mehr geben. Durch die Küstenbesiedlung des Samlandes gibt es keinen „Nachschub" an Sand mehr. Die Dünen der Nehrung wandern im Jahr fünf bis zehn Meter weiter, bis sie im Haff ersaufen.

Das Kurische Haff ist ein Binnengewässer, in das die Memel, die Deime, die Gilge und andere kleine Flüsschen münden und die so zum Süßwassersee wird. Das Haff ist 98 Kilometer lang, bis zu 45 Kilometer breit und etwa vier bis sieben Meter tief. An manchen Stellen ist das Haff extrem seicht, mit zahlreichen Sandbänken. Der nördlichste Teil, das Memeler Tief, ist die Verbindung zur salzhaltigen Ostsee, nur 400 Meter breit. Der Wasserspiegel des Haffs ist normalerweise höher als der der Ostsee. Wenn Nordwind noch Ostseewasser ins Haff drückt, kann es zu Überschwemmungen im Randbereich kommen. Das Kurische Haff war einmal ein sehr fischreiches Gewässer. Es gab Stinte, Aale, Zander, Barsche Stichlinge und vieles mehr. In der Ostsee fingen die Fischer Dorsche, Flundern, Aale, Forellen, Heringe, Lachse, manchmal auch Störe. Durch das Memeler Tief wechselten Fischschwärme hin und her. Die Menschen auf der Nehrung lebten vor allem vom Fischfang. Gefischt wurde mit den flachen Keitelkähnen ohne Kiel, die besonders auf dem Haff genutzt wurden. Sie verwendeten den Keitel, ein trichterförmiges Schleppnetz. Die Kurenkähne brachten zu zweit ein dreiwandiges Zugnetz von etwa 250 Meter Länge aus. Für die Hochseefischerei wurde ein Motorkutter gebraucht, etwa 20 Meter lang und gedeckt. Für die küstennahe Fischerei gab es das Pommersche Strandboot, das offen war und mit Fock- und Sprietsegel getakelt wurde. Es besaß außerdem einen Hilfsmotor. In Schwarzort wurde mit Stellnetzen und Aalreusen gefischt. In Rossitten fischte man mit Aalreusen, die mitunter 1500 bis 2000 Haken hatten. Das Ausbringen der Schnüre erforderte exakte Arbeit. Auch im Winter wurde gefischt, wenn das Eis auf dem Haff stark genug war. Mit der Eisaxt wurden große Löcher (Wuhnen) gehackt. Die Fischer schoben das „Wintergarn" mit langen Stöcken über kleinere Löcher unter dem Eis zur nächsten großen Wuhne. Herausgezogen wurde das volle Garn von zehn Männern oder mit Pferd und Winde. Um die Fische anzulocken, wurde ein Brett ins Wasser geschoben und mit einer Holzkeule drauf geschlagen. Das klapperte, so entstand der Ausdruck „Klapperfischerei". Die Fischerei auf dem Haff wurde durch mehrere Fischerei-Verordnungen (zwischen 1589 und 1844) geregelt. Diese Verordnungen legten die Laichgebiete und Schonzeiten der Fische fest, die Maschendichte der Netze und anderes. Damit der Fischerei-Aufseher das kontrollieren konnte, mussten alle Fischer auf ihrem Boot einen Wimpel anbringen, der in den Farben ihrer Wohnorte gehalten war; für die Nehrungsfische waren das die Farben schwarz und weiß. Die Wimpel waren meist aus Holz geschnitzt und zeigten Symbole der Hoffnung, des Glaubens und der Familie. Die Strafen für Verstöße gegen die Fischerei-Verordnung und für Fahren ohne oder mit falschem Wimpel betrugen zehn bis 50 Taler.

Reparaturen an den Booten und Netzen sowie das Schnitzen der Kurenwimpel erfolgten während des „Schacktarp". Das war die Zeit im Frühjahr, wenn das Eis nicht mehr trug oder zu Hindernissen aufgetürmt war. Das dauerte oft wochenlang. Während des Schacktarp kam auch keine Post, kein Arzt oder Geistlicher auf die Nehrung durch. Einst wurde eine Regierungskommission auf der Nehrung vom Schacktarp überrascht. Sie telegraphierte nach Königsberg: „Rückreise unmöglich, Schacktarp lässt das nicht zu." Prompt kam die Antwort: „Schacktarp ist zu verhaften!"

Die Fischerei war und ist eine harte Arbeit. Nicht immer gab es einen guten Fang. Und so mancher Fischer ist von seiner Ausfahrt nicht zurückgekehrt. Die Kurische Nehrung ist heute zwischen Russland und Litauen geteilt. Auf dem russischen Teil liegen die Orte Sarkau, Kunzen, Rossitten und Pillkoppen. Auf dem litauischen liegen Sandkrug, Erlenort, Schwarzort und Nidden. Besonders bekannt sind die Orte Pillkoppen durch die Kurenfischerei und Rossitten durch die Vogelwarte, die mit der Vogelwarte Radolfzell zusammenarbeitet und die von Petersburger Professoren geleitet wird. Außerdem gab es in Rossitten früher eine Segelflugschule. Die Kurische Nehrung besaß auch eine Malerkolonie in Nidden. Dort arbeiteten unter anderen Max Pechstein, Karl Schmidt-Rottluff und Ernst Mollenhauer. Der Schriftsteller Thomas Mann hatte in Nidden ein Sommerhaus, heute Museum und Kulturzentrum, und Agnes Miegel schrieb in Nidden ihre Ballade "Die Frauen von Nidden".

Wilhelm von Humboldt sagte einmal: „Die Kurische Nehrung ist so merkwürdig, dass man sie eigentlich ebenso gut wie Spanien und Italien gesehen haben muss, wenn einem nicht ein wunderbares Bild an der Seele fehlen soll!"

Ingrid Nowakiewitsch

Der Beitrag beruht auf einem Vortrag, den Joachim Naujoks bei einer der letzten Monatsversammlungen der Kreisgruppe Dillenburg gehalten hat.



ZUM 104. GEBURTSTAG

Seydlitz, Frieda, geb. **Bartlik**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 22. Oktober

ZUM 103. GEBURTSTAG

Czwikla, Erika, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Naß, Elfriede, geb. **Kraska**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 18. Oktober

ZUM 102. GEBURTSTAG

Buxa, Gertrud, geb. **Sdunkowski**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 18. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Wiederhöft, Frieda, geb. **Strauß**, aus Nalegau, Kreis Wehlau, am 23. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Fiedler, Walther, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 19. Oktober
Göbel, Betty, geb. **Lagies**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Saffran, Johannes, aus Mohrungen/Abbau, am 23. Oktober
Schwarzin, Hildegard, aus Lyck, am 20. Oktober
Wrobel, Helmut, aus Wehlau, am 20. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Arnhold-Gitt, Hildegard, aus Rauschen, Kreis Samland, am 23. Oktober
Bonitz, Gertrud, geb. **Juschka**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Dahlke, Magdalene, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 21. Oktober
Mohr, Georg, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 17. Oktober
Niessen, Theodora, geb. **Gehring**, aus Ortelsburg, am 18. Oktober
Schweins, Gertraud, geb. **Bürgel**, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Volz, Luise, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober
Wietoska, Otto, aus Lyck, am 17. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Ernst, Lieselotte, geb. **Behrendt**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Friz, Lieselotte, geb. **Schwabe**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Gollub, Waltraut, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Grube, Christel, geb. **Meier**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Heitmann, Irmgard, geb. **Rehra**, aus Sprindenau, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Kühne, Hedwig, geb. **Stannehl**, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Pawelzik, Hildegard, geb. **Brzoska**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Rosenau, Edith, geb. **Rautenberg**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Herrmann, Martha, geb. **Krappa**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Krenz, Edith, geb. **Schlaugat**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 18. Oktober
Nolte, Friedrich, aus Treuburg, am 21. Oktober
Riekers, Herta, geb. **Fröhlich**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Schwemer, Herta, geb. **Buczilowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Taulien, Erna, aus Heiligenbeil, am 17. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Barth, Helene, geb. **Dombrowski**, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Braun, Renate, geb. **Borchert**, aus Neidenburg, am 18. Oktober
Krüger, Eva, geb. **Schakat**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Mey, Bernhard, aus Lochstädt, Kreis Samland, am 19. Oktober
Petz, Gertrud, geb. **Seemund**, aus Wilken, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Sarnoch, Alfred, aus Giesen, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Schmalfeldt, Helene, geb. **Schulz**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober
Schmiedel, Liesbeth, geb. **Stanzick**, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Specht, Adeline, geb. **Lewohn**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Weber, Christel, geb. **Beckmann**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Weber, Irma, geb. **Twardy**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Str. 117, am 21. Oktober
Weißfuß, Ilse, geb. **Deutschmann**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 19. Oktober
Welsch, Bruno, aus Altginnendorf, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Zels, Erwin, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 17. Oktober
Zwirlein, Elfriede, geb. **Radzuweit**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 22. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ahrens, Günther, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Böhm, Margarete, geb. **Dziersk**, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober
Brückner, Anna, geb. **Tschujan**, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 17. Oktober
Gasper, Irmgard, geb. **Dreier**, aus Tilsit, Finkenau 2, am 18. Oktober
Gemballa, Walter, aus Adlersdorf, Kreis Lötzen, am 17. Oktober
Gildemeister, Hilde, geb. **Klein**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 22. Oktober
Lühr, Gerda, geb. **Makowski**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 19. Oktober
Malinka, Helmut, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Rußland, Greta, geb. **Adam**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Skibba, Marianne, geb. **Sobottka**, aus Lötzen, am 22. Oktober
Soth, Irmgard, geb. **Kukowski**, aus Lyck, Bismarckstraße 57, am 23. Oktober
Steffan, Ursula, aus Lyck, am 19. Oktober
Storck, Leni, aus Walden, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Sturm, Charlotte, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 20. Oktober
Welge, Irma, geb. **Alltrock**, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 22. Oktober

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dose, Edith, geb. **Manke**, aus Freihausen, Kreis Lötzen, am 23. Oktober
Dudat, Werner, aus Pillau, Kreis Samland, am 20. Oktober
Herbers, Erika, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Jamm, Dorothea, geb. **König**, aus Königsberg, Mozartstraße 37, am 14. Oktober
Maserowski, Elfriede, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Oktober
Nierstenhöfer, Ruth, geb. **Düputell**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 22. Oktober
Pankuweit, Heinrich, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 23. Oktober
Seifert, Elfriede geb. **Kledtke** aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Sollmann, Horst, aus Lyck, am 23. Oktober
Thiel, Lieselotte, geb. **Noll**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Wieden, Ruth, geb. **Fidorra**, aus Neu Werder, Kreis Ortelsburg, am 19. Oktober

ZUM 85. GEBURTSTAG

Benischke, Annemarie, geb. **Sostak**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Bialluch, Reinhard, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 22. Oktober
Brzoska, Lotte, geb. **Taday**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 23. Oktober
Clausnitzer, Ursula, geb. **Sohn**, aus Germau, Kreis Samland, am 22. Oktober
Czwella, Kurt, aus Klenzkau, Kreis Neidenburg, am 20. Oktober
Dohmann, Käthe, geb. **Jakubzik**, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, am 23. Oktober
Federwisch, Gertraud, geb. **Lerch**, aus Pobethen, Kreis Samland, am 17. Oktober
Fröhlich, Ernst, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Gehlhaar, Charlotte, geb. **Teschner**, aus Ebenrode, am 19. Oktober
Jonscher, Leni, geb. **Maximowitsch**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Klein, Arno, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Kühne, Sigrid, geb. **Drossmann**, aus Jürgenrode, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Kurschat, Susanne, geb. **Arendt**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 21. Oktober
Müller-Blech, Elfriede, geb. **Mindt**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 21. Oktober
Nessit, Erich, aus Seerappen, Kreis Samland, am 23. Oktober
Plöhn, Margarete, geb. **Krebsties**, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 23. Oktober
Schäfer, Elfriede, geb. **Poel**, aus Großalbrechtsort, Kreis Ortelsburg, am 20. Oktober
Schwamborn, Betty, geb. **Cytrich**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Schwarz, Johanna, geb. **Appelt**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 17. Oktober
Telgmann, Elisabeth, am 21. Oktober
Trojan, Reinhold, aus Markau, Kreis Treuburg, am 17. Oktober
von Jablonowski, Gerhard, aus Neidenburg, am 19. Oktober
Wirobski, Erika, geb. **Bertsch**, aus Guhsen, Kreis Treuburg, am 20. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Gerwien-Ludwig, Annemarie, aus Großheidekrug, Kreis Samland, am 19. Oktober
Glinke, Ingrid, geb. **Kantwill**, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 21. Oktober
Hamerich, Christel, geb. **Hübner**, aus Leitwarren, Kreis Elchniederung, am 17. Oktober
Haupt, Ursula, geb. **Nowakowski**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, am 19. Oktober
Holdefehr, Edeltraut, geb. **Wlotzki**, aus Krokau, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober
Hülder, Renate, geb. **Filon**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 19. Oktober
Innecken, Helga, geb. **Koritkowski**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 19. Oktober
Kermes, Elisabeth, geb. **Skirde**, aus Ortelsburg, am 19. Oktober
Klever, Manfred, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 20. Oktober
Klimach, Thekla, geb. **Boenig**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 20. Oktober
Kolberg, Olga, geb. **Bylda**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 22. Oktober
Malinka, Christa, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 22. Oktober
Martens, Ursula, aus Löbau/Westpreußen, am 18. Oktober
Matthiä, Ilse, geb. **Kalitzki**, aus Bersnicken, Kreis Samland, am 18. Oktober
Mennicke, Inge, geb. **Klever**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 20. Oktober
Miete, Anneliese, geb. **Sundermeier**, am 18. Oktober
Modistach, Dieter, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 18. Oktober
Neumann, Hans, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 18. Oktober
Seidel, Gertrud, geb. **Polixa**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 20. Oktober
Trompeter, Gerda, geb. **Moldzio**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 20. Oktober
Ulbricht, Ruth, geb. **Thomzik**, aus Ortelsburg, am 22. Oktober
Walter, Ursula, geb. **Kaprolat**, aus Datzken, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Wolf, Christel, geb. **Schneider**, aus Medenau, Kreis Samland, am 18. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Ahrenbog, Erika, geb. **Bartsch**, aus Preußisch Eylau, am 17. Oktober
Brekle, Ursula, geb. **Slomianka**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 23. Oktober
Doll, Gertrud, geb. **Bresilge**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 22. Oktobe
Duhme Gawell, Burkhard, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 23. Oktober
Golbeck, Manfred, aus Karben, Kreis Strasburg/Westpreußen, am 20. Oktober
Grimm, Helga, geb. **Bonkowski**, aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 17. Oktober
Kairies, Dietmar, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Kaune, Helga, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 22. Oktober
Kebbedies, Horst, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 18. Oktober
Lueling, Lieselotte, geb. **Seydel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 18. Oktober
Moeller, Hans-Henning, aus Sontop, Kreis Neidenburg, am 17. Oktober
Oddey, Horst, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 22. Oktober
Schönberg, Dietrich, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 21. Oktober
Voß, Margot, geb. **Rock-Tuttas**, aus Allenstein, Kreis Neidenburg, am 19. Oktober
Wach, Friedrich, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, am 21. Oktober



Raabe, Dietrich, aus Lyck, und Ehefrau Gertrud, geb. **Ködderitzsch**, am 21. Oktober

Noch Plätze frei!

Kulturhistorisches Seminar

Beim diesjährigen Kulturhistorischen Seminar für Frauen sind noch einige wenige Plätze zu vergeben. Die Veranstaltung findet vom 2. bis 6. November im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Unter dem Titel „Ost- und westpreußische Gedenktage 2015“ werden unter anderem Vorträge über die Schriftstellerin Gertrud Papendick, den Dichter Max Halbe und den Neidenburger Operettenkomponisten Walter Kollo angeboten. Die Teilnehmerbeitrag liegt für eine Unterbringung im Doppelzimmer inklusive Vollverpflegung bei 150 Euro. Auch Einzelzimmer können gebucht werden.

Ihre Anmeldung nimmt Hanna Frahm, Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. gerne entgegen: Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: frahm@ostpreussen.de. *WE*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

TERMINE DER LO

2015
10. bis 11. Oktober: 10. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis).
12. bis 18. Oktober: 61. Werkwoche, Bad Pyrmont.
2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.
6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden, Bad Pyrmont.
7. bis 8. November: Ostpreußische Landesvertretung, Bad Pyrmont (geschlossener Teilnehmerkreis).

2016
11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt.
9. bis 10. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine im ostpreußischen Sensburg.
18. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein.
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis).

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

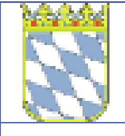
Landesgruppe – 138. Preußische Tafelrunde in Pforzheim – Die Landesgruppe Baden-Württemberg e.V. und die Landsmannschaft Ost-/Westpreußen Kreisgruppe Pforzheim/Enzkreis im BdV laden zur 138. Preußischen Tafelrunde am 28. Oktober, 19 Uhr ins Parkhotel Pforzheim, Deimlingstraße 36, ein. Nach einem gemeinsamen ostpreußischen Abendessen referiert Herr Dipl.-Geogr. Rolf Siemon über „Georg Forster – Naturforscher, Weltreisender, Schriftsteller und Revolutionär aus dem Danziger Werder (1754–1794).

Als Kind lernte Georg Forster im Danziger Werder das Botanisieren nach Linné vom Vater und begleitete diesen mit elf Jahren auf eine Forschungsreise an die untere Wolga. Später segelten Vater und Sohn als Naturwissenschaftler mit James Cook drei Jahre um die Welt – auf der Suche nach der „terra australis incognita“. Ihre Hauptaufgabe war die wissenschaftliche Beschreibung insbesondere der noch kaum erforschten pazifischen Großregion. Darin inbegriffen waren das Sammeln, Zeichnen und Bestimmen von Pflanzen, Tieren und Gesteinen, die Kontaktaufnahme mit der indigenen Bevölkerung und das Eintauschen von Kulturartefakten. Die schriftstellerische Verarbeitung der Weltreise, in der Forster die Sitten der „Wilden“ gegen die Kultur der „Zivilisierten“ verteidigte, wurde ein Bestseller und sein Autor berühmt. Der führende deutsche Südsee-Experte zählt heute mit seinem Vater zu den Begründern der modernen Völkerkunde. Forsters Pflanzen- und Tierzeichnungen nahmen die zirka 50 Jahre später einsetzende „ökologische Betrachtungsweise“ bereits vorweg. Seine erste Anstellung als Naturkunde-Professor erhielt er 1778 am Collegium Carolinum in Kassel. Hier lernte er auch Johann Wolfgang Goethe kennen, den er als Dichter und Schriftsteller bereits seit Jahren verehrte. Alexander von Humboldt bezeichnete Forster zeitlebens als Lehrer und Freund, nachdem er ihn auf einer Reise entlang des Rheins, durch England und Frankreich begleiten durfte. Als politischer Emigrant und kritischer Beobachter des Revolutionsverlaufes in Frankreich verbrachte Forster seine letzten Lebensmonate in Paris. Anmeldungen an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 85 40 93 oder e-mail: uta.luettich@web.de.

Buchen – Montag, 26. Oktober, 14 Uhr, Rathaus Hainstadt (bei der Kirche). Frauennachmittag bei Kaffee und Kuchen.

Ludwigsburg – Dienstag, 20. Oktober, 15 Uhr, Kronenstuben 2: Stammtisch in den Kronenstuben.

Stuttgart – Sonnabend, 31. Oktober, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal: Herbstfest der LM Westpreußen. Wir Ostpreußen sind herzlich eingeladen.



BAYERN

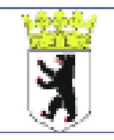
Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 23. Oktober, 19 Uhr, Gasthof „Krone“, Gunzenhausen: Heimatliches Essen. Serviert werden „Heilsberger Keilchen mit Spirkel“. Beim anschließenden Heimatabend geht es um „Brauchtum aus Pommern, Ost- und Westpreußen“.

Ansbach – Sonnabend, 31. Oktober, 9.30 Uhr, Deutschordensschloss Ellingen: Landeskultur- und Delegiertentagung der LM Ost- und Westpreußen mit Arno Surminski.

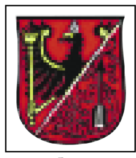
Bamberg – Mittwoch, 21. Oktober, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Erntedankfeier.

Nürnberg – Dienstag, 27. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Nbg.-Langwasser (Endstation der U-Bahn): Wir feiern das Erntedankfest. Gäste willkommen.

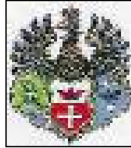


BERLIN

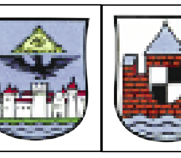
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

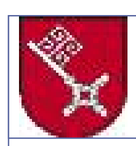
Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 20. Oktober, 13 Uhr. Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, Berlin-Steglitz: Erntedankfest. Das Restaurant liegt an der Ecke Stindestraße und ist mit den Buslinien M82 und 284 (vom Rathaus Steglitz bis Haltestelle Stindestraße) zu erreichen. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



Königsberg – Freitag, 23. Oktober, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Hallensee: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.

Tilsit-Ragnit, Tilsit-Stadt – Sonnabend, 24. Oktober, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen. Anfragen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremen – Bericht – Am 11. September war die Bremer Landsmannschaft der West- und Ostpreußen Mitveranstalter einer Buchvorstellung. Im Café Erlesenes in Bremen-Vegesack präsentierten der Autor Alvydas Šlepikas und sein Übersetzer Markus Roduner die deutschen Übersetzung des litauischen Erfolgsromans „Mein Name ist Maryte“.

Beide waren aus Litauen angereist, um den dort bereits 2012 erschienenen Roman der Öffentlichkeit nunmehr in deutscher Sprache vorzustellen. In den drei Tagen zuvor waren sie dazu bereits in Dresden und in Kiel sowie in der litauischen Botschaft in Berlin gewesen. Gabriele Zaidyte, Kulturattachée der litauischen Botschaft in Berlin, hatte die viertägige Rundreise arrangiert. Sie äußerte ihre große Freude darüber, zum wiederholten Male eine bewährte Zusammenarbeit mit den Bremer West- und Ostpreußen fortsetzen zu können. Eine erfreulich große Zuhörerzahl folgte der Lesung des Autors in seiner Muttersprache, die dann von Theo Schlüter, Rundfunkjournalist von Radio Bremen, in deutscher Sprache vorgetragen wurde und somit einen doppelten Hörgenuss ermöglichte.

Alvydas Šlepikas’ Roman „Mein Name ist Maryte“ erzählt in berührender Weise die lange in Vergessenheit geratene Geschichte ostpreußischer Kinder nach dem Einmarsch der Roten Armee am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der Zeit danach.

Von Hunger und materieller Not getrieben, gingen sie über die Memel nach Litauen, um dort bei Bauern um Essen und Obdach zu betteln oder auch bei diesen für Brot und Unterkunft zu arbeiten. Der Roman beruht auf langen Gesprächen des Autors mit diesen Wolfskindern, von denen nicht wenige von litauischen Familien großgezogen wurden und einige bis heute im Land leben. Ein Buch über Liebe, Mitgefühl und Erinnerung.

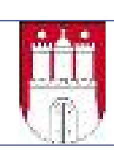
Bremerhaven – Am 25. September trafen sich die Mitglieder der Landsmannschaft Ost /Westpreußen und Heimatkreis Elbing in Bremerhaven zum traditionellen Erntedankfest im Seniorentreffpunkt Barlachhaus am Holzhafen in Geestemünde. Die Vorsitzende Marita Jachens-Paul begrüßte die 33 Mitglieder und vier Gäste und eröffnete den Heimatnachmittag, dem ersten nach der zweimonatigen Sommerpause. Sie war erfreut über die hohe Beteiligung, was für den guten Zusammenhalt der Ost- und Westpreußen in Bremerhaven spricht. Vier Gäste, die auf Grund einer Ankündigung im „Sonntagsjournal“ gekommen waren, um sich über die kulturelle Arbeit der Ostpreußen in Bremerhaven sowie das Brauchtum zur Erntezeit im ehemaligen Ostpreußen zu informieren, wurden herzlich begrüßt.

Es folgte die gemeinsame Kaffeetafel mit Streuselkuchen an herbstlich mit buntem Laub, Blumen, Weintrauben und Kastanien geschmückten Tischen. Auch ein wohlgefüllter Tisch mit einer Erntekrone und allerlei Früchten und Obst war aufgebaut. Der Dank dafür ging an Ella und Horst Till und das Barlachhaus-Team.

Marita Jachens-Paul musste leider zwei Abgänge vermelden: Frau Kellermann ist gestorben, Frau Graca ist nach Achim bei Bremen verzogen. Die Vorsitzende wies auf den „Tag der Heimat“ des BdV Bremen am 26. September im Atlantik-Hotel Airport am Bremer Flughafen hin, der unter dem Motto stand „Vertreibungen sind Unrecht, gestern wie heute“. Auch wurde an die Feierstunde anlässlich des 65-jährigen Bestehens der „Landsmannschaft der Deutschen aus Russland“ in Bremen am 17. Oktober erinnert, zu der die Mitglieder der vier Landsmannschaften aus Bremerhaven eingeladen sind.

Es wurden viele Gedichte und Geschichten zu den Themen „Herbst“ und „Ernte“ vorgetragen – von der Erzählung eines Schülers auf ostpreußischem Platt „Der Kartoffel“ bis hin zur „Apfellese“ (Loblied auf den Apfel von Heinrich Hoffmann von Fallersleben).

Am 30. Oktober findet um 14.30 Uhr das 89. Stiftungsfest (mit Anmeldung) im Barlachhaus statt, auf das sich alle Ostpreußen schon seit Langem freuen und zu dem auch die Mitglieder der anderen drei ostdeutschen Bremerhavener Landsmannschaften eingeladen wurden. *Barbara Sandmann*

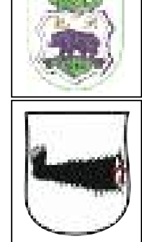


HAMBURG

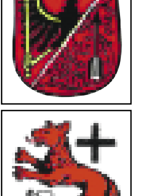
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

Landesgruppe – Donnerstag, 22. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat: Gruppenleitertreffen.

KREISGRUPPEN

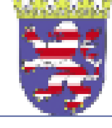


Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und zu einem kulturellen Programm um 12 Uhr im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



Gumbinnen, Heiligenbeil – Die Heimatkreisgruppen Gumbinnen und Heiligenbeil feiern ihr Herbstfest gemeinsam am 17. Oktober im Traditionshaus Lackemann, Hinterm Stern/Ecke Litzowstieg. Beginn ist um 14 Uhr. Dazu sind alle Mitglieder der Landesgruppe Hamburg e.V. und Freunde Ostpreußens eingeladen. Wir wollen gemeinsam einige frohe und besinnliche Stunden miteinander verbringen. Es wir auch ein Film gezeigt: „Ostpreußen und seine Trakehner“.

Sie erreichen das Traditionshaus mit der U1 bis Wandsbek-Markt. Zu Fuß geht es über die Wandsbeker Marktstraße und den Durchgang Hinterm Stern (zwischen Wandsbek-Quarre und Hotel Tiefental) und dann sehen Sie schon das Traditionshaus Lackemann. Anmeldung bei den Sprechern der Gruppen, den Landsleuten Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784 und Konrad Wien (040) 320490.



HESSEN

Vorsitzender: Eberhard Traum, Wächtersbacherstraße 33, 63636 Brachtal, Telefon (06053) 708612.

Dillenburg – Bericht von der Monatsversammlung, in der Hans-Joachim Naujoks einen Vortrag über die Kurische Nehrung gehalten hat, siehe Seite 14.

Wetzlar – Bericht – In die Geschichte des Deutschen Ordens hat der ehemalige Lehrer Rudolf Virnich bei einem Treffen der Kreisgruppe Wetzlar eingeführt. Seinen Ursprung hat der Deutsche Orden in den Ritterschaften des 12. Jahrhunderts, die sich in Kreuzzügen ins Heilige Land aufmachten, um die heiligen Stätten von der Besatzung durch Muslime zu befreien. Unter ihnen waren Kaufleute aus Lübeck und Bremen, die ein Spital gründeten, das von einer Hospitalbruderschaft geleitet wurde. Hieraus entwickelte sich der Deutsche Orden. Zurück in Europa, suchten sie eine neue Aufgabe und nahmen das Hilfsersuchen des polnischen Herzogs von Masowien zur Missionierung an. Dazu hatte Papst Honorius III. im Jahr 1221 aufgerufen. Virnich führte aus, dass der Orden rund 125 Burgen anlegte und dazu zahlreiche Städte.

1250 erfolgte der Bau von Christburg und Memel. König Ottokar eroberte mit einem Heer von 60 000 Kreuzrittern das Samland und gründete 1255 Königsberg und Rudau. Der Orden versprach deutschen Siedlern aus dem Rheinland, aus Westfalen, Sachsen, Mecklenburg, Pommern, Brandenburg, Thüringen, Franken, Böhmen und Schlesien Land und persönliche Freiheiten. So wurden Bauern, Handwerker und Kaufleute ins Pruzzenland gelockt. Jeder Neusiedler erhielt kostenlos zwei bis drei Hufen Land. Das sind pro Hufe ungefähr 16 Hektar.

Die schönsten Kirchen aus der Ordenszeit sind die Marienkirche in Danzig, der in der Zeit von 1333 bis 1380 erbaute Dom zu Königsberg, der Dom zu Frauenburg und die Zisterzienserkirche in Oliva. In jeder Stadt und auch in vielen Dörfern wurden Kirchen errichtet, berichtete Virnich, der seinen Vortrag mit zahlreichen Lichtbildern untermalte. Obwohl der Deutsche Orden einen großen Besitz in Ost- und Westpreußen hatte, ging seine Blütezeit im 16. Jahrhundert zu Ende. Der aus Franken stammende Hochmeister kam bei einem Besuch in Nürnberg mit den Lehren Luthers in Berührung und trat zum Protestantismus über. In einem Briefwechsel mit Luther riet ihm dieser, den Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum umzuwandeln und der Krone Polens zu unterstellen.

Am 10. April 1525 huldigte Albrecht dem polnischen König und erhielt das Herzogtum Preußen als erbliches Lehen. Damit hatte der Staat des Deutschen Ordens in Preußen aufgehört zu existieren. Der neue Herzog regierte sein Land von Königsberg aus. Doch noch heute sind viele Bauwerke aus dieser Zeit der Kreuzritte erhalten, wenn auch teilweise nur als Ruinen.

Virnich wies darauf hin, dass der Orden etwa um 1285 in der Domstadt an der Lahn eine Komturei, also einen Verwaltungssitz, errichtet hat. In und um Wetzlar hatte sich ein Besitzschwerpunkt der einstigen Kreuzritter gebildet. Als Hauptstifter dieser Güter an die Ballei in Marburg ist ein reicher Burgmann, Dimar von Kalsmunt, bekannt geworden, dem auch die Einrichtung der Komturei in Wetzlar zu verdanken ist. Die einstige Niederlassung in Wetzlar ist heute der Lottehof mit dem Stadt- und Industriemuseum und dem Lottehaus. Neben einer großen Zehntscheune, der Ritterherberge und dem Wohnhaus des Verwalters befanden sich dort auch Stallungen und eine Elisabeth-Kapelle. Dem Orden gehörten Steinbrüche auf dem Deutschherrenberg, mehrere Getreide- und Walkmühlen, große verpachtete Ackerflächen und viele Weinberge. Von Wetzlar aus wurden jährlich durchschnittlich zehn Fu-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Nach der Veranstaltung in Bremen: Markus Roduner, Geoerg v. Greoling-Müller, Gabirele Zaidyte, Alvydas Šlepikas und Heinrich Lohmann (v.l.) treten für ein Foto zusammen Bild: privat

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

der Wein, das sind rund 9500 Liter, nach Marburg in die Ballei geliefert. Es existiert eine Namensliste der Komture und der Brüder, die als Leiter der Komturei Wetzlar für die Zeit von 1293 bis 1468 tätig waren.



Rudolf Virnich berichtete über den Deutschen Orden Bild: privat

Nach den Ordensleuten wurde die Niederlassung von zivilen Angestellten geleitet. Der in Wetzlar wohl bekannteste ist der Amtmann Heinrich Adam Buff (1711–1795), der Vater der Charlotte Buff, die durch Johann Wolfgang von Goethe berühmt wurde. Zu Napoleons Zeiten wurden nach Angaben von Virnich im Jahr 1809 die Niederlassungen des Deutschen Ordens außerhalb Österreichs aufgelöst. Der Besitz des Ordens in Wetzlar fiel am 26. April 1809 an den „Großherzog von Frankfurth, den Erzbischoff und Fürst-Primas des Rheinbundes" Karl Theodor von Dalberg. Die Stadt Wetzlar selbst wurde als Grafschaft Wetzlar dem Großherzogtum Frankfurt eingegliedert. In zahlreichen Versteigerungen wurden die Liegenschaften und Immobilien des ehemaligen Deutschen Ordens in Wetzlar veräußert, wobei die Stadt als Kommune der größte Käufer war.

Der Vorsitzende Kuno Kutz dankte dem Referenten für die interessanten Informationen.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Wiesbaden – Immer wenn Ostpreußen beisammen sind, wird ihr Heimatlied „Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen" gesungen. So war es auch zur Erntedankfestfeier vor dem reich gedeckten Erntetisch, zu dem eigene Mitglieder, heimische Bauern, Gärtnereien und ein Handelshof mit Gaben beigetragen hatten. Von den gespendeten Erntegaben konnte jeder der Gäste am Schluss der Feier etwas mit nach Hause nehmen.

Auffallend in der Mitte des Tisches war eine bunte Decke, die die Mutter eines Vereinsmitglieds als 18-jähriges Mädchen in den Dreißigerjahren im ostpreußischen Tilsit-Ragnit gestickt hatte. „Das Tischtuch, das während des Hütens der Gänse entstand und nur zu Fest- und Geburtstagen aufgelegt wurde, hat die Flucht seit dem Winter 1945 unversehrt überstanden und bedeutet heute für die Familie ein Stück Heimat", erzählte Tochter Brigitta Büring den mehr als 100 Besuchern im Haus der Heimat.

Das Festprogramm, dem als Gäste Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel, Landtagsabgeordnete Astrid Wallmann, Stadtverordnete Ingrid Reiß und die stellvertretende Vorsitzende des BdV-Landesverbandes Hessen Brigitte Sattler beiwohnten, ließ wieder Gedanken und Erinnerungen an die unvergessene ost- und westpreußische Heimat aufkommen. So standen in den von Lieselotte Paul und Margitta Krafczyk vorgetragenen Geschichten und Gedichten die heimatliche Erntezeit und das „Ostpreußische Bauernbrot" im Mittelpunkt. Vom Dank für das tägliche Brot und vom Teilen mit anderen sprach in seinen besinnlichen Worten auch Pfarrer Dr. Holger Saal von der Marktkirchengemeinde. Dessen Gedanken bekräftigten die Besucher mit dem gemeinsam gesungenen Lied „Danke für diesen guten Morgen". Der Frauen-Chor unter Leitung von Frau Liesl Zekert umrahmte mit stimmigen Herbst- und Ernteliedern den festlichen Nachmittag.

In Anbetracht der anhaltenden Flüchtlingsströme mit dem verbundenen Leid und Elend hatte der Vorsitzende Dieter Schetat eingangs gesagt: „Wir können uns gut in die Lage der Betroffenen versetzen und dürfen im Nachhinein besonders dankbar sein, dass wir als Heimatvertriebene und Flüchtlinge selbst bei dem damals ertragenen Kriegsleid zu den Glücklichen gehören, die überlebten und hier in Wiesbaden und Umgebung ein neues Zuhause gefunden haben." Im nächsten Jahr kann der Kreisverband der Ost- und Westpreußen in Wiesbaden auf sein 70-jähriges Bestehen zurückblicken.



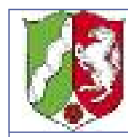
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Lüneburg – Treffen der Memelländer anlässlich der Vereinsgründung vor 70 Jahren – Die Lüneburger Memelländer begehen dieses Ereignis mit Vorträgen über die 700-jährige Geschichte des Gebiets mit Schwerpunkt Litauen: Deutschlands Hilfen über Jahrhunderte für die litauische Bevölkerung sowie schließlich 1919/1920 Internationale Anerkennung als Staat durch den Separatfrieden 1917 zwischen Deutschland und Russland während des Ersten Weltkriegs. Dazu „Wahrheiten und Legenden um und über Ännchen von Tharau". Abtrennung von Deutschland durch den Versailler Vertrag: 1920 unter Frankreichs Oberhoheit. 1923 Litauisches Militär besetzt das Memelgebiet. Scheitern der Besatzer, die Deutschen zu Litauern umzuerziehen. Äußerungen von Bundespräsident Joachim Gauck auf seiner Reise 2013 nach Litauen sinngemäß: „Dieses Gebiet (er meinte das Memelgebiet) gehörte nur von 1939 bis 1945 zu Deutschland."

Memelländer, Ostpreußen und Interessierte sind herzlich eingeladen zu unserem Treffen am Sonnabend, den 10. Oktober, um 16 Uhr im Gasthaus Mälzer, Heiligengeist-Straße 43, Oberer Saal, 21335 Lüneburg. Auskunft unter Telefon (04131) 2849402 (Harald Lankisch).

Osnabrück – Dienstag, 20. Oktober, 16.30 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Donnerstag, 29. Oktober, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Die diesjährige Herbstkulturtagung der Landesgruppe findet am 24. Oktober in Oberhausen statt. Beginn: 10 Uhr. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen. Wir haben wieder ein interessantes Programm zusammengestellt und freuen uns besonders, dass wir Herrn Schultze-Rhonhof und Herrn Heckel gewinnen konnten. Frau M. Dahlhoff liest aus Ihrem Buch „Eine Handvoll Leben". Frau Dr. Beutner macht sich Gedanken, ob Kulturarbeit für die Heimat noch Zukunft hat.

Bielefeld – Freitag, 30. Oktober, und Sonnabend, 31. Oktober, Brenner-Hotel Diekmann, Otto-Brenner-Straße 133–135, 33607 Bielefeld, Telfon (0521) 29990 (Stadtbahnlinie 3 ab Hbf. Bielefeld in Richtung „Stieghorst" bis Haltestelle „Sieker Mitte", über die Ampelkreuzung führt der Weg direkt zum Hotel): 30-jähriges Jubiläum der Arbeitsgemeinschaft Ostpreußisch Platt. Das Haus muss rechtzeitig die Teilnehmerzahl wissen, die Arbeitsgemeinschaft wurde daher gebeten, die Anmeldung rechtzeitig vorzunehmen. Die Zimmerreservierung ist von jedem einzelnen direkt mit dem Hotel abzustimmen. Bei der Anmeldung ist das Stichwort „Kreisgemeinschaft Gumbinnen" erforderlich. Tagungsbeginn: Freitag, 13.30 Uhr, Fortsetzung: Sonnabend, 9 Uhr, Tagungsende: Sonnabend, 12 Uhr. Danach gemeinsames Mittagessen, anschließend Abreise.

„Wie mijde ons freie, wenn wie ons em Oktober alle jesund wedder sehne". Der akademische Nachwuchs fehlt. Da unser Vorsitzender Dieter Mau leider verstorben ist, leitet Bruno Romeiks vorläufig die Gruppe. Germanistik- und Ethnologiestudenten sowie Kulturinteressierte sind herzlich eingeladen, am 30./31. Oktober nach Bielefeld zu kommen. Hier könnt Ihr was erleben... eine aussterbende Mundart aus dem Ostseeraum. Informationen erteilt Frau Schulz, Telefon (06135) 3127.

Bonn – Dienstag, 27. Oktober, 14 Uhr, Nachbarschaftszentrum Brüser Berg, Fahrenheitstraße 49: Treffen des Frauenkreises.

Dortmund – Montag, 19. Oktober, 14 bis 17 Uhr, Landgrafenschule, Eingang Märkische Straße: Heimatliches Beisammensein. Gäste sind willkommen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorff-Saal, Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft „Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland" unter Leitung von Radostina Hristova. – Sonnabend, 17. Oktober, GHH/Eichendorff-Saal, Bismarckstraße: Erntedank. – Dienstag, 20. Oktober, 18 Uhr: Einladung der sudetendeutschen Landsmannschaft zu einem Vortrag über das Erbrecht und die Patientenverfügung (Der Vortrag wird am 27. Oktober wiederholt). – Sonnabend, 24. Oktober, 10 Uhr: Herbstkulturveranstaltung in Oberhausen.

Ennepetal – Sonntag, 24. Oktober, 10 Uhr: Deligiertenversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen in Oberhausen.

Essen – Die Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen traf sich am 18. September in der Gastronomie St. Elisabeth.

Unser Vorsitzender, Herr Bernhard Kehren, gratulierte den Geburtstagskindern und wir gedachten unserer in der letzten Zeit verstorbenen Mitglieder.

Wie bei jedem Treffen wurden vorab auch die aktuellen politischen Themen erörtert. Insbesondere wurde über die „Willkommenskultur" in der deutschen Bevölkerung für die ankommenden Flüchtlinge gesprochen. Hierzu gab es nicht nur positive Berichte, auch viele kritische Anmerkungen zu den zu erwartenden Kosten (von der Regierung für das Jahr 2016 geschätzt zehn Milliarden), zur Lösung der Wohnungsfrage, zur Schule, Ausbildung, Arbeitsplätzen und zur allgemeinen Integration. Werden die Neuankömmlinge, nachdem sie sich erholt haben, ihre Konflikte und Ressentiments gegenüber Andersgläubigen demnächst in unserem Land austragen? Bei den ankommenden Flüchtlingen wird viel von Menschenwürde geredet, wo bleibt jedoch die Menschenwürde bei den vielen Menschen (Rentnern, Frauen, Kindern) in unserem Lande, die an der Armutsgrenze leben. Unser Land wird sich verändern!

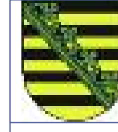
Wie in jedem Jahr berichten unsere Mitglieder nach der Sommerpause über ihre Erlebnisse und Erfahrungen: Frau Kerstin Plewa-Brodam erzählte von ihrer Reise in die Heimat ihrer Eltern in den Kreis Rastenburg und den Kreis Ortelsburg. Sie ist im Jahr 1960 geboren und also eines der so genannten Flüchtlingskinder. Sie sprach zunächst vom Fluch und Segen ihrer Generation, die sich mit dem Verlust der Heimat ihrer Eltern auseinandersetzen musste. Es wurde ein Feindbild aufgebaut, so dass sie nie den Wunsch hatte, nach Ostpreußen zu reisen. Die ganze Familie: Eltern, Kinder und Enkel (sieben Personen) fuhren nun auf Wunsch ihrer Mutter, die es sich zum 80. Geburtstag gewünscht hatte, in die Heimat.

Überrascht war die ganze Familie von der Freundlichkeit und Gastfreundschaft der heute in den Geburtshäusern der Eltern lebenden Polen. Die Schönheit der Landschaft, die unzähligen Alleen und die oft nach alten Bildern wieder aufgebauten Städte ließen das alte Feindbild schnell vergessen. Es wurden natürlich auch bekannte Orte, wie Wolfsschanze, Heilige Linde oder Nikolaiken besucht. Die Reise war viel zu kurz, um die Schönheit der Heimat Ostpreußen nachhaltig zu erleben. Es bleibt der Wunsch, das Land näher zu erkunden und kennenzulernen.

Ein weiterer Reisebericht von Frau Preukschas, die in ihre Heimat Stettin gereist war, erzählte von der Schönheit der Landschaft, von der allgemeinen Freundlichkeit der Polen und natürlich besonders von den vielen Denkmälern, die neu restauriert waren. Beeindruckt hat sie auch, wie schön das heutige Stettin sich darstellt. Bei Kaffee und Kuchen und dem gemeinsamen Singen unseres Ostpreußenliedes wurde der schöne Nachmittag beendet. Wir freuen uns auf unser nächstes Treffen am 16. Oktober. An diesem Tag feiern wir das Erntedankfest. *Erika Dietz*

Köln – Am Dienstag, dem 20. Oktober, trifft sich die Ostpreußenrunde zur monatlichen Versammlung um 14.30 Uhr im Bürgerzentrum Köln-Deutz, Tempelstraße 41–43. Das Lokal ist mit den Linien der KVB 3 & 4 von der Haltestelle Suevenstraße, und den Linien 1 & 7 von Deutzer Freiheit in wenigen Minuten zu erreichen.

Witten – Montag, 19. Oktober, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Klaviervortrag zum Thema „Eine muskalische Reise in das Land der Sehnsucht" .



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

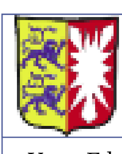
Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 17. Oktober, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Erntedankfest.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 23. Oktober, 15 Uhr, TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Die Vereinigten Landsmannschaften Flensburg haben am Freitag, dem 18. September, von 11.30 bis 16.30 Uhr einen harmonischen Gedenknachmittag verlebt.

Gesangseinlagen – besinnliche Lieder von Rico Endler, Theologie- und Musikstudent aus Harrislee – erfreuten die Gäste und Mitglieder. Die Wirtin des Flensburger Sportheims, Yvonne Heithecker, sowie ihre Mitarbeiter hatte uns hervorragend beköstigt. Während der kurzen Pausen konnten alle Anwesenden bei herrlichem Sonnenschein auf der Terrasse der Gaststätte den weiten Blick auf die Flensburger Förde und die Marineschule Mürwik genießen.

Zu den Prorammpunkten zählte die Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden, die Totenehrung, das Grußwort der Flensburger Stadtpräsidentin und ein Referat von Dieter Pust. Der Flensburger Historiker konnte an diesem Tag ein ganz besonderes Schriftstück präsentieren. Die Vereinigten Landsmannschaften haben zum 70. Gedenken an Flucht und Vertreibung eine Gedenkschrift zusammengestellt, die an das Erlebte und Geleistete erinnert. „Es soll zuerst ein Dank an die Vorfahren, die Großeltern, Eltern und Geschwister sein, die gerade auf der Flucht, während der Heimatvertreibung in diese sowie andere Regionen für ihre Familie um das Überleben gekämpft haben", erklärte auch Winfried Brandes, der Vorsitzende der Vereinigten Landsmannschaften.

Der Vorstand konnte Historiker und Sachverständige aus nah und fern für die Beiträge gewinnen. So schreibt der Fregattenkapitän a.D. Wolfgang Kanstorf zum Thema „April 1945, Rettung über die Ostsee". Der Frage, „Was sind Flüchtlinge und was sind Heimatvertriebne" geht Dieter Pust nach. Ebenso hat er nachgeforscht wie viele Flüchtlinge und Heimatvertriebene später zu wichtigen Persönlichkeiten in Flensburg und im Kreis Flensburg-Schleswig wurden. Insgesamt sind 18 Beiträge in der Gedenkschrift zu finden. Das Vorwort verfasste Flensburgs Stadtpräsidentin Swetlana Krätzschmar. Sie schreibt: „In Deutschland leben Millionen von Mitbürgern, die nach dem Zweiten Weltkrieg entweder selbst flüchten mussten, aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder Angehörige jener sind, die dieses Schicksal erlitten haben. Der Zweite Weltkrieg und die nationalsozialistische Vernichtungs- und Expansionspolitik haben in letzter Konsequenz zu Flucht und Vertreibung von Millionen von Deutschen geführt. Jeder vierte Deutsche hat einen persönlichen oder familiären Bezug zu Flüchtlingen und Heimatvertriebenen.

1948 hatte Flensburg 106 000 Einwohner. Davon waren 36 Prozent Flüchtlinge und Vertriebene aus Schlesien, Ostpreußen, Danzig, Westpreußen, Pommern, dem Sudetenland und vielen anderen Gebieten.

Hunderte Heimatvertriebene und Flüchtlinge hausten in Baracken. Hunger, mangelnde Privatsphäre und die Traumata des Krieges machten diese Baracken zu einem schrecklichen Ort.

Das Land reagierte und brachte ein Wohnungsbauprogramm auf den Weg, welches für Flensburg 600 Wohnungen für Flüchtlinge und Heimatvertriebene vorsah. Dies war die Stunde von Willi Sander, selbst Heimatvertriebener aus Niederschlesien. Nach seiner

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18



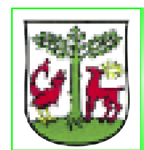
Erntetisch in Wiesbaden: In der Mitte die bestickte Decke einer Teilnehmerin aus den 30er Jahren Bild: privat



Nach der Wahl in Flensburg: Winfried Brandes, Birgit Hein und Edelgard Fischer (v.l.) Bild: privat

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Kreistreffen in Johanniterakademie der Patenstadt Münster

Wie in den vergangenen Jahren fand auch diesmal das Jahreshaupttreffen in der Johanniter-Akademie in Münster statt, und zwar am 3. und 4. Oktober 2015.

Das Treffen begann mit der Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft am Samstag um 15 Uhr mit dem Rechenschaftsbericht des Kreisvertreters und gemäß Satzung mit der Wahl des neuen Vorstands und des neuen Beirats. Gewählt wurde Manuela Begett als neue Kreisvertreterin (aus der ersten Nachkriegsgeneration). Wir danken dem bisherigen Kreisvertreter Manfred Ruhnau für seine unermüdliche und äußerst kreative Arbeit. Er wurde am Ende des Treffens zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Zum Gottesdienst am Sonntag um 8.30 Uhr waren wir wieder Gäste der nahen Heilig-Geist-Gemeinde. Gäste der katholischen Gemeinde waren auch wieder die evangelischen Braunsberger. Den Gottesdienst hielt Konsistorialrat Dr. Klaus Fischer.

In der Festlichen Stunde überbrachten Herr Leschniow und Frau Cecemko die Grußworte des Oberbürgermeisters Markus Lewe und in Vertretung von Frau Roswitha Möller Herr Jakobi die des Bundes der Vertriebenen.

Ratsherr Leschniow erinnerte in seinem Grußwort an die Übernahme der Patenschaft im Jahre 1954 und die Bedeutung der Heimatverbundenheit auch für die Gestaltung der Zukunft: „Wer keine Herkunft hat, hat keine Zukunft." Jerzy Butkiewicz von den „Freunden (des heutigen) Braunsbergs" stellte den Verein der Freunde Braunsbergs vor, dass es ihm nicht nur um eine wahrheitsgetreue Darstellung der Geschichte ging, sondern auch um eine Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft der Braunsberger im Hinblick auf die Zukunft. Der neuen Kreisvertreterin überreichte er als Geschenk der Braunsberger Bürgermeisterin eine Bernsteinnadel. Den Festvortrag hielt Dr. Jürgen Schmidt, ein ehemaliger Offizier der Volksarmee, über die Beziehungen Deutschland-Polen zwischen den beiden Kriegen. Diese Beziehungen waren eigentlich durchweg gespannt, weil beide Länder mit dem Ergebnis des Versailler Vertrags nicht einverstanden waren und so war ein neuer Krieg fast schon programmiert. Deutschland war mit den Grenzen nicht einverstanden, vor allem war ja Ostpreußen vom „Reich" abgeschnitten und dann war die Situation Danzigs als „Freie Stadt" unter der „Schirmherrschaft" Polens im Prinzip unerträglich. Und Polen wollte noch mehr als das, was es bekommen hatte. Der einzige Lichtblick in dieser Zeit war das Angebot Hitlers, man kann das wirklich so sagen, mit der Idee von exterritorialen Korridoren die Transitprobleme zu lösen, damit Deutschland eine unproblematische Verbindung nach Ostpreußen und Polen zur Ostsee hätte. Doch bekanntermaßen lehnte Polen ab, weil es Frankreich und England im Rükken hatte und es offensichtlich auf einen erneuten Waffengang ankommen ließ. Nicht zuletzt fühlt sich Polen ja auch sehr stark, bis 1933 gewiss auch mit einiger Berechtigung. Ja, was wäre geworden, wenn sich Deutschland und Polen hätten einigen können? Leider wäre es allerdings wohl auch so zu einem Krieg gekommen. Der Festredner zeigte die Problematik noch anhand von zwei Beispielen auf: Der „Anschlag" auf den polnischen Konsul in Allenstein 1924 und der „Grenzzwischenfall" Neuhöfen 1930.

Wie immer stiftete unsere Patenstadt Münster die Blumen und die Musik – und wieder wie im vergangenen Jahr mit dem kleinen Orchester Kollenberg, das die Festliche Stunde richtig liebevoll umrahmte.

Um 14 Uhr gab der Vorstand Auskunft über Vorhaben und weitere Arbeit der Kreisgemeinschaft Braunsberg e. V. Anschließend war geselliges Beisammensein bei Kaffee und Kuchen und Zeit für Gespräche. *Manuela Begett, Kreisvertreterin*

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

45. Gesamtheimattreffen am 14. November

Zu dem 46. Heimattreffen am Sonnabend, dem 14. November 2015, in der Zeit von 10 bis 15 Uhr, im Landhotel in Spornitz, nahe Parchim, laden wir alle Landsleute und daran Interessierte herzlich ein.

Wissenswertes über Ostpreußen vorgetragen sowie ein Film über die Heimat werden die Vergangenheit zur Gegenwart werden lassen, so dass der Landsmann und auch der Nichtostpreuße, hierdurch beeindruckt, gerne zu Nachfolgetreffen kommen werden.

Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die Bundesautobahn 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Bahn über den Eisenbahnknotenpunkt Ludwigslust erreicht werden.

Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden.

Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für Weitgereiste eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck unter der Telefonnummer (038726) 88460 vereinbart werden.

Auskunft erteilt Herr Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinkkman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon/AB/Fax: (03871) 226238, E-Mail: friedelhahn@hotmail.com.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

60. Hauptkreistreffen in Dortmund

Schlusswort, gesprochen von Sieglinde Falkenstein, Schriftführerin: Zum Ausklang der Feierstunde des diesjährigen, denkwürdigen Jubiläumstreffens darf ich das Schlusswort an Sie richten. Es gibt viel zu danken für das gute Gelingen des Treffens: Taisia Fischer begrüßte die Gäste mit Melodien auf dem Akkordeon und schuf dadurch – zusammen mit einem Mundharmonikaspieler – eine fröhliche Stimmung. Nun halte ich mich in der Abfolge an das Programm mit seinen einzelnen Punkten:

Mit dem Dank an unseren Kreisvertreter Herrn Dr. Manfred Solenski als Leiter des Treffens mit seiner Begrüßung und dem Jahresbericht möchte ich alle Aktiven der Kreisgemeinschaft Johannisburg einschließen, die in Vorbereitung und Durchführung viel eingebracht haben.

Die musikalische Begleitung der Feierstunde hat der Chor der Deutschen aus Russland unter Leitung von Herrn Boris Kuferstein übernommen. Schon viele Jahre halten Sie uns die Treue und verschönern unsere Feierstunde mit Ihren Darbietungen. Herr Gerhard Boesler, stellvertretender Kreisvertreter, hat mit der Andacht und der Totenehrung den besinnlichen Teil der Feierstunde übernommen und mit der Wahl des Bibelverses Psalm 33, Vers 12 „Wohl dem Volk, dessen Gott der Herr ist" Gedanken zu unserer heutigen geistig-seelischen Lage entwickelt.

Der Kreispräsident unseres Patenkreises Schleswig-Flensburg, Herr Ulrich Brüggemeier, hat es sich nicht nehmen lassen, zum heutigen 60. Hauptkreistreffen zu uns zu kommen und ein Grußwort zu sprechen. Seine Aussagen zum Leitwort des Treffens „Vertreibungen sind Unrecht – gestern wie heute" haben uns unter anderem durch eigene Erfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg sehr angesprochen.

Der Bürgermeister der Stadt Dortmund hob die Beständigkeit der Beziehung zwischen den Johannisburgern und der Stadt Dortmund hervor, die auch nach 60 Jahren noch anhält. Mit persönlichen Anmerkungen erläuterte er auch die gegenwärtige Lage der Stadt. Wir danken ihm für das Mutmachen. Herr Manfred Sauer konnte wegen anderer terminlicher Verpflichtungen nicht lange bleiben.

Dank gilt auch dem Service-Team des Goldsaals der Westfalenhalle, das den Ostpreußen zuliebe Königsberger Klopse in das Speisenangebot aufgenommen hat. Frau Goldapp erfreute uns mit ihrem Stand: Bernstein, Marzipan und Handarbeiten, Herr Arnold Krause bot besonders Werke von Ernst Wiechert und seinen Berufskollegen Sudermann, Miegel und Holz an.

Auf den Tischen lagen Zettel für unsere Sonderbuchabgabe aus. Zum Jubiläum wird eine Broschüre angeboten. – Das nächste Treffen findet am ersten Sonntag im September 2016 an gleicher Stelle statt.- Nach dem gemeinsamen Singen unseres Ostpreußenliedes und der dritten Strophe des Deutschlandliedes war die Feierstunde beendet. – Auf Wiedersehen!



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Festrede vom Mohrunger Heimatkreistreffen in Bad Nenndorf

Horst Sommerfeld. Festrede, gehalten auf dem Mohrunger Heimatkreistreffen am 20. September in Bad Nenndorf: „70 Jahre Flucht und Vertreibung"

Liebe Ostpreußische Landsleute, liebe Freunde unserer Kreisgemeinschaft Mohrungen! Liebe Gäste aus Polen!

Ich habe die schwere Aufgabe, über das Thema „70 Jahre Flucht und Vertreibung" aus unserer ehemaligen, geliebten Heimat Ostpreußen und der anderen, angrenzenden Ostgebiete des ehemaligen Deutschen Reiches zu sprechen. – Das ist nicht leicht, weil es mich selbst und Sie/Euch durch die Erinnerung an die furchtbaren Ereignisse im Januar 1945 und in der Zeit danach nur wieder traurig macht. – Wie aktuell ist das Thema Flucht und Vertreibung selbst doch jetzt wieder hier bei uns! Kein Tag vergeht ohne entsprechende Medienberichte über die Flüchtenden aus aller Welt, die bei uns Zuflucht suchen. Wenn nicht jetzt schon, so werden wir doch bald persönlich betroffen sein in irgendeiner Form! Das aber ist nicht mein Thema heute; ich spreche, ich erinnere an das, was wir selbst seinerzeit erlebt haben!

Viele von uns Vertriebenen, wie meine Eltern auch, haben es für mich merkwürdigerweise sehr bald vermieden in der Zeit nach 1945 oft und deutlich über die entsetzlichen Ereignisse zu sprechen, geschweige denn etwas aufzuschreiben, oder zu dokumentieren für uns, die unmittelbaren Nachkommen oder für ihre Enkel und Urenkel. Kaum jemand wollte wirklich gerne zuhören, wenn über unsere Verluste gesprochen wurde; das kam gar nicht gut an, dieses ewige Rühren in der leidigen Vergangenheit. Zu sehr waren wir Alle beschäftigt mit der Organisation der neuen Umstände in der neuen Umgebung, die doch erst zur neuen Heimat werden sollte. Wie kommen wir wieder hoch, wie können wir uns wieder eingliedern in die Gesellschaft hier im Westen Deutschlands. Trauern und Nachdenken waren nur hinderlich im Überlebenskampf! – Nach vorne sehen, wieder fleißig aufbauen, darum ging es in erster Linie. –

In unserer Kreisgemeinschaft liegt uns das Andenken an die fast vollständige, grausame Vertreibung aller deutschen Einwohner im Januar 1945 und in der Zeit danach speziell aus unserem Heimatkreis Mohrungen natürlich besonders am Herzen.

Kultur und Lebensart, Sitten und Gebräuche eines reichen, fruchtbaren Landes, den Fleiß und Erfolg, die Friedfertigkeit und den Gemeinsinn seiner Bewohner, unserer Vorfahren, so, wie wir sie erlebt und geliebt haben, wollen wir angemessen in Erinnerung behalten und soweit unsere Angehörigen noch unter uns sind, besprechen und uns erinnern und dankbar alles Gute und Schöne weitergeben in Wort und Schrift an unsere Kinder und Enkel. – Das ist, vorweg gesagt, unsere vornehmste Aufgabe; leider das Einzige, das wir, die noch lebende, alt gewordene Generation tun können und tun müssen. Andernfalls versinkt in absehbarer Zeit alle ehemalige, Ostpreußische Kultur in Vergessenheit.

Ich selbst bin ganz erschüttert darüber, immer wieder feststellen zu müssen, wie wenig bei meinen eigenen Rückfragen in der Generation der jetzt 30-jährigen, jungen Menschen ohne Angehörige aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, diese über Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten wissen. Im Schulunterricht werden diese entsetzlichen Ereignisse kaum erwähnt. Nur die traurigen Überbleibsel dieser unheilvollen Zeit in Form von Landbesitz-Verschiebungen und Landbesitz-Veränderungen der benachbarten Völker werden bewusst gemacht...

Ich denke an dieser Stelle an das, was ich selbst als Kind, zusammen mit meinen Eltern, so, wie auch die Meisten von Ihnen/Euch an Elend und Not in diesen Januar-Tagen und danach durchgemacht haben.

Ich denke an meine Großeltern Wagner, die sich von ihrem Hof in Royen, im Kreis Mohrungen, wie auch die meisten anderen Dorfbewohner als Landwirte mit einem Pferdegespann aufmachten, in der Hoffnung, in letzter Minute dem Einmarsch der russischen Soldaten in Richtung Westen zu entkommen. Sie waren noch nicht weit gekommen, wie man uns nachträglich berichtet, als beide wegen einer unbekannten Unliebsamkeit aus der Vergangenheit oder Gegenwart von polnischen Aufständischen im Straßengraben erschossen wurden. Mein Onkel Walter aus Groß-Hermenau wurde, wie man uns später berichtete, in der Nähe seines Hofes von polnischen Aktivisten an eine Hauswand gestellt und zusammen mit seiner Frau, meiner Tante Margret, die sich in ihrer Verzweiflung vor ihn stellte, erschossen.



Jetzt, wenn ich darüber nachdenke im Versuch, mit diesen schrecklichen Ereignissen in der Familie fertig zu werden, fällt mir eine, aus der griechischen Mythologie überlieferte Fabel ein, die wir als Kinder im Geschichts-Unterricht gelernt haben. Der eine oder andere unter Ihnen/Euch wird sich auch daran erinnern.

„Der römische Dichter Ovid beschreibt in seinen „Metamorphosen" den Besuch des Göttervaters Jupiter (Zeus) und seines Sohnes Merkur (Hermes) in einer Stadt in Phrygien. Die Einwohner gewähren den beiden Wanderern jedoch keinen Einlass. Allein Philemon und seine Frau Baucis, ein altes Ehepaar, das in einer ärmlichen Hütte am Stadtrand lebt, üben Gastfreundschaft, nehmen die beiden auf und bewirten sie mit allem, was sie haben. Erst durch einen Zufall erkennen sie die Götter und entschuldigen sich für das karge Mahl. Die Götter jedoch belohnen Philemon und Baucis für ihre Großzügigkeit und Gastfreundschaft, indem sie ihre Hütte in einen goldenen Tempel verwandeln und beide zu Priestern bestellen. Weiterhin gewähren sie dem Paar, das immer noch in tiefer Liebe verbunden ist, den Wunsch, sich nie trennen zu müssen, indem sie beide gleichzeitig sterben dürfen."

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 19

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 17. Oktober, 20.15 Uhr, 3sat: Tod eines Handlungsreisenden. TV-Drama USA/D 1985. Themenabend zum 100. Geburtstag von Arthur Miller.

Sonnabend, 17. Oktober, 23.40 Uhr, Das Erste: Mogadischu. TV-Dokudrama, D 2008.

Sonntag, 18. Oktober, 20.15 Uhr, Tagesschau 24: Trümmerleben. Besatzer und Besiegte. 21.02 Uhr: Täter und Opfer. 21.45 Uhr: Flüchtlinge und Vertriebene.

Sonntag, 18. Oktober, 21 Uhr, SWR/SR: Der geplatzte Traum von Europa. Saarabstimmung 1955. Doku.

Montag, 19. Oktober, 23.45 Uhr, Das Erste: Friedland. Als die Väter heimkamen.

Dienstag, 20. Oktober, 21.45 Uhr, ZDF Info: Aufgedeckt: Mysterien der Geschichte. Das Bernsteinzimmer.

Mittwoch, 21. Oktober, 23.30 Uhr, SWR/SR: Krieg der Lügen – Curveball und der Irak-Krieg, Doku, D 2015.

Donnerstag, 22. Oktober, 22.35 Uhr, MDR: Wir sind so gut! Die Deutschen und ihr Fleiß. Doku, D 2015.

Donnerstag, 22. Oktober, 23.45 Uhr, SWR/SR: Wie die D-Mark ins Saarland kam.

Freitag, 23. Oktober, 20.15 Uhr, Phoenix: Trümmerkinder. Nachkriegsjahre in Berlin.

Freitag, 23. Oktober, 21 Uhr, HR: Eine Reise durch das Memelland. Litauens Süden. Doku.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung von Seite 17

eigenen Flucht verschrieb er sich der aktiven Flüchtlingshilfe. Er nahm sein Schicksal selbst in die Hand und forderte auch viele andere Flüchtlinge dazu auf.

Der Selbsthilfe-Bauverein SBV entstand. Willi Sander erkannte die Standortvorteile Fruerlunds und ließ hier einen neuen Stadtteil entstehen. Fruerlund wuchs mit weiteren Förderprogrammen, vor allem den sogenannten Barackenräumprogrammen, weiter und wurde für die Flüchtlinge und Vertriebenen aus dem Osten zu einer neuen Heimat.

Das sogenannte Wirtschaftswunder war eigentlich gar kein richtiges Wunder, sondern das Ergebnis des Fleißes und der harten Arbeit von Menschen guten Willens und voller Tatkraft. Dieser Aufschwung in den 50er und 60er Jahren wäre nicht denkbar ohne die dynamischen Antriebskräfte, die gerade auch die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in unsere Stadt mitgebracht hatten.

Für Ihre Leistungen und Ihren Einsatz für unsere Stadt danke ich Ihnen ganz herzlich. Ich wünsche Ihnen noch viele Jahre bei bester Gesundheit und viel Freude im Kreise Ihrer Familien."

Die Gedenkschrift kann bei Winfried Brandes bestellt werden: Libellenring 30, 24955 Harrislee, Telefon (0461) 74816 E-Mail: w-brandes@versanet.de

Pinneberg – Sonntag, 18. Oktober, 12 Uhr: Film und Vortrag von Herrn Lehnert. Das Thema lautet „Rübezahl" – eine Sagengestalt aus dem Riesengebirge. Anschließend gemeinsames Essen. Weitere Informationen unter Telefon (04101) 62667.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

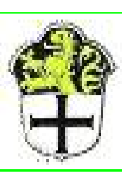
Diese Fabel hat mich schon damals im Unterricht tief berührt und ich versuche mich jetzt ein wenig zu trösten, wenn ich an den Sinn denke, der dieser Geschichte zugrunde liegt. Mit einem geliebten Partner gleichzeitig abtreten zu dürfen und nicht allein zu bleiben. Was ist das für eine Gnade!

Nun, was soll uns das Alles heute sagen? Was können wir überhaupt tun? Persönlich oder in unserer Kreisgemeinschaft? Welche Lehren ziehen wir aus allem Erleben?

Ich bin der Meinung, dass wir, die wir das alles hinter uns haben, jetzt und heute und morgen und in all der Zeit, die uns noch bleibt, diese Ereignisse aus unserer Vergangenheit unseren Nachkommen bewusst machen müssen. Wie das so war, als wir Flüchtlinge waren. Wie wir darauf angewiesen waren, aufgenommen zu werden von unseren eigenen Landsleuten hier im Westen. Was wir damals erlebt haben bei Zwangseinweisungen in deutsche Häuser. Wie sich das angefühlt hat, wie ich mich selbst erinnere; als unsere ganze Restfamilie; Mutter, Großmutter und zwei Kinder in einem Zimmer mit einem Bett nach der geglückten Flucht aus Ostpreußen in Holstein untergebracht wurden...

Lernen wir bitte aus unserer Geschichte und haben wir den Mut, anders zu reagieren wie die, die solches nicht am eigenen Leib erlebt haben. Vergessen wir wenigstens in dieser Stunde die Erlebnisse unserer Eltern nicht, ihren Kampf, ihren Mut und ihren Überlebenswillen; seien wir dankbar dafür, wie viel sie auch für uns gelitten und getan haben.

Bleiben wir, was wir sind und auch unsere Vorfahren waren, selbstbewusste, ehrliche, tapfere, leidensfähige und fleißige Ostpreußische Menschen!

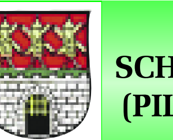


PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, Telefon (04231) 15589, Bürozeiten: dienstags von 13 bis 15 Uhr, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de.

Helfer für die Archivierung gesucht

Wer möchte bei der Archivierung helfen? Die Kreisgemeinschaft sucht dringend einen ehrenamtlichen Helfer für die Einarbeitung der Schriftstücke und anderen Archivalien, die in den letzten Jahren zum bisherigen Bestand des Kreisarchivs hinzugekommen sind. Das Archiv ist im Rahmen eines Computerprogramms in digitalisierter Form erstellt. Die Arbeit erfordert einen PC mit dem Betriebssystem von (mindestens) Windows 7. Der ideale Arbeitsplatz befindet sich in unserem Dienstzimmer in der Landkreisverwaltung Verden, wo ein solches Gerät steht. Die Tätigkeit ist jedoch auch an jedem anderen Ort mit entsprechender Ausrüstung denkbar. Für die notwendige Anleitung wird gesorgt. Vorkenntnisse sind nicht erforderlich. Die Tätigkeit ist – nach Einarbeitung – technisch einfach und bietet andererseits interessante Einblicke in die Geschichte und Landeskunde Ostpreußens. Interessenten-Meldungen oder Rückfragen bitte an Christine Bilke-Krause, Telefon (0172) 62 66 398, E-Mail: C.bilke-krause@gmx.net.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Herrliche Wochen in Otterndorf

Im Sommer 2015 hieß es mal wieder Willkommen zur Kinderfreizeit der Kreisgemeinschaft Schloßberg. Diese richtet jedes Jahr aufs Neue ein deutsch-russisches Ferienlager in Otterndorf aus. So durften zehn russische und neun deutsche Kinder vierzehn Tage lang mit drei Betreuern an der Elbe verbringen und viele neue und bleibende Eindrücke gewinnen. Auch die Geschichte kam natürlich nicht zu kurz und das Forschen in der immer noch allseits präsenten deutschen Geschichte machte einen Teil der Freizeit aus.

In der zweiten Woche fand die deutsch-russische Jugendbegegnung auch parallel in der JH Otterndorf statt. Einige Programmpunkte wurden zusammen durchgeführt.

Schon bald waren durch die vielen Unternehmungen Anfänge freundschaftlicher Verbindungen sichtbar. Trotz einiger Sprachbarrieren waren sowohl für die deutschen als auch für die russischen Kinder der Austausch und das in Kontakttreten mit einer anderen Nation sehr spannend und lehrreich. Aber dank der Hilfe einer russlanddeutschen Betreuerin wurden die meisten sprachlichen Hindernisse schnell aus dem Weg geräumt. Fleißig übersetzt wurden sowohl wichtige Informationen der Betreuer an die Teilnehmer als auch Dialoge zwischen den Kindern selbst. Tatsächlich bekamen nicht nur die russischen Kinder einen Einblick in die deutsche Kultur, auch die deutschen Teilnehmer wurden über das Herkunftsland ihrer Gäste ins Bild gesetzt.



Schüler in Otterndorf: Deutsch-russische Begegnung bei der Kreisgemeinschaft Schlossberg Bild: privat

Die Geschichtsbegeisterung vieler konnte man ebenfalls an unserem Besuch der Heimatstube der Kreisgemeinschaft Schloßberg erkennen. In einem Film und durch Erklärungen von Ausstellungsstücken, sowie Beantwortung von Fragen durch Frau Wiese wurde den Kindern Ostpreußen beziehungsweise der Kreis Schloßberg nähergebracht. Wie in jedem Jahr hatte Frau Wiese wieder viele Leckereien vorbereitet.

Aber natürlich sollte diese Freizeit in Otterndorf nicht nur Fragen über Ostpreußen und die deutsche Vergangenheit beantworten sondern auch das gegenwärtige Leben in Deutschland zeigen.

Sportliche, musikalische und entspannende Aktivitäten sollten die Kinder noch näher zusammenbringen und besonders den russischen Gästen aus dem Königsberger Gebiet eine unvergessliche Zeit mit vielen neuen Erfahrungen bescheren. Ob es nun Wasserski fahren in Neuhaus, das Baden in der Soletherme bzw. im Baggersee, Kanufahren auf der Medem, der Besuch der Spielscheune oder das Maislabyrinth war. Es gab viele Dinge, die den Kindern gut gefallen haben. Bei einer Stadtrally wurde die Stadt Otterndorf erkundet.

Etwas Besonderes war, gerade für die russischen Kinder, der Heidepark. Eine solch große Anzahl von Attraktionen hatten die Kinder aus dem Königsberger Gebiet noch nicht erlebt. Aber auch den deutschen Kindern hat dieser Besuch viel Freude bereitet. Bei der Fahrt durch das Ahlenfalkenberger Moor mit der Eisenbahn konnten die Teilnehmer ein Stück einzigartiger Naturlandschaft erleben.

Den krönenden Abschluss der Zeit bildete der Abschiedsnachmittag mit Eltern, Verwandten und Gästen. Die Einladungen für den Nachmittag haben die Teilnehmer zuvor selbst gestaltet und verschickt. Neben musikalischen Vorführungen gab es auch kleine Theaterstücke zu sehen. Begeisterung rief die Vorführung eines Tanzes der großen russischen Teilnehmer hervor. Dazu hatten sie sich sehr bunt verkleidet. Es gab auch eine Siegerehrung der Kinder für verschiedenste Talente, die während der Zeit zum Vorschein kamen. Der Höhepunkt des Nachmittags war das gemeinsame Vorführen des Liedes „We are the world". Den Abschluss dieses gemeinsam gestalteten Nachmittags bildete natürlich wieder das Ostpreußenlied. Danach fuhren schon die ersten deutschen Teilnehmer mit ihren Eltern wieder nach Hause.

Am Samstag war dann große Aufbruchsstimmung im Ferienlager und auch alle anderen traten die Heimreise an. Zwischen Tränen des Abschieds und lachenden Gesichtern sah man zufriedene Eltern, Teilnehmer und Betreuer.

Zu danken haben wir dem Patenkreis Harburg, der Kreisgemeinschaft Ebenrode und der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch für die Unterstützung.

Norbert Schattauer
Kreisjugendbetreuer

Eine Woche in Deutschland

Im August 2015 fuhr ich mit einer Jugendgruppe aus Lasdehnen [Krasnoznamensk]nach Deutschland. Unsere Gruppe war mehr als einen Tag unterwegs. Unser Ziel war die Jugendherberge in Otterndorf. Wir wurden vom Bahnhof in Bremerhaven abgeholt und anschließend bei Familie Schattauer in Wanna zu einem kleinen Imbiss in Empfang genommen, bevor es weiter nach Otterndorf ging. Ich bekam tiefe Eindrücke von der ungezwungenen und freundlichen Atmosphäre in dieser Familie.

Am späten Nachmittag kamen wir endlich in der Jugendherberge an. Wir machten uns mit Florian, David, Max, Lara und der deutschen Leiterin Anna bekannt. Zuerst war es nicht leicht einander zu verstehen. Aber wenn man den ganzen Tag die deutsche Sprache hört, versucht man auch Deutsch zu sprechen. Ich begann langsam mich mit den deutschen Teilnehmern besser zu verstehen; ohne Dolmetscherin. Die deutschen Jugendlichen waren freundlich und lustig. Vielen Dank möchte ich Anna sagen, deren Lächeln mich jeden Tag in Stimmung brachte. Einen besonderen Dank an David; er brachte mir das Tauchen bei.

Die deutsche Küche setzte mich in Verwunderung. In Russland sagt man:" Frühstücke wie ein König, esse zu Mittag wie ein Prinz und esse zu Abend wie ein Bettler". Dieses Sprichwort passt zu dem Muster der gesunden Lebenstätigkeit, die die meisten Deutschen bevorzugen. In Deutschland isst man viel zum Frühstück und wenig zum Abendbrot. Das finde ich toll.

Unvergesslich sind unsere Reisen in den Heidepark, nach Ham-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Kreuzworträtsel

römisches Kaiserhaus · Zeitmesser · Gebirgspflanze, Rhododendron · Bedeutung, Geltung · ungekochtes Obst, Gemüse · sittliche Gesinnung · Stadt im Sauerland (NRW) · Stromerzeuger am Fahrrad · musikalisches Werk · Fluss zum Rhein · Talent, Neigung · geöffnet, offen (ugs.) · schändlich, niederträchtig · Bruder Jakobs im A. T. · Heerführer im 30-Jährigen Krieg · Schreittanz · Kurort in Oberbayern · dt. Schriftsteller (Eugen) · Verzierung · ungebraucht · germanischer Stamm · altrömische Mondgöttin · kratzen, eingravieren · feierliches Gedicht · giftiges Halbmetall · Strichelung · Schafrasse · kleines Lasttier · sehr feucht · liebevolle Bezeichnung · Stockwerk · ein Signal geben, tuten · Schwertlilie · Gesuch, schriftliche Bitte · großer Beutel, Behälter aus Stoff · Gemüsepflanze · Herkunftsland, -ort · Bindewort: mit der Folge · Teilstrecke · Seegebiet zw. Jütland und Schweden · Stadt in der Schweiz · Schilf, Röhricht · Teil des Bruches (Mathematik) · Schienenstrang · Körperkraft · Soße zum Eintunken · adliger Krieger im Mittelalter · Aachener Gebäck · von niedriger Temperatur · verschieden · unnachgiebig, hart · Abwesenheitsnachweis · Kultbild der Ostkirche · feiner Spott · Bienenzucht · Freizeitbeschäftigung · Wandverkleidung aus Papier · Segelbaum · kleinstes Beiboot auf Schiffen · fließende Elektrizität · schott. Seeungeheuer · Roll- und Eiskunstlauffigur · schlechte Angewohnheit · hinterer Sitzraum im Pkw · Windjacke · uneben, hügelig · zauberisch, übernatürlich · Sportbegriff (Ballspiele) · Abkürzung für senior · Schutzdamm am Meer · Kopfbedeckung · Außenseiter (englisch) · ital. Geigenbauerfamilie · vulkan. Gesteinsschmelzfluss · Sandsturm in Nordafrika · männlicher Hühnervogel · Brauch, Sitte (lateinisch) · das Unsterbliche · Zucker-, Schokoladenüberzug · römischer Liebesgott · deutlich · Fremdwortteil: fern · Geliebte des Leander · humoristische Kurzszene · nordischer Hirsch · italienisches Weißbrot · Kfz-Zeichen Peine · Abk. für Langspielplatte · Tiermund · früher; lieber · Fest-, Tanzraum · Ansage auf Kontra (Skat) · mexikanische Hafenstadt · Kirchengalerie · Vernunft, Einsicht

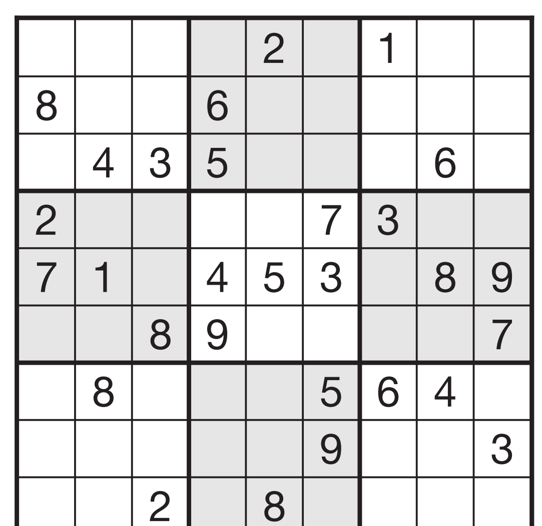
PAZ15_42

Sudoku

				2		1		
8			6					
	4	3	5				6	
2					7	3		
7	1		4	5	3		8	9
		8	9					7
	8				5	6	4	
					9			3
		2		8				

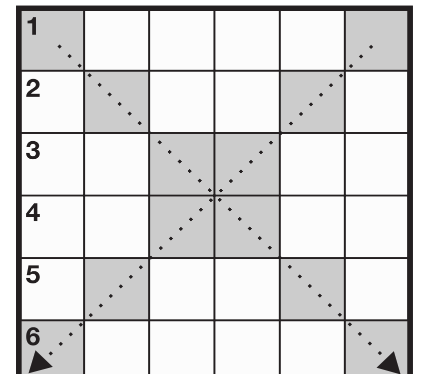
Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Kleidungsstücke.

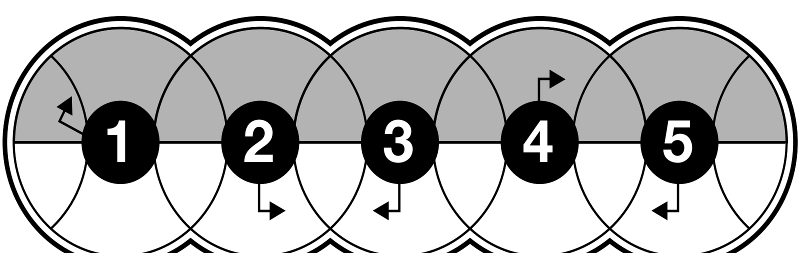
1 Insel in der Ostsee
2 arabisches Fürstentum
3 strecken, weiten
4 Kameraeinstellung
5 irgendeiner
6 fröhlich



Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen schweizerischen Schriftsteller.

1 Sandhügel (Mz.), **2** Unruhen, **3** Alarmgerät, **4** Gartenzierpflanze (Mz.), **5** sehr flache Servierschüssel



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Usedom, 2. Emirat, 3. dehnen, 4. Totale, 5. jemand, 6. lustig – Umhang, Mantel

Kreiskette: 1. Duenen, 2. Wirren, 3. Sirene, 4. Malven, 5. Platte – Duerrenmatt

Sudoku:

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

burg und Berlin. Ich sah viele Sehenswürdigkeiten und lernte die deutsche Kultur besser kennen. Ich habe früher gedacht, dass Deutschland ein schönes europäisches Land mit hohem Lebensniveau ist, jetzt kann ich es selbst bestätigen. Am meisten bewundere ich die Einwohner von Otterndorf und meine neuen Freunde. Freundliches Gespräch und offenherziges Lächeln traf ich auf Schritt und Tritt.

Ich bin glücklich, dass ich endlich Deutschland besuchen durfte und neue Freunde gefunden habe. Jetzt träume ich schon davon, dass im nächsten Sommer Florian, David, Max, Anna und Lara zu uns in das Königsberger Gebiet kommen. Es wäre super.

Meine besten Wünsche gehen an Herrn Norbert Schattauer, der solche Jugendtreffen organisiert und sehr viel dabei selbst macht.

Ich werde meinen Aufenthalt in Deutschland nicht vergessen.

Alexandra Wassiljewa aus Kussen [Wesnowo]

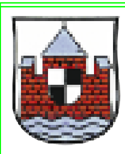


TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Berichtigung: Nachbarschaftstreffen in Gera

Leider hat sich bei der Ankündigung für das gleiche Treffen 2016 der Fehlerteufel eingeschlichen. Das Treffen findet nicht, wie es irrtümlicher Weise im Text hieß, in Gotha, sondern in Gera statt. Wir bitten, das Versehen zu entschuldigen.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Kommunalwahl in Tilsit

Bei den Kommunalwahlen am 13. September wurde in Tilsit ein neuer Stadtrat gewählt. Ihm gehören 21 Abgeordnete an, davon 14 von der Partei „Einiges Russland“, drei von der LDP und je zwei von der Kommunistischen Partei und von „Gerechtes Russland“. Die Abgeordneten wählten auf ihrer konstituierenden Sitzung zum neuen Stadtoberhaupt den bisherigen Amtsinhaber Nikolaj Woischtschew, der damit für die nächsten fünf Jahre seine zweite Amtsperiode antritt. Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat dem Oberbürgermeister zu seiner Wiederwahl gratuliert und sich für eine Fortsetzung und Vertiefung der bisherigen freundschaftlichen Zusammenarbeit ausgesprochen.



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Mitgliederversammlung und Hauptkreistreffen

Am Abend des 4. September traf sich die Kreisvertretung der Kreisgemeinschaft Wehlau e.V. zu ihrer letzten Sitzung. Sie war für die Mitglieder der Kreisgemeinschaft öffentlich. Elf Mitglieder nahmen zusätzlich an der Sitzung teil. Zunächst wurden die alljährlich üblichen Tagesordnungspunkte (Haushaltsbericht, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes) abgearbeitet. Im Anschluss hatten die Kreisvertreter und teilnehmenden Mitglieder Gelegenheit, über die vergangene und künftige Arbeit der Kreisgemeinschaft Fragen zu stellen und Anregungen zu geben. Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es eine rege Diskussion. Die in der neuen Satzung vorgesehenen Änderungen der Struktur der Kreisgemeinschaft (Abschaffung der Kreisvertretung und Übertragung der Aufgaben des obersten Beschluss- und Aufsichtsorgans auf die Mitgliederversammlung) fanden allgemeine Zustimmung. Als Anerkennung für die jahrelange Arbeit erhielten einige Mitglieder und Helfer der Kreisvertretung Ehrenurkunden und Ehrenmedaillen.



Sorgten für Unterhaltung: Robert Thorn und Adalbert Güldenstern Bild: privat

Die erste Mitgliederversammlung fand am Folgetag statt. Altersbedingt nahmen weniger als die Hälfte der Mitglieder an der Versammlung teil. Wie in der Satzung für diesen Fall bestimmt, wurde die Versammlung nach einer größeren Pause dann als beschlussfähiges Forum fortgesetzt. Die Versammlung wählte den neuen Vorstand. Wie in der Wahlordnung vorgesehen, wurde in geheimer Wahl gewählt. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitzender Gerd Gohlke, Stellvertreter des Vorsitzenden und Heimatbriefredakteur: Werner Schimkat, Schatzmeisterin: Ingrid Eigenbrod, Beisitzer: Uwe Koch und Helmut Fellbrich. Alle Vorstandsmitglieder wurden einstimmig gewählt.

Im Weiteren beriet und beschloss die Versammlung den Haushaltsplan für das Jahr 2016, wichtige Termine und einen Antrag des Vorsitzenden über den Umgang mit den vorhandenen Sammlungen von Erinnerungsstücken, Akten und Archivarien der Kreisgemeinschaft. Nach langer und teilweise kontroverser Diskussion stimmte die Versammlung geschlossen für den Vorschlag von Gerd Gohlke, den Kern der Sammlung im Patenkreis zu behalten, aber sämtliche relevante Institutionen zum Beispiel über ein Findbuch, eine Verbleibliste undsoweiter zu informieren. Allerdings müssen zur Realisierung in den nächsten zwei bis drei Jahren Fördermittel in Höhe von 5000 bis 8000 Euro generiert werden. Außerdem muss die Kreisgemeinschaft bereit sein, zirka zehn Prozent an Eigenmitteln und zirka 20 Prozent an ehrenamtlicher Arbeitsleistung aufzubringen.

Von Sonnabend, 5. September, 17 Uhr, bis Sonntag gegen 15 Uhr fanden sich die Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft zum Hauptkreistreffen im Gasthaus Vollmer zusammen. Der Abend entwickelte sich trotz Ausfalls des Shanty Chors aus Hoya zu einem gemütlichen anheimelnden Beisammensein mit ostpreußischem Flair. Ahnten die Anwesenden, dass dies eines der letzten Hauptkreistreffen sein wird? Spontan entstand ein unvergesslicher Abend. Andächtig sang man die alten Lieder gemeinsam mit musikalischer Begleitung von Robert Thorn. Adalbert Güldenstern erfreute die Anwesenden mehrmals mit Soloauftritten. Die Rezitationen vieler Teilnehmer zwischendurch blitzten auf wie kleine Feuerwerke und fanden viel Beifall.

Am Sonntagmorgen versammelten wir uns am „Wehlauer Stein“ auf dem Hof des Kreishauses in Syke zum Gedenken an die Vertreibung der deutschen Menschen des Kreises Wehlau. Wir erinnerten uns an erlittenes Unrecht und die erlebten Demütigungen. Joachim Rudat erinnerte an die ersten Gedenkveranstaltungen an dem Stein. Wird das alles vergessen, wenn wir nicht mehr sind?

Die Feierstunde im Gasthaus Vollmer bildete den abschließenden Höhepunkt des Kreistreffens. Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden sprach Uwe Koch die Totenehrung. Hubertus Hilgendorf bezeichnete in seinem Festvortrag die Teilnahme an solchen Treffen als Treue der Vertriebenen zu ihrer Heimat. Er formulierte die Aufgaben und Pflichten der Menschen mit ostpreußischen Wurzeln in der Landsmannschaft, den Kreisgemeinschaften, Landesverbänden und sonstigen Vertriebenenorganisationen und zeigte viele erfolgversprechende Ideen auf, die dem Inhalt nach der Charta der Vertriebenen entsprechen. Er forderte unter anderem auf zur Bewahrung des Zusammenhaltes, zur Zusammenarbeit mit anderen Vertriebenenorganisationen und zur Unterstützung der in der Heimat Verbliebenen mit dem Ziel der Bewahrung des kulturellen Erbes und des nationalen Gedächtnisses.

Mit viel Beifall wurde die Ernennung von Harry Schlisio und Hanna Comteße zu Ehrenmitgliedern der Kreisgemeinschaft aufgenommen. Beide haben jahrzehntelang in der Kreisvertretung aktiv in verschiedenen Funktionen gearbeitet. Harry Schlisio organisierte Treffen des Kirchspiels Goldbach und leistete durch seine Ortsplanarbeit einen hervorragenden Beitrag zur Pflege der Erinnerung an unseren Heimatkreis.

Als Überraschung hatte Gerd Gohlke einen Auftritt des kleinen schlesischen Chors der Kreisgruppe des BdV aus dem Patenkreis organisiert. Mit diesem Chor sangen wir gemeinsam die umgedichtete Niedersachsenhymne, woraus ich hier ein paar Zeilen wiedergeben möchte:

„Von dem Pregel an die Weser kamen nach dem Krieg wir her. Von der Heimat ausgewiesen, wie war da das Leben schwer! Niedersachsen bot uns Hilfe, Arbeit, neues Heim. Deshalb sagen wir von Herzen, wir woll'n dankbar sein.

Wehlau bleibt uns unvergessen, unser lieber Heimatort. Leben wir auch jetzt woanders, die Gedanken sind oft dort. Jetzt sind wir Niedersachsen sturmfest und erdverwachsen aber vom preußischen Stamm.“ Noch lange saßen die Teilnehmer in Gesprächen zusammen.

Helmut Fellbrich

Der »redliche Ostpreuße« 2016 ist da

Was ist Ostpreußen?, mag so mancher fragen, der sich noch nicht mit der Geschichte des Landes zwischen Weichsel und Memel beschäftigt hat.

Wissen über Ostpreußen – nicht nur für Nicht-Ostpreußen – vermittelt das unterhaltsame Kalenderbuch „Der redliche Ostpreuße“, dessen 67. Ausgabe erschienen ist. Es ist ein Heimatkalender, der gemäß dem Anspruch Gerhard Rautenbergs, der 1948 im ostfriesischen Leer seine Druckerei und Verlag neu gründete, sich „zu den guten und ostpreußischen Tugenden der Treue und Redlichkeit, der Gerechtigkeit und Vaterlandsliebe“ zu bekennen. So findet man in der neuen Ausgabe des „Redlichen Ostpreußen“ wieder eine gut getroffene Auswahl an Geschichten, Gedichten, Bildern und Porträts großer ostpreußischer Persönlichkeiten wie die Philosophen Kant, Herder und Hamann, die Maler Lovis Corinth und Michael Willmann, aber auch Dichter wie Agnes Miegel, Frieda Jung oder Alfred Brust kommen zu Wort.

Große Ereignisse werfen ihre Schatten voraus: Herausgeberin Silke Osman widmet ein Kapitel Ruth Geede zum 100. Geburtstag. Sie ist den *PAZ*-Lesern als Mutter der „Ostpreußischen Familie“ bekannt. Vielen ist Ruth Geede auch bekannt als Autorin zahlreicher Bücher und Artikel. Sie ist „eine Frau, für die Ostpreußen nicht nur ein Wort, sondern Lebensinhalt ist“. Neben der Erinnerung an dieses aktuelle Ereignis wird auch die an die reiche Geschichte Ostpreußens dem Leser Freude bereiten. *MRK*

***„Der redliche Ostpreuße“.** Ein Kalenderbuch für 2016. Hrsg. Silke Osman, 67. Jahrgang, Rautenberg Verlag 2015, 142 Seiten, geb., 9,95 Euro*

Die unsichtbare Grenze

Vechta boomt, Zittau schwächelt – Wie sich zwei Städte in der bundesdeutschen Provinz von Ost und West anders entwickeln

Während sich nach 25 Jahren deutscher Einheit die Lebensqualität der Großstädte in Ost und West langsam angleichen, sieht es in der Provinz noch ganz anders aus. Ein Vergleich von Vechta im Westen und Zittau im Osten.

Das niedersächsische Vechta liegt seit Jahren oft zusammen mit dem benachbarten Cloppenburg in vielen deutschen Bewertungslisten an der Spitze: Es gibt die meisten Geburten in Deutschland, die meisten Mercedes-Limousinen nördlich des Mains, und die Wohnungspreise sind so hoch wie in Hamburg. Seit Jahren gewinnt Vechta an Einwohnern, seit 1990 um etwa 35 Prozent, Wohnraum ist für die etwa 35000 Menschen längst knapp.

Bekannt ist die im Oldenburger Münsterland gelegene Stadt als Zentrum der Schweine- und Hühnerzucht. Einst waren das ärmliche Wirtschaftszweige, die Tierhalter kaum aus der Armut brachten, aber dank findiger und manchmal recht skrupelloser Unternehmer bildet die Tierzucht heute die wirtschaftliche Basis der Region. Daneben hat sich dort einer der größten Hersteller von Ställen und auch ein Produzent von Tierarzneien angesiedelt.

Neben den Betrieben der Lebensmittelindustrie kann Vechta eine stark wachsende Universität vorweisen, die aus einer katholisch orientierten pädagogischen Hochschule hervorgegangen ist.

Ob Vechta hingegen als Stadt sehenswert ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die bedeutenden historischen Bauten sind fast an einer Hand abzuzählen, der wichtigste und interessante Bau ist ein Kloster direkt in der Innenstadt, das heute ausgerechnet als Justizvollzugsanstalt für Frauen dient.

Das sächsische Zittau, im Dreiländereck zu Schlesien und Böhmen gelegen, ist ähnlich groß wie Vechta, verliert aber anders als die niedersächsische Stadt beständig Einwohner. Lebten zur Wende noch fast 40000 Menschen in Zittau, sind es heute kaum noch 26000 – Tendenz weiter abnehmend. Immerhin zieht die Hochschule Zittau/Görlitz junge Menschen in die Stadt. Und auch das Fraunhofer-Institut hat gerade mit einem Neubau begonnen und wird neue Arbeitsplätze schaffen. Das Unternehmen „fit“ gehört zu den wenigen mitteldeutschen Industriebetrieben, die 1990 erfolgreich die Wende geschafft und sich auch am Markt behauptet haben – inzwischen nicht nur mit „fit“-Spülmittel, sondern auch mit Waschmitteln wie „Sanso“ und „Sunil“.

Anders als Vechta ist Zittau überreich an historischen Bauten. Nahezu die gesamte Altstadt steht unter Denkmalschutz. Auch in den Vorstädten reihen sich sehenswerte historische Bauten,

Vechta profitiert von der Nachbarschaft zu Holland, Zittau nicht von seiner zu Tschechien

oft sind sie leider stark heruntergekommen und trotz 25 Jahren deutscher Einheit immer noch dringend sanierungsbedürftig.

Um Vechta muss man sich keine Sorgen machen. Der Boom der Stadt scheint kaum aufzuhalten zu sein, alle verfügbare Brachflächen und Hintergrundstücke werden bebaut, ältere Wohnhäuser werden abgerissen und durch Mehrfamilienhäuser ersetzt.

In Zittau wäre man froh über die halbe Dynamik. In der stagnierenden Stadt lassen sich renovierungsbedürftige Mehrfamilienhäuser für wenige tausend Euro erwerben. Dabei bietet Zittau eigentlich ein ideales Umfeld: Von dort ist man schnell in Dresden, Prag oder Breslau. Gerade für eine wissenschaftliche Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg würde sich die Stadt anbieten. Das Wohnen hier ist preiswerter als in fast jeder anderen deutschen Stadt. Hinzu kommt die landschaftliche Schönheit der Umgebung. Während Vechta flaches Land und einige eintönige Moore zu bieten hat, die für Kenner trotzdem sehenswert sind, so gelangt man von Zittau in nur wenigen Minuten ins Zittauer Gebirge mit den sehenswerten Bergorten Oybin und Jonsdorf.

Einer der Hauptgründe für die diametral verlaufende Entwicklung von Vechta und Zittau ist die unterschiedliche Wahrnehmung der Grenzen. Vechta ist eng in die globale Wirtschaft eingebunden, der Austausch mit Nord- und Süddeutschland funktioniert genau so gut wie die Vernetzung mit den nahen Niederlanden. Dass der eigentlich holländische Stallanlagenhersteller „Bug Dutchman“ seinen Hauptsitz nach Vechta verlegt hat, ist ein deutliches Zeichen, das die Geschäfte grenzüberschreitend laufen – ohne jedes Hindernis.

Zittau hingegen leidet noch immer unter der Randlage zu den Nachbarstaaten. Die Grenzen nach Tschechien und Polen besitzen trotz der Abschaffung der Kontrollen im Rahmen des Schengen-Abkommens eine heimliche Macht, die Verkehre behindert. Deutsche aus Zittau bleiben in Deutschland. Statt die Chancen der Nachbarschaft zu nutzen, hegen viele von ihnen seit DDR-Zeiten böse Vorbehalte gegen die Nachbarn. Aus Polen und Tschechien kämen vor allem die Diebe, heißt es.

Das Zittauer Potenzial – eine Dreiländerstadt wie Basel oder Freiburg im Breisgau zu sein – wird bisher überwiegend als ein Problem wahrgenommen. Der Erfolg der nur 25 Kilometer entfernten tschechischen Stadt Reichenberg [Liberec] mit gut 100000 Einwohnern und die über Reichenberg enge Anbindung an Prag, das in nur 1,5 Stunden Fahrtzeit zu erreichen ist, strahlen nicht auf Zittau aus.

Außerdem sorgt ein politischer Aspekt dafür, dass die Stadt an Attraktivität eingebüßt hat. In der Grenzregion gibt es eine verhältnismäßig große aktive rechte Szene, welche sich für die die Chancen und Potenziale der Stadt als wenig hilfreich erweist.

Und so dürfte sich auch in Zukunft wenig an den unterschiedlichen Perspektiven der Städte ändern: Während das gut vernetzte Vechta weiter wachsen wird, droht Zittau ganz den Anschluss zu verlieren. Nur ein Straßenbau macht Hoffnung. Die Bundesstraße „178 neu“ wird von der A4 als Schnellstraße über Zittau bis nach Reichenberg geführt und kann einst vielleicht allein durch ihre Existenz das Zusammenwachsen der Regionen begünstigen. Allerdings sind bislang nur Teilstücke fertig – der weitere Ausbau erfolgt mit der gewohnt deutschen Gründlichkeit überaus langsam. *Nils Aschenbeck*





Wo das Leben tobt und wo nicht: Festumzug beim Stoppelmarkt in Vechta (links). Auf Zittaus Marktplatz (rechts mit Rathaus und dem Marsbrunnen) herrscht meist gähnende Leere Bilder: pa, wikipedia

Imbiss auf Schienen

Für den Hunger zwischen den Stationen – Der Straßenbahn-Bistro

Die Rheinbahn AG betreibt den öffentlichen Personennahverkehr in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf sowie in Meerbusch als auch in weiten Teilen des Kreises Mettmann. Das Unternehmen gibt es seit dem Jahre 1876.



Die Straßenbahn mit Speisewagen Bild: Rheinbahn

Die erste elektrische Schnellbahn Europas gibt es seit dem Jahre 1898. Sie ging damals zwischen Düsseldorf und Krefeld an den Start. Die Straßenbahn (sie galt damals rechtlich noch als Eisenbahn) hatte noch Stationen mit einem Bahnwärterhaus, Signalen und Schranken – die Häuschen sind heute teilweise noch als kleine Gaststätten erhalten.

Im Jahre 1924 führte die Rheinbahn dann eine Neuheit ein: Auf der damaligen Linie A, die heute noch als „K-Bahn“ bekannt ist, führte sie Speisewagen ein. Dieses Angebot war so außergewöhnlich, dass die Rheinbahn nach eigenen Angaben bis in die 1990er Jahre hinein die einzige Straßenbahngesellschaft der Welt war, die einen Speisewagen hatte. Betrieben wurde dieses Angebot vom „Breidenbacher Hotel“. Später übernahmen einige Angestellte des Hotels selbst die Bewirtschaftung des Speisewagens.

Nach den Wirren des Zweiten Weltkrieges wurde das Angebot erst 1948 wieder aufgenommen. Der Betreiber stellte das Angebot 1963 auf der Krefelder Strecke wegen mangelnder Rentabilität ein. Als die K-Bahn dann zur U 76 wurde, nahm das neue „Rheinbahn-Bistro“ seinen Betrieb am 1. April 1989 auf.

Doch auch dieses Angebot sollte nicht von Dauer sein: Es stellte seinen Betrieb am 23. Dezember 2014 ein. „Es hat sich wohl nicht rentiert“, sagt Heike Schuster von der Pressestelle der Rheinbahn, „der alte Pächter wollte unseren Informationen zufolge den Mindestlohn nicht zahlen.“ Die Rheinbahn ist Schuster zufolge momentan auf der Suche nach einem neuen Pächter. „Es wäre schön, wenn wir zum 100-jährigen Bestehen des Angebots auch wieder einen regelmäßigen Speisewagen-Betrieb hätten“, sagt sie.

Die sogenannte D-Bahn ist die heutige Linie U 79. Seit wann es dort ein Speisewagen-Angebot gibt, ist in den Annalen nicht genau verzeichnet. So soll es schon im Jahre 1936 ein erstes solches Angebot gegeben haben, jedoch schon nach kurzer Zeit wegen mangelnder Rentabilität wieder eingestellt worden sein. Gesichert ist jedoch, dass in der Zeit von 1949 bis 1989 regelmäßig Speisewagen zwischen Duisburg und Düsseldorf verkehrten. Auf dieser Strecke wird es wohl in Zukunft keine Gastronomie geben; es sind zumindest keine dementsprechenden Planungen bekannt. *Andreas Rüdig*

Herbstliche Ernte

Die Walnuss benötigt lange, bis sie reif ist

Die Walnuss, die auf keiner Weihnachtsschale fehlen darf, wird jetzt im Herbst geerntet. Im Oktober platzt die Hüllenfrucht auf, und ihr Inhalt fällt zu Boden. Die Heimat der Walnussbäume war ursprünglich das Mittelmeergebiet, Vorder- und Mittelasien. Die antiken Römer lernten die Bäume durch die Griechen kennen. Sie schätzten die Nüsse so sehr, dass sie sie nach ihrem höchsten Gott Jupiter als königliche Jupiternuss, „Iovis glans“ benannten. „Juglans“ ist heute auch die wissenschaftliche Bezeichnung der Bäume.

Die Römer waren es auch, welche die Bäume in die von ihnen eroberten Länder einführten. Über Gallien kamen die Bäume nach Mitteleuropa. Die Germanen nannten die Bewohner Galliens damals auch Walche. Als Walche Nuss benannt, kam der Baum zu uns. Daraus entwickelte sich der heute gebräuchliche deutsche Name Walnuss.

Die Nüsse sind nicht nur schmackhaft und sehr gesund, weil sie viele Vitamine enthalten, sondern auch die Tiere lieben sie. Besonders für die Eichhörnchen sind sie ein Festmahl. Sie sammeln und vergraben diese an unterschiedlichen Stellen. Es kommt häufig vor, dass die Tiere ihre Verstecke vergessen. An den Orten keimen dann die Kerne und es wachsen neue Nussbäume. Große Vögel schätzen die Nüsse ebenso. Um an den Kern zu gelangen, lassen sie diese aus der Höhe auf einen harten Untergrund fallen, so dass sie zerbersten.

Besitzt man so einen Baum, kann man sich glücklich schätzen. Denn man kann im Jahr über 100 Kilogramm Nüsse ernten. Außerdem verströmen seine Blätter einen Duft, der Mücken und Fliegen fernhält. Das Holz der Bäume wird gerne wegen seiner Schönheit für den Bau wertvoller Möbel und Musikinstrumente verwendet. Die Deutschen ernten pro Jahr etwa 1,5 Millionen Tonnen Nüsse. Aber zwei Drittel der Weltproduktion kommen aus Nordamerika, das meiste dabei aus Kalifornien. *Silvia Friedrich*

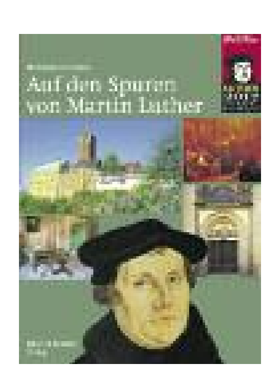
Der Tag zum Strick am Hals

Am 18. Oktober feiern wir den Welttag der Krawatte – dank den Kroaten. Denn sie brachten die Krawatte in die Modewelt. Als kroatische Soldaten im 17. Jahrhundert an einer Parade für den französischen König Ludwig XIV. teilnahmen, fanden ihre Krawatten bei König und Adel in Versailles große Beachtung und wurden als modisches Accessoire übernommen. Von diesem Tag an gewann die Krawatte, die auf den französischen Ausdruck „la cravate“ – nach „kroatischer Art“ – zurückgeht, immer mehr an Popularität und wurde zum Symbol für einen kultivierten modischen Stil. Bei einer Reise nach Kroatien sollte man sich nicht die Chance entgehen lassen, eine der berühmten handgemachten kroatischen Krawatten einzukaufen. Neben der Erfindung der Krawatte gibt es noch andere Dinge des Alltagslebens, die von kroatischen Tüftlern entwickelt wurden wie der Fallschirm oder der Tacho. *PAZ*



Bild: Marko Vrdoljak

Nach „kroatischer Art“



Im Reich der Legenden

Der wahre Martin Luther

2017 werden die Protestanten nicht nur 500 Jahre Reformation feiern. Spätestens dann wird das Luther-Buch des Hamburger Lokalredakteurs Matthias Gretzschel den Erfolg haben, der ihm gebührt: Ein kundiger, geistvoll formulierter Text, auf jeder Seite farbig illustriert und mitunter in witziger Dramaturgie gipfelnd.

Beim Leser regen sich Assoziationen: Im „Faust“ singt Mephisto im Leipziger „Auerbachs Keller“ das Spottlied von der fetten Ratte, die „sich ein Ränzlein angemäst' / als wie der Doktor Luther“. Luther selber wagte 1546 die pessimistische Prognose, er werde bald „den Maden einen feisten Doktor zu fressen geben“.

Luthers Leben und Wirken gehören zur Allgemeinbildung, aber was Gretzschel aus Briefen, Akten und Zeugnissen zutage fördert, fügt sich oft überraschend zusammen. Da feierte die SED 1983 pompös Luthers 500. Geburtstag, wobei Honecker den Vorsitz im „Staatlichen Lutherkomitee“ innehatte. Dieselbe SED ließ 1968 die vom Krieg verschonte Leipziger Universitätskirche sprengen, in der Luther noch kurz vor seinem Tod eine letzte Predigt hielt. Diese Kulturschande blieb den Menschen in Erinnerung, nicht Honeckers Phrasen zu Luther im „progressiven Kulturerbe“.

Thüringer Straßen haben ihn geheilt

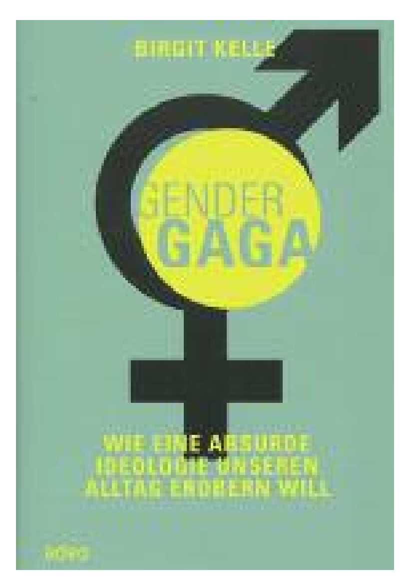
Gretzschel demontiert genüsslich Liebgewordenes. Luthers tapfere Aussage „Hier stehe ich. Ich kann nichts anders“? Eine Legende! Luthers zölibatäres Leben? Ach was, wo „ich doch als Liebhaber berüchtigt bin“. Luther 1522 auf der Wartburg als gelassener Übersetzer des Neuen Testaments? „Ich leide an furchtbar hartem Stuhlgang.“ Luthers Qualen mit Blasensteinen? Thüringer Holperstraßen „retteten dem Reformator das Leben“, weil die Steine „von selber abgingen“.

In der Wartburger „Lutherstube“, die es nie gab, obwohl Luther als „Junker Jörg“ dort 1521 Asyl fand, haben Generationen Besucher Putzstücke mitgehen lassen, Abdruck von Luthers angeblichem Tintenfasswurf nach dem Satan an der Wand. Dabei hatten sie nur des Reformators stolzes Bekenntnis missverstanden, er habe „den Teufel mit Tinte vertrieben“, also schreibend.

Eine Sammlung von Luther-Anekdoten ist Gretzschels Buch beileibe nicht, doch ein liebevoller Wegweiser durch alle Stationen eines begnadeten Lebens, summarisch bewertet und einzeln in Wort und Bild vorgestellt: Geboren 1483 in Eisleben, Schulbesuch im „Pfaffennest“ Eisenach, Student in Erfurt, dort 1505 Eintritt ins Kloster, 1512 Promotion und Professur in Wittenberg, dort am 31. Oktober 1517 Anschlag (oder „Verschickung“?) seiner 95 Thesen, die sofort ein Bestseller wurden, Disputationen und Konflikte um „Ablasshandel“, Bannandrohungen und Widerspruch, Bibelübersetzung und Schriften, die das Fundament der Reformation bildeten, als „Gebannter“ 1520 auf dem Reichstag zu Worms (was seine Freunde fragen ließ, ob er denn verrückt geworden sei), 1525 Heirat mit Katharina von Bora, 1530 Augsburger Bekenntnis als Krönung der Reformation und was der „sprichwörtlich arbeitswütige“ und furchtlose Luther weiter wagte, bis er am 18. Februar 1546 in Eisleben starb.

Am Turm der Wittenberger Schlosskirche prangt bis heute Luthers „Ein feste Burg ist unser Gott“, laut Heinrich Heine „die Marseillaise der Reformation“. Wir Deutsche verdanken Luther unendlich viel, nicht zuletzt unsere deutsche Hochsprache. Das würdigte auch die Unesco, als sie 1996 die wichtigsten Lutherstätten ins Weltkulturerbe aufnahm. *Wolf Oschlies*

***Matthias Gretzschel: „Auf den Spuren von Martin Luther“**, Ellert & Richter, Hamburg 2015, Hardcover, 160 Seiten, 14,95 Euro*



Achtung Sprachpolizei!

Wie wir langsam verblöden – Der ganz alltägliche Gender-Wahn

Das Thema „Gender“ begleitet uns als Dauerthema in den Medien und im Alltag. Kaum jemand interessiert sich dafür, dennoch beschäftigt sich immer irgendjemand irgendwo mit der angeblichen Geschlechterungerechtigkeit, also mit Gender. Offiziell lautet das Ziel von Gender: Geschlechterungerechtigkeiten beseitigen. Diese Leitlinie betrifft längst nicht mehr nur Frauen und Männer, sondern auch Hetero- und Homosexuelle und, im Sinne von „alles ist möglich“, also jeden, der sich durch seine soziale Geschlechterrolle irgendwie anders definiert.

Einzelne widerborstige Autoren haben sich bisher schon „populistisch“ in die Bresche geworfen, um gegen den „Gender-Wahn“ vom Leder zu ziehen. Den jüngsten Vorstoß unternahm die durch TV-Auftritte bekannte Kolumnistin Birgit Kelle mit ihrem amüsanten und informativen Buch „Gender-Gaga“.

Die 1975 in Heltau/Siebenbürgen geborene Kelle weiß, was sie tut. Sie ist als Fachfrau ausgewiesen dank ihrer Positionen als Vorsitzende des Vereins „Frau 2000-plus“ sowie als Vorstandsmitglied des EU-Dachverbands „New Woman for Europe“. Für sie ist die ganze Gender-Branche mit ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Homophobie sowie ihrer Fokussierung auf die vermeintliche Opferrolle der Frau wider jegliche Vernunft. Außer einer ständigen Beeinflussung der Massen sind völlig überflüssige, teils grotesk anmutende sprachliche Änderungen das Ergebnis.

Da Gender von langer Hand zur Leitlinie der westlichen Gesellschaft erhoben wurde, fanden die jeweiligen Neuerungen hauptsächlich Eingang in Broschüren staatlicher Institutionen. So gibt es seit Sommer 2013 nur noch „Professorinnen“ an der Universität Leipzig – offenbar, um ein Zeichen zu setzen, indem nun einmal die Männer sprachlich unsichtbar werden. Geschlechtergerechtigkeit ist das zwar nicht, aber in solch einem Fall schaut ja kaum einer hin.

Ein stattlicher Katalog mit vielen weiteren Beispielen aus Deutschland, der Schweiz und Österreich dient der wortgewandten Autorin als Steilvorlage für beißenden Witz, um den „Gender-Wahn“ anhand dieser „Wundertüte an Maßnahmen, Programmen, Forschungen, Studien, Projekten und Stuhlkreisen“ an den Pranger zu stellen. Aufzuhalten sei die Sache nicht, da „Gender Mainstreaming“ über uns gekommen sei, um zu bleiben. Da muss man ihr leider schon wieder recht geben.

Was vor ein paar Jahrzehnten, verpackt in einer Fachsprache mit wissenschaftlichem Klang, mit „Frauenförderung“ und „Gleichstellung“ in Gang gesetzt wurde, formierte sich „ohne gesellschaftliche Diskussion und Legitimation, ohne Parlamentsbeschluss“ zur politischen Handlungsmaxime. Vor allem in Berlin geht es gendermäßig hoch her, spottet Kelle und zieht einen Fall von Real-Satire nach dem anderen aus ihrem Zettelkasten mit verquasten Ideen aus der Gender-Küche, deren Umsetzung durchgewinkt wurde.

Der Quatsch kostet etliche Steuergelder

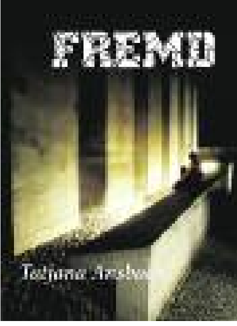
Worte wie „Studierx“, „Computa“, „m@n“ sowie wahllos verteilte Sternchen und Unterstriche zeugen davon, dass die „AutorInnen“ einer Broschüre der Humboldt-Universität den „gendersensiblen Sprach-Olymp“ erklommen haben. „Queer“ (einer dieser überspannten Gender-Begriffe) ist denn auch der Titel der Broschüre: „Antidiskriminierendes Sprachhandeln“.

Auch in der Schweiz hat man die Zeichen der Zeit erkannt. So können sich in Bern zwei gleichgeschlechtliche Erziehungsberechtigte in amtlichen Formularen als „Elter 1“ und „Elter 2“ eintragen. Nicht weiter verwunderlich, legte man doch in der Schweiz schon immer Wert auf Neutralität, stichelt die Autorin.

Und wir zahlen alle mit. Wer hat sich schon einmal über den Kostenfaktor durch Gender Gedanken gemacht? Die Autorin wird nicht müde, ihrem Ärger über die Geldverschwendung durch Gender-Budgets Luft zu machen. Allein durch zahllose Gleichstellungsbeauftragte bei Kirchen, Unternehmen und Ämtern, von oberster politischer Ebene herabgerechnet, werden etliche Steuergelder verschleudert: „Die ganze Gender-Industrie mit Tausenden Beschäftigten lebt mit Lehrstühlen, Instituten und Beauftragten davon, uns alle zu politisch korrekten, geschlechtssensiblen Mitbürgern zu erziehen. Es muss unserem Land wirklich großartig gehen, wenn wir die Zeit und das Geld haben, uns mit einer derartigen Verve in Luxusdebatten zu stürzen. Und es gibt ja auch noch so viel zu tun, um alle vermeintlichen Geschlechts-Diskriminierungen aufzuspüren.“

Man könnte meinen, es sei schwierig, mit dem Thema ein Buch zu füllen, doch dem ist nicht so. Betroffen ist ja das ganze öffentliche Leben. Erfreulicherweise finden sich durchgehend Quellenbelege für all die Absurditäten. *D. Jestrzemski*

***Birgit Kelle: „Gender-Gaga. Wie eine absurde Ideologie unseren Alltag verändert“**, Adeo Verlag, Asslar 2015, gebunden, 188 Seiten, 17,99 Euro*



Das Leben schwer gemacht

Voll aktuell – Berliner Anwältin über Praxiserfahrungen mit Flüchtlingen

Man könnte meinen, das Buch „Fremd“ sei gerade erst geschrieben worden angesichts der beinahe unüberschaubaren Flüchtlingsmassen, die jeden Tag nach Europa drängen. Doch die Edition Märkische LebensArt hat das Werk der Autorin Tatjana Ansbach bereits Anfang dieses Jahres herausgebracht. Die Berliner Anwältin beschäftigt sich schon lange mit den Themen Flucht, Asyl und Migration. Was wissen wir eigentlich von den Schicksalen, die dahinter stehen?

Ihre langjährige Arbeit mit Flüchtlingen führte die Autorin dazu, uns Einzelschicksale vorzustellen und uns die Menschen sowie ihre unfassbare Not deutlich zu machen, weshalb sie ihre Heimat verlassen mussten. Und vor welche Probleme sie hier gestellt sind. „Ich erlebte, wie schwer Ausländern, besonders wenn sie als Flüchtlinge kommen, das Leben gemacht wird“, sagt Ansbach im Nachwort.

Die Autorin war von 1998 bis 2013 Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Ausländer- und Asylrecht. Sie kennt sich aus auf dem Gebiet des Völkerrechts, hat sie doch zu diesem Thema promoviert und gelehrt. Sie spricht aus genauer Kenntnis der Materie zum Thema Flüchtlingsproblematik. Ihre langjährige Erfahrung in der Migrationsberatung inspirierte sie dazu, dem Leser einige Menschen und ihre Geschichten vorzustellen. Denn nur anhand von Einzelbeispielen sei es möglich, die Problematiken zu erfassen.

Um die Anonymität der Mandanten zu schützen, hat sie das Erlebte in Erzählungen verpackt. Jeder Geschichte liegt ein tatsächlicher Fall aus ihrer Praxis zugrunde. Ergänzt werden die Berichte mit aufschlussreichen Nachbemerkungen der politischen und juristischen Hintergründe: Ob man nun dafür ist, dass wir „Willkommenskultur“ betreiben, oder doch eher von Angst im Nacken gepackt werden, wenn so viele Flüchtlinge bei uns eine neue Bleibe suchen. Sich einmal mit einzelnen Lebensläufen der Suchenden auseinanderzusetzen, kann nur förderlich sein für Toleranz, Verständnis und Menschlichkeit.

„Es ist kein leichter Schritt, das Zuhause, die Familie, die vertraute Umgebung und Sprache aufzugeben, um dann häufig festzustellen, dass man nicht willkommen ist“, schreibt Pater Frido Pflüger, Direktor des Jesuitenflüchtlingsdienstes in Berlin, in seinem Geleitwort. Ansbachs Werk öffnet auch allen anderen Augen und Herzen. *Silvia Friedrich*

***Tatjana Ansbach: „Fremd“**, 15 authentische Erzählungen, Edition Märkische LebensArt 2015, broschiert, 132 Seiten, 9,50 Euro*

Gewiefte Bildpolitiker

600 Jahre Hohenzollernherrschaft über Preußen – Als Kunst und Politik noch Hand in Hand gingen

Vor 600 Jahren bekamen die Hohenzollern die Mark Brandenburg. Es war Burggraf Friedrich IV. von Nürnberg, der von Kaiser Sigismund die erbliche Würde eines Markgrafen, Kurfürsten und Erzkämmerers des Heiligen Römischen Reiches erhielt. Bis zur Abdankung der Monarchie im November 1918 stellten die Hohenzollern 20 Herrscher, anfangs Kurfürsten, ab 1701 Könige, ab 1871 dann deutsche Kaiser und preußische Könige in einer Person.

Dieses für die preußisch-deutsche Geschichte bemerkenswerte Datum wäre jüngst fast untergegangen, hätten sich seiner nicht jüngere Historikerinnen und Historiker an der Universität Potsdam angenommen und einen Sammelband zum Thema vorgelegt. In mehrfacher Hinsicht wurde es ein ungewöhnliches Buch; es entspricht so gar nicht den Erwartungen, die man an eine Darstellung zur preußischen Geschichte erwartet. Das Buch erzählt keine Geschichte der Hohenzollern, sondern es zeigt, wie der Untertitel betont, die Gesichter einer Herrschaft, und das sind eben 20 unterschiedliche Auffassungen von Herrschaftsverständnis und -ausübung.

Die Autoren beginnen fast wie Kunstwissenschaftler: Sie gehen aus von Medaillen, Grabmalen, Gemälden, Flugblättern, Plastiken und – am Ende bei Wilhelm II. – von Fotografien, die sie als beispielhafte „Insignienkultur“ des jeweiligen Herrschers interpretieren. Das verblüfft den Leser zunächst, gewinnt aber zunehmend an Plausibilität. Flugblätter beispielsweise, nach der Erfindung des Buchdrucks in großer Zahl verbreitet, oder hochwertige Medaillen als Geschenke oder zur Repräsentation waren eben seit der Renaissance und dem frühen Barock nicht Dinge an sich, sondern mit ihnen wurde gezielt Politik gemacht: Kraft und Macht des Herrschers wurden eindringlich vorgestellt und Respekt erheischend verherrlicht.

Jeweils dem Wandel und der Moden unterworfen galt dies im Prinzip durch alle Jahrhunderte. Das Buch beginnt mit dem ersten Kurfürsten Friedrich I., der als glaubenstreuer Stifter auf einem Altar gezeigt wird. Bei Kurfürst Johann (1486–1499) ist es das großartige, heute im Berliner Dom bewahrte Epitaph der berühmten Vischer-Familie. Kurfürst Joachim Friedrichs Porträtmedaillen legitimierten und inszenierten dessen Machtansprüche. Ein Wandteppich zur Schlacht bei Fehrbellin verherrlicht den Sieg des Großen Kurfürsten über die Schweden. Sein Nachfolger König Friedrich I. ließ vom Architekten Andreas Schlüter seine Statue in einer für barocke Verhältnisse ganz ungewöhnlichen Pose fertigen.

Der Beitrag zu Friedrich dem Großen zeigt an drei Arbeiten von Daniel Chodowiecki den Wandel von überschwänglicher Verherrlichung zu einer höchst realistischen Darstellung des alten Königs. Gemälde seines Nachfolgers Friedrich Wilhelm II. zeigen Kanone und Mörser, was überzeugend sogar als Phallussymbol des sexhungrigen Königs interpretiert wird.

Die Herrscher des 19. Jahrhunderts, allesamt durchdrungen vom Gottgnadentum ihres Amtes, drückten dies in Stiftungen, Bewahrung altpreußischer Traditionen und Verherrlichungen des Reichsgedankens aus. Der letzte Beitrag zu Wilhelm II. zeigt dessen schon modern anmutendes Verständnis für neue Medien, damals die Fotografie. Die Autorin spricht ganz treffend von einer „Bildpolitik“ des Kaisers. Das Geschenk seiner Porträts, prächtige Großaufnahmen in allen nur denkbaren Posen und Uniformen, war gezielte Politik.

Manche Autoren verharren allzu ausführlich bei kunsthistorischen Aspekten, wie man überhaupt sagen muss, dass die meisten Beiträge bei einer deutlicheren Charakterisierung der jeweiligen Personen wohl noch gewonnen hätten. Solche ins Politische ausgreifenden Darstellungen finden sich eigentlich nur bei Joachim I. und Georg Wilhelm sowie bei den beiden letzten Königen und Kaisern Friedrich III. und Wilhelm II. Gleichwohl, Preußen einmal anders, eine ungewohnte, durchaus neue Sicht auf die Hohenzollernherrscher. *Dirk Klose*

***Thomas Fischbacher: „Die Hohenzollern in Brandenburg. Gesichter einer Herrschaft“**, Verlag F. Pustet, Regensburg 2015, gebunden, 226 Seiten, 29,95 Euro*



Holzkistchen
Königsberger Marzipan Teekonfekt
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5653 Marzipan 14,90 €



Kalender Ostpreußen in alten Ansichten 2016
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0899 Kalender 14,90 €



Kalender Pommern in alten Ansichten 2016
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0898 Kalender 14,90 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss"
400 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5651 Marzipan 28,95 €




Gerd H. Meyden
Unvergessene Schulzeit 1921–1945
192 Seiten mit vielen Abb.
Taschenbuch
Nr. P 9687 6,90€

32 Zeitzeugen-Erinnerungen: Spickzettel und Nachsitzen, Streber und hitzefrei – wem fallen da nicht eigene Schulerinnerungen ein? Immer, wenn alte Schulfreunde sich treffen, werden die Geschichten von Paukern und Pennälern wieder lebendig. Mancher hat sie aufgeschrieben. Aus seinem reichen Fundus von solchen Zeitzeugen-Erinnerungen präsentiert der Zeitgut Verlag jetzt dieses ungewöhnliche Taschenbuch mit spannenden und unterhaltsamen Schulgeschichten aus den Jahren 1921–1945. Enthalten sind Erinnerungen über die Vorkriegsjahre, die schwierigen Schuljahre während des Krieges und der Neubeginn nach der Kapitulation.

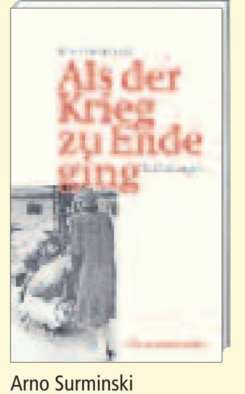


Kalender Schlesien in alten Ansichten 2016
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0901 Kalender 14,90 €



Kalender Danzig in alten Ansichten 2016
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0900 Kalender 14,90 €

Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss"
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5654 Marzipan 15,90 €



Arno Surminski
Als der Krieg zu Ende ging
Erzählung
208 Seiten/Gebunden
Nr. P A0855 14,95 €

Die Erzählungen dieses Bandes beschreiben die Nachwirkungen des Krieges und schildern Erlebnisse aus jener Zeit. Ein Briefträger bringt die Gefallenenmeldungen in die Dörfer, eine Engländerin fährt ins Rheinland auf der Suche nach dem Wrack eines Bombers, mit dem ihr Vater abgestürzt ist, ein alter Mann besucht das Dorf, das er 1945 verlassen musste. Die Titelgeschichte erzählt von einer Frau, die mit ihren Kindern zu Fuß aus dem Osten flieht, bis Mecklenburg kommt, dort ein weiteres Kind auf die Welt bringt und es einer kinderlosen Bäuerin schenkt. Vor 70 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, aber noch immer rumort dieses Geschenken in den Köpfen und Herzen. Im persönlichen Erleben zog sich das Kriegsende mächtig in die Länge. Alle Geschichten haben einen wahren Kern, die Personennamen sind erfunden.



Kalender Sudetenland in alten Ansichten 2016
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0897 Kalender 14,90 €



Kalender Leipzig in alten Ansichten 2016
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0910 Kalender 14,90 €



Christine von Brühl
Anmut im märkischen Sand
Die Frauen der Hohenzollern
Wie kam die Anmut in die Mark? Kaum eine Dynastie hat die Geschicke Preußens so geprägt wie die Familie der Hohenzollern. Unter ihrer Ägide wurde aus dem kargen Landstrich ein prosperierendes Königreich, mit enormer militärischer Schlagkraft einerseits und Toleranz, Bürgernähe, Förderung der Wissenschaft und Künste andererseits. Was an Preußen heute beeindruckt, ist vor allem das kulturelle Erbe, das das Land weit über seine Grenzen hinaus bekannt machte: herrliche Schloss- und Parkanlagen, Theater, Museen oder Universitäten. Christine von Brühl schildert den Einfluss gerade der Frauen der Hohenzollern, die als Zugereiste und Eingeheiratete die Impulse und Ideen mitbrachten, die für die kulturelle Weiterentwicklung des Landes erforderlich waren. 464 Seiten
Nr. P A0889 Gebunden 22,95 €

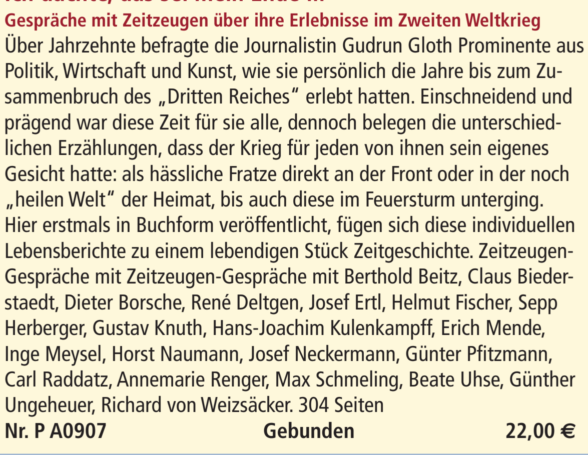


Kaffeebecher Pommern
Porzellanbecher mit Wappen „Greif"
Nr. P A0809 12,95 €



Kalender Halle/Saale in alten Ansichten 2016
Spiralbindung. Format 29 x 32 cm.
Nr. P A0917 Kalender 14,90 €





Gudrun Gloth
Ich dachte, das sei mein Ende ...
Gespräche mit Zeitzeugen über ihre Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg
Über Jahrzehnte befragte die Journalistin Gudrun Gloth Prominente aus Politik, Wirtschaft und Kunst, wie sie persönlich die Jahre bis zum Zusammenbruch des „Dritten Reiches" erlebt hatten. Einschneidend und prägend war diese Zeit für sie alle, dennoch belegen die unterschiedlichen Erzählungen, dass der Krieg für jeden von ihnen sein eigenes Gesicht hatte: als hässliche Fratze direkt an der Front oder in der noch „heilen Welt" der Heimat, bis auch diese im Feuersturm unterging. Hier erstmals in Buchform veröffentlicht, fügen sich diese individuellen Lebensberichte zu einem lebendigen Stück Zeitgeschichte. Zeitzeugen-Gespräche mit Zeitzeugen-Gespräche mit Berthold Beitz, Claus Biederstaedt, Dieter Borsche, René Deltgen, Josef Ertl, Helmut Fischer, Sepp Herberger, Gustav Knuth, Hans-Joachim Kulenkampff, Erich Mende, Inge Meysel, Horst Naumann, Josef Neckermann, Günter Pfitzmann, Carl Raddatz, Annemarie Renger, Max Schmeling, Beate Uhse, Günther Ungeheuer, Richard von Weizsäcker. 304 Seiten
Nr. P A0907 Gebunden 22,00 €



Großformat-Kalender Faszinierendes Weltall 2016
Fotos vom Hubble-Weltraumteleskop. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535418 Großformat-Kalender 27,95 €

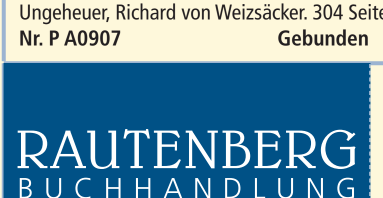


Katja Gloger
Putins Welt
Das neue Russland, die Ukraine und der Westen
Der Krieg ist nach Europa zurückgekehrt. Mit der Ukrainekrise hat 25 Jahre nach dem Fall der Mauer ein neuer Ost-West-Konflikt begonnen, womöglich ein neuer Kalter Krieg. Katja Gloger begibt sich auf eine Expedition in das neue Russland, ein stolzes, gekränktes und zorniges Land. Sie hat den Aufstieg Wladmir Putins erlebt, als erste Journalistin aus dem Westen konnte sie ihn über Monate begleiten. Sie erklärt das „System Putin", das komplizierte Machtgeflecht im Kreml, die Interessen der Oligarchen. Sie analysiert die imperiale Ideologie des „russischen Weges" und die strategischen Fehler des Westens. Sie beschreibt die verführerische Macht der Propaganda, das gefährliche Leben der Kreml-Kritiker und den mühsamen Alltag der Menschen, ihre Sicht auf Europa und den Westen. Wirtschaftlich schwach, scheint das größte Land der Erde immer mehr ein Koloss auf tönernen Füßen. Gibt es noch Chancen, neues Vertrauen aufzubauen, gar Gemeinsamkeiten zu finden? 352 S.
Nr. P A0918 Kartoniert 18,00 €

Kaffeebecher Ostpreußen
Porzellanbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0652 12,95 €

ST. PETERSBURG
NEU
für 2016

Großformat-Kalender St. Petersburg 2016
Mit brillanten Motiven der Stadt. Spiralbindung. Format 60 x 48 cm
Nr. P 535408 Großformat-Kalender 27,95 €



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

»Demo für alle« meldet Rekord

Stuttgart – Die mittlerweile dritte „Demo für alle“ in Stuttgart meldet einen neuen Teilnehmerrekord. Laut Veranstalter kamen 5350 Menschen, 750 mehr als bei der letzten Kundgebung im Sommer. Die „Demo für alle“ wendet sich gegen die Gender-Politik sowie die Frühsexualisierung von Kindern und streitet für den Schutz der klassischen Ehe. Die CSU-Organisation „Konservativer Aufbrauch“ und die AfD hatten Vertreter entsandt, die CDU nicht. *H.H.*

Lieber zurück nach Syrien

Chemnitz – In Markersdorf bei Chemnitz haben Asylbewerber für Befremden gesorgt, weil sie sich weigerten, in eine Turnhalle einzuziehen. Laut „Mopo 24“ beschwerte sich eine Syrerin: „Das ist nicht komfortabel genug.“ Einige forderten einen Bus, der sie zurück nach Österreich bringen solle. „Lieber zurück nach Syrien als hierbleiben“, so eine Losung der Asylbewerber. Ein Polizeioberkommissar zeigte sich laut „Mopo 24“ „fassungslos“. *H.H.*

ZUR PERSON

Schöngeist greift CETA-Freund an

EU-freundliche Politiker werden am 19. Oktober Kanadas konservativem Premierminister Stephen Parker den Daumen drücken. An dem Tag will er bei den Parlamentswahlen in seinem Land wiedergewählt werden. Sollte das der Fall sein, dann kommt man der Ratifizierung des Freihandelsabkommens CETA zwischen Kanada und Europa, für das sich der wirtschaftsliberale Harper mit Herzblut eingesetzt hat, ein großes Stück näher.

Doch **Justin Trudeau** könnte der Spielverderber sein. In den Umfragen lag der älteste Sohn des früheren Premierministers Pierre Trudeau, der Kanada fast durchgehend von 1968 bis 1984 regiert hat, deutlich vor Harper. Zwar ist auch Trudeau nicht grundsätzlich gegen CETA, will aber Änderungen vor allem für die heimische Fischerei-Industrie durchsetzen. Geht Europa darauf nicht ein, steht das bereits ausgehandelte Projekt, das nur auf die Zustimmung der Parlamente wartet, auf der Kippe.



Der 43-Jährige Familienvater verdankt seine Beliebtheit in erster Linie seinem berühmten Namen und seinem jugendlich-forschen Auftreten. Politisch hat der Vorsitzende der Liberalen Partei noch kein klares Profil gezeigt. Der Schöngeist, der einen Bachelor in Literatur hat, profitiert aber von der politischen Wechselstimmung im Land.

Die Kanadier nehmen Harper die Wirtschaftskrise krumm. Nach dem Sturz der Ölpreise schwächelt besonders Kanadas Ölwirtschaft, die auf der umstrittenen, weil umweltschädlichen Ölsandbohrung fußt. Trudeau, der zusätzlich Umweltgeografie studiert hat, bezieht auch in dieser Frage keine klare Stellung, kann aber auf Stimmen derjenigen bauen, die ein „grünes“ Herz haben, und das werden in Kanada immer mehr, seit Harper 2011 das Klimaschutzabkommen von Kyoto gekündigt hat. *H. Tews*



Positionen

Deutsche ins Zelt

Wie ein kleiner Galgen Schrecken verbreitet, warum wir für ihre Lügen zu primitiv sind, und wovor Merkel und Co. Angst haben / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Du liebe Zeit: Bei der Pegida-Bewegung werden „heute fast schon revolutionäre Töne angeschlagen“, alarmiert uns die ARD, nämlich Parolen wie „Widerstand“, „Volksverräter“ oder „Merkel muss weg“. Die Bürger hätten sich „radikalisiert“, schimpft der Staatssender. Wir sind zu Tode erschrocken: Radikalisiert! Noch weiter? Geht denn das überhaupt?

Schon im vergangenen Jahr nannte Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Pegida-Leute doch bereits „Nazis in Nadelstreifen“. Seit unsere Gesellschaft den Linksextremismus in die Ahnenreihe ihres „humanistischen Erbes“ aufgenommen hat, ist „Nazi“ das absolut Radikalste, was man jemandem an den Kopf werfen kann. Kurz vor der jüngsten Pegida-Demo nannte der „Spiegel“ die Dresdner Spaziergänger die „ganz Braunen“. Nun sollen sich die „ganz Braunen“ also noch weiter „radikalisiert“ haben? Wohin denn bloß? Zu den „gänzer Braunen“?

Hauptgegenstand der jüngsten Aufregung sind zwei kleine Galgen, die sich jemand für die Dresdner Demo gebastelt hatte – einer von bis zu 20000 Teilnehmern. An denen ließ er Zettel baumeln mit den Namen von Kanzlerin Merkel und ihrem Vize Gabriel. Das war alles? Ja, das war alles. Wer das Maß der Empörung in den Medien verfolgt hat, der möchte eher glauben, der Mann hätte eine Bombe ins Kanzleramt geworfen.

Aber vielleicht muss diese Aufregung einfach sein – aus strategischen Gründen. Es wanderten „ungeordnete, wilde Asylströme durch Deutschland“, warnt Saarlands Innenminister Klaus Bouillon (CDU), Bayerns Seehofer wirft der Kanzlerin vor, ein „anderes Deutschland“ anzustreben und US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump nennt unsere Kanzlerin eine „Irrsinnige“, die ihr Land mit einer „verrückten“ Zuwanderungspolitik in den Ruin treibe: „Sie werden Aufstände in Deutschland bekommen“, sagte er im Fernsehsender CBS.

Deutsche, die das hören und die jeden Tag sehen, wie sich ihre Stadt im Eiltempo in eine Art Karawanserei verwandelt, die könnten auf gefährliche, auf „radikalisierte“ Gedanken kommen. Um das zu verhindern, muss man sie rechtzeitig mit den richtigen Gefühlen vollpumpen, bevor das gefährliche Denken überhaupt einsetzen kann.

Richtig fühlen heißt, dass man die Gefahr ausschließlich von „rechts“ wittert und nicht etwa in der Springflut der Millionen Zuwanderer sieht. Daher wird es bloß als bedauerlicher Zwischenfall dargestellt, wenn ein Asylbewerber den anderen ermordet. Ein Zwischenfall, der keineswegs „verallgemeinert werden darf“, was sich ja von selbst versteht. Wenn dagegen ein Deutscher ein leeres, weil erst geplantes Asylheim demoliert, so ist dies eine „Schande für (ganz) Deutschland“, wie Thomas de Maizière uns erst dieser Tage wieder ins Stammbuch geschrieben hat. Sprich: Solche Missetaten werden selbstverständlich „verallgemeinert“ auf das ganze Deutschland: Schämt euch!

> Asylanten retten unsere Rentenkasse – nicht. Aber das sollte besser keiner erfahren

So stehen wir allesamt schon mit einem Bein in der Nazi-Falle. Wer da noch zu denken wagt (gefährlich!), der ist fällig.

Oder wird mindestens als dumm entlarvt: Umfragen würden zeigen, dass besonders die Leute mit geringeren oder gar keinen Schulabschlüssen Angst vor der Asylflut hätten, sagen Studien. Höhergebildete sähen das alles viel gelassener. Der „Angstforscher“ Borwin Bandelow sieht beim dummen Teil des Volkes den „primitiven Teil des Gehirns“ am Werk, der „keinen Hochschulabschluss hat“: „Die eher vernunftgesteuerten Menschen betonen die ökonomischen und demographischen Vorteile, wenn junge und arbeitsfähige Menschen in das alternde Deutschland einwandern.“

Um seine Vernunft nicht zu gefährden, sollte der Herr Bandelow lieber nicht lesen, was Winand von Petersdorff für die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“ ausgerechnet hat: Wenn eine Million 25-Jährige über die Grenze kämen, würde dies das Durchschnittsalter unserer Bevölkerung gerade mal um mickrige zwei Jahre, von 43 auf 41, senken. Das hilft der Rentenkasse im „alternden Deutschland“ so gut wie gar nicht.

Zumal man ja mal fragen darf, was die vielen Zuwanderer denn hier für die Rentenkasse tun werden. Selbst Arbeitsministerin Andrea Nahles rechnet mit einer Million Hartz-IV-Empfängern zusätzlich wegen der Asylanten. Zur Erinnerung: In Dänemark klebten drei Viertel der Anfang der 2000er Jahre eingewanderten Asylbewerber zehn Jahre später immer noch in der sozialen Hängematte fest. Ob das die Rentenkasse wohl retten wird?

Und die, die Arbeit finden, konkurrieren zum Großteil mit jenen „geringer qualifizierten“ Einheimischen, die jetzt schon kaum noch eine Arbeit finden, von der sie leben können. Dort werden die dürftigen Löhne noch weiter purzeln, die raren Stellen noch heißer umkämpft sein. Vielleicht sind unter „einfachen Leuten“ ja auch deshalb die Vorbehalte gegenüber der Asylflut besonders groß?

Ach was, alles Primitivlinge, weiß Forscher Bandelow, und ist sich darin mit seinen Standesgenossen in den hübschen Villenvierteln und teuren Innenstadtquartieren einig: Der Pöbel mit seinen dumpfen Trieben „ohne Hochschulabschluss“, was weiß der schon!

Und wen interessiert das „Pack“ überhaupt? Gesamtwirtschaftlich profitieren wir Deutsche nämlich durchaus vom Asylantenstrom, sagen Wirtschaftsexperten.

Habe ich tatsächlich „profitieren“ gesagt? Böser Fehler. Jetzt sind Sie bestimmt misstrauisch geworden, weil Ihnen noch das „Deutschland profitiert am meisten vom Euro“ oder „... von der Bankenrettung“ oder „... von der „Griechenland-Rettung“ oder „... von den offenen Grenzen“ im Ohr klingt. Ihr Misstrauen ist leider mal wieder berechtigt: „Profitieren“ tut nämlich allein die Asylindustrie, zu der die Besitzer von Immobilien gehören, die ihre Bruchbuden jetzt zu Mondpreisen an die Gemeinde vermieten können, damit die ihre Zuwanderer irgendwo unterbringen kann. Und ihren Reibach machen natürlich auch alle anderen Firmen, die vom Dixi-Klo über Container, Zelte bis hin zu Betten alles anbieten, was ihnen derzeit ohne Blick auf den Preis aus den Händen gerissen wird.

Nicht ganz so profitabel ist die große Sause für die Steuerzahler, die für all das blechen müssen. Was uns hier als „zusätzliches Wirtschaftswachstum infolge des Flüchtlingsansturms“ verkauft werden soll, ist also nichts anderes als eine gigantische Umverteilung auf Kosten fast aller zugunsten einiger ganz weniger. Aber das kennen wir ja schon von der „Euro-Rettung“, da lief, nein, läuft das ja genauso.

Für gewisse Leute könnte der „Profit“ infolge der Asylflut ziemlich drastische Folgen haben. Im „Focus“ fürchtet Christoph Butterwegge, dass demnächst auch Deutsche in Zelten leben müssen, weil die Wohnungsnot in den Ballungsgebieten nun erst so richtig in Schwung komme.

So, und da fragen wir uns noch, warum die Nazi-Keule wichtiger ist denn je? Nehmen Sie das mal alles zusammen: Das gibt den Stoff für einen ausgewachsenen Volksaufstand – Betrug, Raub und schließlich das Absinken in die Zeltstadt. Ein Volk, das sich so einem Szenario ausgesetzt sieht, könnte auf die Idee kommen, nach denen zu fragen, die das alles angerichtet haben. Womöglich wollen sie die Verantwortlichen sogar zur Rechenschaft ziehen!

Genau das ist den Angesprochenen natürlich durch den Kopf geschossen, als sie den Spielzeuggalgen von Dresden zu Gesicht bekamen. Da kann einem schon mulmig werden. Also jetzt erst recht feste druff mit dem Totschläger Nazi-Keule, die Kritik muss im Keim erstickt, muss zu Brei geprügelt werden.

Was aber, wenn „Du Nazi!“ an den Leuten einfach abprallt, weil sie das Manöver durchschauen? Oh je, dann wird es ernst. Erst dann.

MEINUNGEN

*Der Ökonom **Joachim Starbatty** wirft im Interview mit Markus Gärtner auf „Kopp-Online“ (4. Oktober) Angela **Merkel** vor, **Europa auseinanderzutreiben**:*

„Das europäische Recht ist für den Zusammenhalt in der Eurozone geopfert worden. Wenn Frau Merkel sagt: ‚Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg‘, dann bedeutet das natürlich, dass man sich nicht mehr an Grundsätze und Gesetze hält, sondern alles in Bewegung setzt, um die Eurozone zusammenzuhalten. Damit hilft sie weder den Ländern, die gefährdet sind, noch hilft sie dem Euro, noch hilft sie uns, sondern sie zerstört das europäische Aufbauwerk.“

*Als **„Geisterstunde“** bezeichnet **Christian Geyer-Hindemith** in der „FAZ“ (9. Oktober) **Angela Merkels** Auftritt bei **„Anne Will“** am 4. Oktober:*

„Nicht der Flüchtling ist das Problem, sondern seine große Zahl. Genauer: die große Zahl, in der er nicht nur gestern kam, sondern morgen kommen wird ... Demonstrative Zahlenvergessenheit ist in der Flüchtlingspolitik gleichbedeutend mit einer Absage an politische Rationalität, ist dasselbe wie verordnete Perspektivlosigkeit ... Genau das bringt die Leute derzeit in Rage. Dass Angela Merkel, wie zuletzt bei ‚Anne Will‘, die Zahlen für unwichtig erklärte, sie als ‚egal‘ bezeichnete.“

*Für **Michael Klonovsky** macht es sich Innenminister **Thomas de Maizière** zu einfach bei der Verurteilung von **Gewalt gegen Asylbewerber**. Auf seinem Netz-Blog „Acta diurna“ (9. Oktober) erweitert er den Blick:*

„Innenminister de Maizière beklagt die zunehmende Gewalt gegen Asylbewerber ... Natürlich ist dem Manne beizupflichten. Aber es ist naiv (oder perfide) zu glauben, dass eine derartige Masseneinwanderung, die ja immer zugleich eine Form der Landnahme und Eröffnung einer neuen Front des Konkurrenzkampfes darstellt, bei der autochthonen Unterschicht keine gewalttätigen Reaktionen auslöst, die sich aus den besseren Wohngegenden dann trefflich verurteilen lassen. Nein, bei mir wird kein Verständnis für deutsche Gewalttäter vorstellig.“

*Der Wirtschaftsjournalist **Frank Meyer** („Telebörse“) fragt in seinem Internet-Blog „rottmeyer.de“ (13. Oktober), **was Merkel eigentlich antreibt**:*

„Seit Wochen bin ich nur noch von Nazis umgeben! Was, Sie auch? Das sind heute alle, die nicht hinter der Politik der Kanzlerin stehen ... Wer gegen TTIP ist, gehört ja heute auch schon dazu. Alle scheinen verdächtig jenseits von links und grün, selbst die in der Mitte. Es bleiben mehr Fragen als Antworten: Welches Deutschland will Merkel? Macht sie das allein? Oder gibt es Kräfte hinter ihr? Und wer sind diese Kräfte? Ist Frau Merkel die treibende Kraft oder die Getriebene? Hat sie uns gefragt? Ich meine nein.“

*Der Hallenser **Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz** zeigt sich gegenüber der „Thüringer Landeszeitung (6. Oktober) **fassungslos über die Kanzlerin**:*

„Irgendetwas ist mit ihr durchgegangen. Selfies mit Flüchtlingen, die Bemerkung, das Asylrecht kenne keine Obergrenze – sie scheint von allen guten Geistern verlassen.“